

## Sonderausgabe

Christina Eder, Alexia Katsanidou & Ann-Kathrin Reinl (Hrsg.)

### Veränderung durch Krisen?

Solidarität und Entsolidarisierung in Deutschland und Europa

#### Inhalt

<i>Alexia Katsanidou, Ann-Kathrin Reinl &amp; Christina Eder</i> Editorial	2
<i>Heiko Giebler, Sandra Horvath &amp; Bernhard Weßels</i> Legitimität der repräsentativen Demokratie in Ost und West	3
<i>Kathrin B. Busch</i> Krise oder Unterstützung der (repräsentativen) Demokratie in Deutschland? Die Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte 1991-2018.	7
<i>Anne-Marie Parth, Jale Tosun &amp; Julia Weiß</i> Solidarität mit überschuldeten EU-Mitgliedstaaten und Geflüchteten. Ein Vergleich von Einstellungen in West- und Ostdeutschland	15
<i>Ann-Kathrin Reinl, Christina Eder &amp; Alexia Katsanidou</i> Transnationale Solidarität und Wahlverhalten - Ost- und Westdeutschland im Vergleich	22
<i>Boris Heizmann &amp; Nora Huth</i> Ausmaß und Ursachen von zuwanderungsbezogenen Bedrohungswahrnehmungen in Ost- und Westdeutschland	28
<i>Steffen Pöttschke &amp; Bernd Weiß</i> Die Nutzung des GESIS Panel als offene Umfrageinfrastruktur für innovative Forschungsprojekte	34

# Editorial

Alexia Katsanidou, Ann-Kathrin Reinl & Christina Eder

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedsstaaten wurden im Laufe der vergangenen fünfzehn Jahre von mehreren Krisen erschüttert, beginnend mit der Eurokrise, welche sich Ende des Jahres 2010 entwickelte, über die Ankunft Millionen Geflüchteter in den Jahren 2015/2016 bis hin zur Covid-19-Pandemie, die Europa im Frühjahr 2020 erfasste und bis heute das gesellschaftliche Leben auf der ganzen Welt nachhaltig prägt. All jene Krisen haben gemein, dass sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf die Probe stellen und solidarisches Verhalten innerhalb und zwischen Staaten fordern. Wurden im Zuge der Eurokrise Rettungspakete für krisener-schütterte EU-Staaten verabschiedet, sahen wir während der Migrationskrise einen Anstieg an innergesellschaftlichen Solidaritätsmaßnahmen gegenüber Geflüchteten. Die aktuelle Corona-Krise trifft alle EU-Staaten, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, und die Themen Solidarität und Zusammenhalt dominieren den politischen Diskurs.

Die vorliegende ISI-Sonderausgabe ist eine Gemeinschaftspublikation des BMBF-finanzierten Forschungsprojekts „Veränderung durch Krisen? Solidarität und Entsolidarisierung in Deutschland und Europa“ (Solikris) und umfasst sechs Beiträge, welche allesamt verschiedene Facetten (nicht-) solidarischen Handelns beleuchten. Der Fokus liegt dabei auf Deutschland und den individuellen Einstellungen deutscher Bürger/innen. Die Bundesrepublik stellt einen besonders interessanten Forschungsgegenstand dar, da das Land in unterschiedlichem Ausmaß von den europaweiten Krisen betroffen war. Während es in der Eurokrise das größte Geberland darstellte und die Sparmaßnahmen der Krisenstaaten maßgeblich bestimmte, war seine Rolle während der Migrationskrise eine andere, denn diesmal forderte es

Solidarität mit den eigenen Herausforderungen ein. Darüber hinaus jährt sich am 3. Oktober 2020 die deutsche Wiedervereinigung zum 30. Mal. Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich dieses Sonderheft mit den Fragen: *Wie steht es heute, im Jahr 2020, um die Annäherung der beiden Landesteile? Lassen sich noch immer Unterschiede in den sozio-politischen Einstellungen der Bürger/innen feststellen und wie haben die Bevölkerungen auf die europäischen Krisen der vergangenen Jahrzehnte reagiert?* Die im folgenden dargestellten Beiträge geben Antworten auf die gestellten Fragen in Bezug auf Solidarität und zeigen, dass das wiedervereinigte Deutschland auch 30 Jahre nach der Wende zum Teil noch immer entfernt von einer einheitlichen sozio-politischen Landschaft ist.

## Inhalt

Der erste Beitrag der Sonderausgabe wurde von Heiko Giebler, Sandra Horvath und Bernhard Weißels (alle WZB) verfasst und fragt, wie es um die Legitimität der repräsentativen Demokratie in Deutschland 30 Jahre nach der Vereinigung steht und ob im ersten Jahrzehnt nach der Vereinigung existierende Unterschiede in der Beurteilung der Demokratie zwischen Ost und West auch heute noch gelten. Die Ergebnisse verweisen darauf, dass es weder Sozialisations-, noch Situationsunterschiede sind, die zu unterschiedlicher Einschätzung der Legitimität führen, sondern enttäuschte Erwartungen. Insbesondere die Wahrnehmung einer geringen Responsivität von Politikerinnen und Politikern trägt zu einer geringen Legitimität bei.

Der sich anschließende Beitrag von Kathrin Busch (GESIS) gelangt zu ähnlichen Erkenntnissen und zeigt, dass es auch noch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung starke Unterschiede in der

Demokratiezufriedenheit gibt. Je weniger sich Bürger/innen gehört und vertreten fühlen, desto unzufriedener sind sie mit der Demokratie in Deutschland. Die aufgedeckten Zusammenhänge werden teils durch die Parteiidentifikation der Bürger/innen moderiert und somit je nach präferierter Partei verstärkt oder abgeschwächt.

Der Beitrag von Anne-Marie Parth, Jale Tosun und Julia Weiß (alle Universität Heidelberg) beschäftigt sich mit der Frage, welche Rolle politisches Vertrauen zur Erklärung von Solidarität in der Finanz- und Migrationskrise einnimmt. Dabei kommen sie zum einen zu dem Ergebnis, dass vor allem in Ostdeutschland das Vertrauen in die Bundesregierung die Solidarität in Krisen maßgeblich beeinflusst und zum anderen deuten die Ergebnisse darauf hin, dass die Solidarität in der Migrationskrise von jener in der Finanzkrise abhängt.

Ebenfalls mit Solidarität beschäftigt sich der Beitrag von Ann-Kathrin Reinl, Christina Eder und Alexia Katsanidou (alle GESIS) und widmet sich explizit dem Einfluss transnationaler Solidarität auf die Wahlentscheidung in der Europawahl 2019. Die in dem Beitrag vorgestellten Berechnungen offenbaren einen stärkeren Zusammenhang zwischen den beiden Merkmalen im Westen verglichen mit dem Osten Deutschlands. Dies legt die Vermutung nahe, dass rund 30 Jahre nach der Wiedervereinigung und 40 Jahre nach der ersten Europawahl in Westdeutschland europäische Fragen eine Bedeutung in der Wahlentscheidung innehaben, wohingegen im Osten andere Themen das Abstimmungsverhalten maßgeblich beeinflussen.

In ihrem Beitrag „Ausmaß und Ursachen von zuwanderungsbezogenen Bedrohungswahrnehmungen in Ost- und Westdeutschland“ untersuchen Boris Heizmann und Nora Huth (beide

GESIS) innerdeutsche Unterschiede in verschiedenen zuwanderungsspezifischen Einstellungen. Sie ergründen in ihrer Analyse, welche individuellen und kontextuellen Faktoren solche innerdeutschen Unterschiede erklären können. Es zeigt sich, dass diese Ost-West-Differenzen weniger auf regionale Unterschiede in individuellen Merkmalen der Befragten zurückzuführen sind, sondern vielmehr auf Eigenschaften der Bundesländer.

Der abschließende Beitrag von Steffen Pötzschke & Bernd Weiß (beide GESIS) stellt das GESIS Panel als zentrale Datenerhebungsinfrastruktur des Solikris-Projektes vor. Dabei wird zunächst auf die allgemeinen Vorteile eingegangen, die sich aus der Nutzung des Panels für Drittmittelprojekte ergeben. Außerdem werden die konkreten Fragebogenmodule erläutert, die im Rahmen von Solikris realisiert wurden.

## Das Forschungsprojekt



Das durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Projekt *Veränderung durch Krisen? Solidarität und Entsolidarisierung in Deutschland und Europa*, kurz *Solikris*, erforscht die Entwicklung gesellschaftlicher Prozesse in Zeiten europaweiter Krisen. Ziel ist es, sowohl die Auswirkungen von Krisen auf Solidarität besser zu verstehen als auch den Fokus auf eben jene Aspekte zu legen, welche die größten Probleme oder Herausforderungen für etablierte Demokratien bedeuten. *Solikris* vereint mehr als ein Dutzend Sozialwissenschaftler/innen von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Projektlaufzeit: 01.12.2017 - 01.12.2020

Weitere Infos im Internet: <https://www.gesis.org/projekte/solikris/home>



UNIVERSITÄT  
HEIDELBERG  
ZUKUNFT  
SEIT 1386



## Legitimität der repräsentativen Demokratie in Ost und West

Heiko Giebler<sup>1, 2</sup>, Sandra Horvath<sup>2</sup> & Bernhard Weißels<sup>2, 3</sup>

<sup>1</sup> Freie Universität Berlin, <sup>2</sup> Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, <sup>3</sup> Humboldt-Universität zu Berlin

*Dreißig Jahre deutsche Vereinigung und immer noch verschiedene politische Kulturen? Schon früh nach der Vereinigung wurde deutlich, dass es starke Unterschiede in der Einschätzung der Demokratie der Bundesrepublik zwischen Ost und West gab. Die Ansicht, dass die Demokratie der Bundesrepublik die beste Staatsform sei, wurde bis Mitte der 1990er unter den Menschen in Westdeutschland von 80 Prozent geteilt, unter Ostdeutschen dagegen nur von 40 Prozent. Im Laufe der Jahrzehnte glichen sich diese Einschätzungen jedoch an und sind heute sogar sehr ähnlich. Was sich nicht angeglichen hat, ist die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie. Die Unterschiede zwischen Ost und West sind groß und relativ stabil. Während der Anteil zufriedener Personen 2017 im Westen bei etwa 80 Prozent liegt, ist der Anteil im Osten mit 50 Prozent deutlich niedriger (Fuchs & Roller, 2018). Es ergibt sich also eine Situation, in der die Demokratie in beiden Teilen der Republik gleichermaßen als beste Staatsform angesehen wird, sie aber in ihrer Konkretisierung im Osten auch heute noch deutlich schlechter bewertet wird als dies im Westen der Fall ist. Es ist anzunehmen, dass sich daraus potenziell relevante Unterschiede in der Einschätzung der demokratischen Legitimität ergeben. Legitimität stellt ein wichtiges Bewertungskriterium für demokratische Systeme dar (Kneip et al., 2020) und kann als eine Art Ressource verstanden werden, welche Bürgerinnen und Bürger – durchaus im Sinn einer solidarischen Gemeinschaft – an das System binden kann. Es gibt einen starken Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie und der Legitimität des politischen Regimes, auch wenn sie nicht identisch sind. Während erstere auch immer eine Leistungsbeurteilung enthält – also Politikergebnisse in nicht bestimmbarer Umfang in diese Bewertung eingehen – sollte die Legitimität der repräsentativen Demokratie weitgehend unabhängig von policy outcomes sein und stärker auf die Bewertung von Soll und Ist bezüglich der politischen Spielregeln gestützt sein (Weißels, 2016). Wie ist es tatsächlich um die Legitimität der repräsentativen Demokratie in Deutschland bestellt? Sind es noch die Unterschiede zwischen Ost und West oder spielen inzwischen andere Faktoren eine größere Rolle für die Legitimität in alten und neuen Bundesländern?*

## Legitimität: Übereinstimmung zwischen Soll und Ist

Es gibt eine Reihe von Erklärungsansätzen bzw. Hypothesen, die versuchen, diese Unterschiede zu erklären. Die These von den Sozialisierungseffekten des DDR-Regimes nimmt an, dass die autoritäre Tradierung des Regimes Demokratie-Lernen nicht erlaubte und eine gewissen Demokratieresistenz existiere (Gabriel, 2001; Westle, 1994). Eine weitere prominente Erklärung versucht die Situationshypothese, die davon ausgeht, dass die objektiv materiell schlechtere Situation in den neuen Bundesländern insbesondere in den frühen 1990ern zu einer geringeren Zufriedenheit mit der deutschen Demokratie führe. Auch enttäuschte Erwartungen werden als Erklärung angesehen, weil die Politik nicht das gehalten habe, was versprochen wurde („blühende Landschaften“).

Es gibt also plausible, theoretisch begründete Erklärungen für die Unterschiede zwischen Ost und West, die auch die Legitimität der repräsentativen Demokratie Deutschlands betreffen können. Dabei verstehen wir die zugeschriebene Legitimität einer Demokratie als den Unterschied zwischen der Vorstellung darüber, wie die Demokratie idealerweise sein *sollte* und der Bewertung, wie sie tatsächlich *ist*. Aus dem Vergleich von Soll und Ist kann ein Maß der Realisierung des Gewünschten konstruiert werden. Es beruht auf einer Vielzahl von Fragen zu verschiedenen Aspekten der Demokratie, die zu einem Gesamtmaß der Legitimität führen. Eine erste umfangreiche Messung dieses Konzeptes von demokratischer Legitimität wurde im Modul „Bedeutung und Evaluierung der Demokratie“ im European Social Survey, Welle 6 (2012) durchgeführt. Es werden die gewünschten Normvorstellungen zur liberalen, repräsentativen Demokratie mit elf Items in den Bereichen Wahlen, Parteien, Rechtsstaat und Regierung gemessen sowie mit weiteren elf Items die Evaluation des Ist-Zustandes.<sup>1</sup> Eine zweite Studie, die das gleiche Konstruktionsprinzip von Legitimität erlaubt, ist der Demokratiemonitor 2019, der in einer Zusammenarbeit der Bertelsmann Stiftung und der Abteilung

„Demokratie und Demokratisierung“ des Wissenschaftszentrums Berlin durchgeführt wurde. Hier wurden für die Legitimitätsmessung jeweils neun Items pro Bereich für die gewünschten Normen und neun Items zur Evaluierung ihrer Realisierung für die Bereiche Wahlen, Parteien, Parlament, und Regierung<sup>2</sup> Salden bestimmt, normiert und es wurde der Durchschnitt ermittelt. Auch wenn die jeweils gemessenen Items dem European Social Survey und dem Demokratiemonitor entstammen, lassen sich die Ergebnisse zu der Frage, in welchem Umfang das „Ist“ der Demokratie in Deutschland dem „Soll“ entspricht, welches die Bürger an die Demokratie anlegen, auf der generalisierten Ebene vergleichen.

Der Sozialisierungshypothese nach müssten Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen existieren und insbesondere dann, wenn die Ostdeutschen ihre prägenden Jahre, also die sozialisierungsrelevante Zeit, unter dem DDR-Regime erlebt haben. Daher wurden Jüngere und Ältere unterschieden. Ältere haben mindestens ihr 18. Lebensjahr in der Zeit vor 1990 erlebt, Jüngere mindestens ihren 18. Geburtstag nach 1990. Für die Älteren in Ostdeutschland bedeutet das eine DDR-Sozialisierung. Die empirischen Befunde sprechen nicht für die Sozialisierungsthese. 2012 gibt es nahezu keine Unterschiede zwischen Ost und West, jünger und älter oder der Kombination aus beidem. Bildung macht auch keinen Unterschied. 2019 liegt das Niveau der Legitimität zwar insgesamt etwas niedriger, aber die Unterschiede zwischen Ost und West sind zu vernachlässigen,

auch in der Kombination mit Alter. Das Alter allein produziert hingegen einen signifikanten Unterschied: Jüngere, egal ob aus Ost oder West, sprechen der repräsentativen Demokratie eine höhere Legitimität zu als die Älteren (Tabelle 1).

Es finden sich empirisch keine Hinweise, die die Sozialisierungsthese stützen würden. Dieses Ergebnis ist hinsichtlich der Unterschiede in der Zufriedenheit mit der Demokratie in Ost und West nicht ganz neu (Hinrichs & Nauenburg, 2005), wohl aber bezogen auf ein Konzept von Legitimität, das diese Operationalisierung theoriekonform in die Übereinstimmung von Soll und Ist umsetzt (Friedrich, 1960; Stillman, 1974). Die hohen Werte für die Realisierung des von den Bürgern gewünschten demokratischen Solls verweisen auf eine hohe Legitimität der repräsentativen Demokratie in Deutschland.

Es gibt zwar keine Unterschiede zwischen Ost und West, aber auch keine einheitliche Position der Bürgerinnen und Bürger. 2019 sind für etwa 10 Prozent der Befragten weniger als 50 Prozent des Solls realisiert, was wohl für eine geringe Legitimität spricht und etwa ein Viertel geht von nicht mehr als einer 65-prozentigen Realisierung. Diese Variation in der Legitimitätseinschätzung kann durch solche Hypothesen oder Erklärungsansätzen erklärt werden, die nicht notwendig an eine Region gebunden sind, wie die Situationshypothese oder die Enttäuschungshypothese. Objektiv bestimmbare Unterschiede wie Bildung, Einkommen, oder auch subjektive, wie die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, tragen nicht zur Erklärung der Variation in den Legitimitätseinschätzungen bei.

**Tabelle 1** Legitimität der repräsentativen Demokratie 2012 und 2019 nach sozio-demographischen Merkmalen

	2012 (ESS)	2019 (DemoMon)
West	0,82	0,76
Ost	0,79	0,74
Jüngere	0,83	0,81
Ältere	0,80	0,74
West, Jüngere	0,83	0,79
Ost, Jüngere	0,81	0,78
West, Ältere	0,81	0,73
Ost, Ältere	0,79	0,70

Datenbasis: European Social Survey 2012 und Demokratiemonitor 2019.

## Zufriedenheit und Legitimität

Es kann also nur um die Wahrnehmung und Deutung von Tatbeständen gehen. Ein Indikator, der direkt etwas über die jeweils persönliche Situation aussagt, ist die Lebenszufriedenheit. Ein weiterer Indikator ist die Zufriedenheit mit dem Sozialstaat. Dabei geht es um die Leistung der Demokratie, Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter abzuf puffern und soziale Sicherheit herzustellen. Vor dem Hintergrund der Debatten über den Sozialstaatsabbau mit der Agenda 2010 der Regierung Schröder kann dieser Indikator wohl als Hinweis auf enttäuschte Erwartungen angesehen werden. Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass etwa 90 Prozent der Bürgerinnen und Bürger der Aussage zustimmen, dass der Staat dafür sorgen muss, dass man bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat (Fuchs & Roller, 2018). Ein weiterer Indikator für enttäuschte Erwartungen ist die Verletzung politischer Responsivität durch Politikerinnen und Politiker, was in der Zustimmung zu der Aussage zum Ausdruck kommt, „die Politiker kümmern sich nicht darum, was einfache Leute denken“ (Formulierung aus dem Demokratiemonitor 2019).

Werden die Zufriedenheit mit dem eigenen Leben, dem Sozialstaat und den Politikerinnen und Politikern wiederum nach Ost und West und Jüngeren und Älteren betrachtet, ergeben sich bei der Lebenszufriedenheit keine relevanten Unterschiede zwischen den vier Gruppen, bei der Sozialstaatszufriedenheit ein kleiner Unterschied zwischen Ost und West, vor allem aber zwischen den Jüngeren und den Älteren, wobei letztere eine geringere Zufriedenheit zeigen. Die Zufriedenheit mit den Politikerinnen und Politikern, bestimmt als Nichtzustimmung zu der Aussage, „Die Politiker kümmern sich nicht darum, was einfache Leute denken“, ist am geringsten ausgeprägt. Auch hier gibt es kleinere Unterschiede zwischen Ost und West, vor allem aber große Unterschiede zwischen den Jüngeren und den Älteren (Tabelle 2). Was sich bei der Legitimität schon gezeigt hat, wiederholt sich: die Älteren sind mit dem Sozialstaat und den

Politikerinnen und Politikern weitaus weniger zufrieden als die Jüngeren. Während es also kaum eine unterschiedliche Einschätzung der eigenen Situation gibt, ist die Enttäuschung von Erwartungen an die Politik und ihre Akteure deutlich durch Unterschiede zwischen denjenigen gekennzeichnet, deren prägenden Jahre in einer Zeit lagen, als die DDR noch existierte und denjenigen, deren mindestens erste 18 Lebensjahre bereits nach der Vereinigung lagen (Tabelle 2).

In welchem Zusammenhang stehen nun Lebenszufriedenheit als Maß für die persönliche Situation und Sozialstaats- und Politikerzufriedenheit als Maße für erfüllte Erwartungen zur Legitimitätseinschätzung der Bürger? Zu diesem Zweck wurde ein Regressionsmodell berechnet, in dem für die bereits angesprochenen soziodemographischen Merkmale, also Region, Altersgruppe und Bildung kontrolliert wird und Legitimität auf Lebens-, Sozialstaats- und Politikerzufriedenheit regressiert wird.

Die Ergebnisse bestätigen auch in der multivariaten Analyse, was schon die bivariaten Befunde gezeigt haben: Es gibt keinen statistisch signifikanten

Ost-West-Effekt, auch nicht in der Interaktion mit Alter. Für Altersgruppen, die mindestens ihre ersten 18 Lebensjahre vor 1990 erlebt haben, finden wir einen deutlich negativen Effekt auf die Legitimitätsbewertung. Auch besser Gebildete, hier gemessen durch den Bildungsabschluss Abitur oder höher, sprechen der repräsentativen Demokratie in Deutschland eine geringere Legitimität zu als diejenigen ohne Abitur. Von den unabhängigen Variablen der drei Arten der Zufriedenheit gehen durchweg statistisch signifikante Effekte auf die Legitimität aus. Die Effekte sind allerdings deutlich unterschiedlich stark. So hat Lebenszufriedenheit den geringsten und Politikerzufriedenheit den größten Effekt (Tabelle 3).

Die Unterschiedlichkeit der Wirkung der drei Arten der Zufriedenheit lässt sich am einfachsten durch die geschätzten Effekte auf die Legitimität optisch darstellen. Dabei zeigt sich, wie auch schon an den Regressionskoeffizienten zu sehen, dass mit steigender Lebenszufriedenheit zwar die Legitimität signifikant ansteigt, aber in einem sehr moderaten Maß von 0,71 auf etwa 0,74.

**Tabelle 2 Zufriedenheit und Unzufriedenheit nach Altersgruppe und Region, 2019**

	Lebens- Zufriedenheit	Sozialstaats- Zufriedenheit	Politiker- Zufriedenheit
West, Jüngere	0,66	0,54	0,33
Ost, Jüngere	0,65	0,51	0,30
West, Ältere	0,65	0,49	0,22
Ost, Ältere	0,64	0,45	0,18
N	6.217	5.540	6.188

Datenbasis: Demokratiemonitor 2019

Skala Lebenszufriedenheit: 0 ganz und gar unzufrieden; 10 vollkommen zufrieden.

Skala Sozialstaatszufriedenheit: 1 = stimme überhaupt nicht zu; 7 = stimme voll und ganz zu.

Politikerzufriedenheit: „Politiker kümmern sich nicht“, 7 trifft nicht zu; 1 trifft voll und ganz zu.

Für die Vergleichbarkeit wurden die Skalen rekodiert auf einen Bereich von 0 bis 1.

**Tabelle 3 Regression Legitimität auf Lebens-, Sozialstaats- und Politikerzufriedenheit unter Kontrolle soziodemographischer Merkmale**

	Koeffizient	T	P>t
Lebenszufriedenheit	0,004	4,6	0,000
Sozialstaatszufriedenheit	0,022	18,6	0,000
Politikerzufriedenheit	0,034	25,8	0,000
Ost (=1 vs. 0)	0,004	0,5	0,648
Ältere (=1 vs. 0)	-0,040	-8,0	0,000
Interaktion Ost und Ältere	-0,015	-1,5	0,143
Abitur (=1 vs. 0)	-0,038	-9,0	0,000
Konstante	0,853	73,0	0,000
Adj. R <sup>2</sup>	0,250		
N	5.504		

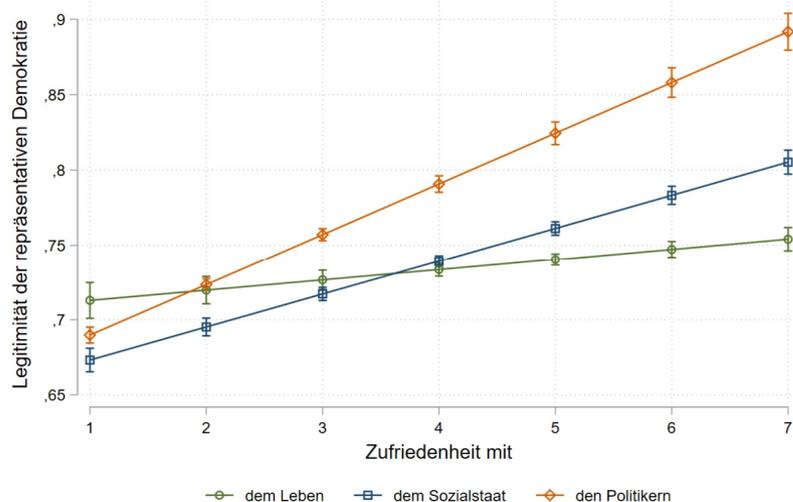
Datenbasis: Demokratiemonitor 2019.

Die Steigung sieht bei der Sozialstaatszufriedenheit schon deutlich anders aus. Die niedrigste Zufriedenheit geht mit einem Legitimitätsmaß von etwa 0,67, die höchste mit einem Legitimitätsmaß von 0,80 einher. Den weitaus stärksten Effekt hat die Politikerzufriedenheit. Diejenigen, die meinen, die Politikerinnen und Politiker würden sich um die Belange der kleinen Leute kümmern, geben der repräsentativen Demokratie einen Legitimitätswert von 0,89, diejenigen, die meinen, sie würden sich nicht kümmern lediglich einen Wert von 0,69 (Grafik 1).

### Nicht Sozialisation, nicht Situation, sondern enttäuschte Erwartungen

Die Ergebnisse zeigen, dass dreißig Jahre nach der Vereinigung keine Unterschiede in der Anerkennung der Legitimität der Demokratie in Deutschland zwischen Ost und West erkennbar sind. Dies ist nicht nur ein positiver Befund für die aktuelle Lage, sondern weist auch mit Blick auf die Auswertung älterer Daten darauf hin, dass dies auch schon knapp 10 Jahre früher gegolten hat und damit relativ stabil zu sein scheint. Daraus den Schluss zu ziehen, in Deutschland gäbe es keine Legitimitätsprobleme, wäre aber kurzsichtig. Im ersten Jahrzehnt nach der Vereinigung Deutschlands war vermutlich das größte Problem der politischen Kultur in Deutschland der große Unterschied zwischen Ost und West. Heute ist dieser regionale Unterschied kaum noch von Bedeutung und das auch dann nicht, wenn zusätzlich Sozialisierungseffekte anhand des Alters mitberücksichtigt werden. Auch die Situation hat weder regional spezifiziert noch generell einen besonders starken Effekt auf die Legitimität. Dass die Situation regional keinen Unterschied macht, verweist darauf, dass die nach wie vor existierenden wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Ost und West keine größere Rolle für die Beurteilung der repräsentativen Demokratie (mehr) spielen. Der Effekt ist zwar da, aber doch sehr schwach. Die stärksten Unterschiede in der Legitimitätseinschätzung resultieren aus politischen Beurteilungen. Es sind politische Erwartungen an

**Grafik 1** Marginale Effekte der drei Arten von Zufriedenheit auf die Legitimität der repräsentativen Demokratie



Datenbasis: *Demokratiemonitor 2019*.

den Sozialstaat und an die Responsivität der Politikerinnen und Politiker. Hohe Zufriedenheit mit dem Sozialstaat als Garant der Sicherheit vor Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter und die Überzeugung, die Politikerinnen und Politiker kümmern sich um die kleinen Leute, gehen mit sehr hoher Unzufriedenheit und mit recht niedrigen Niveaus von Legitimität der repräsentativen Demokratie in Deutschland einher. Vertrauensverluste in Parteien sowie Politikerinnen und Politiker stellen nicht nur in Deutschland, sondern in fast allen Demokratien ein zentrales Problem dar (Sanhueza Petrarca & Horvath, 2019). Defizite der Vereinigung scheinen verschwunden, aber insbesondere die Responsivität der Politik muss gesichert werden und sie damit ihre Rolle als Mörkel der politischen Solidargemeinschaft weiterhin behalten soll.

### Literatur

- Demokratiemonitor. (2019). Online-Umfrage der Bertelsmann Stiftung in Kooperation mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, 3-Wellen-Panel, Feldzeit April-Juli 2019, Fragebögen. Retrieved April 23, 2020, from <https://perma.wzb.eu/Legitimitaet2019>.
- European Social Survey. (2012). *ESS Round 6 Source Questionnaire*. Centre for Comparative Social Surveys, City University London. Retrieved April 23, 2020, from [http://www.europeansocialsurvey.org/docs/round6/fieldwork/source/ESS6\\_](http://www.europeansocialsurvey.org/docs/round6/fieldwork/source/ESS6_)

- source\_main\_questionnaire.pdf
- Friedrich, C. J. (1960). Die Legitimität in politischer Perspektive. *Politische Vierteljahresschrift*, 1, 119–132.
- Fuchs, D., & Roller, E. (2018). Einstellungen zu Demokratie und Sozialstaat. In *Datenreport 2018. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*, 358–365. Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Gabriel, O. W. (2001). Politische Orientierungen im vereinten Deutschland. Auf dem Wege zur „Civic Culture“? In Bertram, H., & Kollmorgen, R. (Hrsg.), *Die Transformation Ostdeutschlands* (pp. 97–129). Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Hinrichs, W., & Nauenburg, R. (2005). Unterschiedliche Demokratiezufriedenheit in West- und Ostdeutschland. *Deutschland Archiv*, 38(3), 393–401.
- Kneip, S., Merkel, W., & Weßels, B. (Hrsg.). (2020). *Legitimitätsprobleme: Zur Lage der Demokratie in Deutschland*. Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Sanhueza Petrarca, C., & Horvath, S. (2019). Das Vertrauen in Parteien in europäischen Demokratien. *Solikris Policy Brief #3*, Solikris/Gesis, Köln.
- Stillman, P. G. (1974). The Concept of Legitimacy. *Polity*, 7(1), 32–56. <https://doi.org/10.2307/3234268>
- Weßels, B. (2016). Democratic Legitimacy. Concepts, Measures, Outcomes. In Ferrín, M., & Kriesi, H. (Hrsg.), *How Europeans View and Evaluate Democracy* (pp. 235–256). Oxford University Press.
- Westle, B. (1994). Demokratie und Sozialismus. Politische Ordnungsvorstellungen im vereinten Deutschland zwischen Ideologie, Protest und Nostalgie. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 46, 571–596.

1 Für die Legitimitätsmessung wurden die Fragen E1 bis E7, E10, E12, E14 und E16 für das Soll und die Fragen E17 bis E23, E25, E26, E28 und E30 für das Ist herangezogen (European Social Survey, 2012).

2 Die Daten können hier eingesehen werden: <https://perma.wzb.eu/Legitimitaet2019>.

heiko.giebler@wzb.eu

sandra.horvath@wzb.eu

bernhard.wessels@wzb.eu

doi: 10.15464/isi.65.2020.3-7

# Krise oder Unterstützung der (repräsentativen) Demokratie in Deutschland?

Die Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte 1991-2018.

**Kathrin B. Busch**

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

*Mehr als 3 Jahrzehnte sind seit Beginn der wirtschaftlichen und politischen Umbrüche in Osteuropa und der Wiedervereinigung Deutschlands vergangen. Doch auch heute noch sind Fragen über die Verfassungswirklichkeiten der „neuen“ Demokratien sowie über die Werte, Normen und Einstellungen der Menschen von Relevanz. In Deutschland zeigen sich weiterhin Unterschiede zwischen Ost- und West, zum Beispiel im Anteil sogenannter „unzufriedener DemokratInnen“: Während diese die Demokratie stützen, haben sie häufig nur wenig Vertrauen in politische Institutionen wie in das Parlament oder die Regierung (vgl. Klingemann 2014). Der vorliegende Beitrag setzt den Fokus auf die Frage, wie sich allgemeine Bewertungen von PolitikerInnen in Bezug zur Erfüllung wichtiger demokratischer Prinzipien auf die Zufriedenheit mit der Demokratie auswirken. Dazu werden Befragungsdaten aus der Allgemeinen Bevölkerungsstudie (Allbus) genutzt, die zwischen 1988 und 2018 erhoben wurden. Es zeigt sich, dass Bewertungen „der Politiker“ in Bezug zu ihrem Eingehen auf die Menschen (Responsivität) sowie in Bezug zur Vertretung des Volkes (Repräsentativität) die Demokratiezufriedenheit maßgeblich mit beeinflussen. Für AnhängerInnen der Partei „Die Linke“ und der AfD sind die Bewertungen von Responsivität und Repräsentativität auf die Demokratiezufriedenheit teilweise von noch stärkerer Bedeutung. Mit der Untersuchung von Einstellungen zu politischen Prozessen legt der Beitrag den Schwerpunkt auf einen Teil der politischen Kultur, der bisher in der Forschung weniger Beachtung gefunden hat.*

zusetzen. Diese wurde in Deutschland erstmals in den 90er Jahren relevant, als Bürgerentscheide und Verfahren für Volksbegehren auf kommunaler und Landesebene eingeführt wurden, auf Bundesebene aber an der für Grundgesetzänderungen notwendigen Zweidrittelmehrheit im Bundestag scheiterten (vgl. Schiller & Mittendorf 2002). Bis vor ein paar Jahren wurde das Thema „direkte Demokratie“ eher von der politischen Linken besetzt (vgl. Christmann 2009), bei den Parteien vor allem von SPD, Grünen und der Partei Die Linke. Jedoch griff es auch die 2013 gegründete Partei AfD auf, die in der Bundestagswahl 2017 die weitreichendsten Forderungen, zum Beispiel „Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild“ stellte<sup>1</sup>. Gleichzeitig gab und gibt die Partei vor, als einzige die „Stimme des Volks“ zu vertreten. Ihre Kritik an den etablierten Parteien betrifft unter anderem genau das Thema eines (angeblichen) Responsivitäts- und Repräsentativitätsmangels. Wird diese häufig wiederholte Behauptung von ihren Anhängern verinnerlicht, sollte dies dazu führen, dass diese noch unzufriedener mit der Demokratie werden.

Im Folgenden soll untersucht werden, ob sich die Wahrnehmung von Repräsentativität sowie eines Responsivitätsmangels auf die Zufriedenheit mit der Demokratie auswirken und ob diese

Die Unterstützung des politischen Systems durch seine BürgerInnen ist ein wichtiges Fundament für dessen Erhalt und Funktion. Dies gilt umso mehr für repräsentative Demokratien, deren Prinzipien der Repräsentativität und Responsivität davon abhängig sind, dass sich die Bevölkerung politisch einbringt und die Politik nicht die Bedürfnisse von Teilen der Bevölkerung gänzlich missachtet. So können Wahlen nur dann ein

gutes Maß an Repräsentativität erzielen, wenn Angehörige aller Bevölkerungsschichten partizipieren. Responsivität ist nur erreichbar, wenn Menschen ihre politischen Bedürfnisse artikulieren und die entsprechenden Themen von der Politik erkannt und aufgegriffen werden.

Die Kritik an einem Mangel an Repräsentativität und Responsivität geht häufig mit der Forderung einher, mehr Verfahren der „direkten Demokratie“ ein-

negative Wirkung bei Parteianhängern der Linken und der AfD als extremste Verfechter der direkten Demokratie verstärkt auftreten.

### Einstellungen zur Demokratie im ausgehenden 20. und frühem 21. Jahrhundert

Bereits seit den 90er Jahren sind die Menschen in westlichen Demokratien ihren politischen Regimen gegenüber kritischer geworden (vgl. Norris 1999). Da sich die Kritik im Allgemeinen nicht auf die Demokratie als Regierungsform bezieht, sondern eher die politischen Institutionen und die politischen Autoritäten fokussierte, wurde sie zunächst nicht direkt als problematisch angesehen (vgl. Klingemann 1999, Dalton 1999). Dennoch hat sie das Potenzial für politisch herausfordernde Entwicklungen, denn Unzufriedenheit mit der Demokratie vermindert das politische Vertrauen insgesamt. Bereits 2002 warnte der Politikwissenschaftler Claus Offe, dass die demokratischen Institutionen „das politische Feld für partikularistische und populistische Mobilisierung freigeben könnten“, wenn sie es nicht mehr schafften, „Aufmerksamkeit, Interesse, Vertrauen und Unterstützung [...] der Bürger auf sich zu ziehen“ (Offe 2002, S. 29).

In Deutschland erhöhte sich durch die wirtschaftlichen und politischen Krisen seit 2008 die Zahl der sogenannten „Euro-Skeptiker“ (Treib 2018). Deren Kritik an der politischen Vergemeinschaftung der EU und an Mängeln innerhalb ihrer politischen Prozesse manifestiert sich jedoch nicht nur dort, sondern hat auch Auswirkungen auf die politischen Positionen innerhalb des Landes. So waren zum Teil die gleichen Personen, die gegen den Vertrag zum Europäischen Stabilitäts-Mechanismus (ESM) klagten, später auch an der Gründung der anfangs hauptsächlich Euro-skeptischen Partei AfD beteiligt (vgl. Nestler/Rohgalf 2014). Diese generalisiert als populistische Partei ihre Kritik gegen die gesamte Elite des politischen Mainstreams und versucht mit ihrer Behauptung, die einzige „Vertreterin des Volkes“ zu sein, die anderen Parteien und politischen

RepräsentantInnen zu diskreditieren.

Im Folgenden soll die Bedeutung von wahrgenommenen Responsivitäts- und Repräsentationsmängeln anhand eines Modells über das politische System (Almond et al. 2008) genauer eingeordnet werden. Danach wird ein Überblick über die Entwicklung der Demokratiezufriedenheit in Deutschland von 1988-2018 gegeben und auf Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland eingegangen. Anschließend wird mittels einer Regressionsanalyse überprüft, wie stark sich die individuellen Einstellungen zur Repräsentativität und Responsivität auf die Demokratiezufriedenheit in Deutschland auswirken. Der Beitrag schließt mit der Diskussion der Ergebnisse und seiner Implikationen.

### Responsivität und Repräsentativität im Modell der politischen Unterstützung

Die politische Kulturforschung unterscheidet bei der Unterstützung eines politischen Systems zwischen verschiedenen „Objekten der Unterstützung“, denen ein unterschiedlicher Wert für die Persistenz einer Demokratie zugerechnet wird. Demgemäß ist die Unterstützung der Demokratie als Regime-Typ eine der wichtigsten Voraussetzungen für deren Erhalt (vgl. Easton 1965). Von etwas geringerer Relevanz ist die Unterstützung der politischen Institutionen und danach die Zufriedenheit mit den politischen und wirtschaftlichen Outputs (vgl. Easton 1965). Wichtig ist hierbei aber, dass längerfristige Unzufriedenheit mit den Institutionen und mit den Outputs auch negative Rückwirkungen auf die Demokratiezufriedenheit haben können (vgl. McAllister 1999). Almond et al. (2008) konzipierten ein erweitertes Modell der politischen Unterstützung, das nicht nur das politische System zeigt, sondern auch dessen Funktionen und Prozesse mit berücksichtigt. Da die Umsetzung der Prinzipien der Repräsentativität und Responsivität prozessabhängig ist, eignet sich dieses Modell besonders gut, um die Forschungsfrage weiter zu erläutern.

Politik und Gesellschaft stehen innerhalb des Modells in einer ständigen

kommunikativen Austauschbeziehung. Politische Forderungen, der „Input“ der Gesellschaft, werden innerhalb der „Prozessfunktion“ artikuliert, von Interessengruppen gebündelt und von der Politik in politische Entwürfe (z.B. Gesetze) überführt. Anschließend werden diese in der „Policyfunktion“ in geltendes Recht und Verwaltungsvorschriften umgesetzt. Die implementierten Gesetze und Regelungen werden im Alltag der BürgerInnen als „politischer Output“ sichtbar.

Fühlen sich Gruppen von BürgerInnen nicht gehört oder ihre Anliegen nicht repräsentiert, kann sich dies zunächst auf die Policy-Outputs auswirken: Verordnungen und Gesetze spiegeln dann inhaltlich nicht die Anliegen der Gruppe wider und werden entsprechend kritisiert. Bei dauerhafteren Responsivitäts- oder Repräsentationsproblemen ist es wahrscheinlich, dass sich Kritik darüber hinausgehend als Unzufriedenheit oder Misstrauen mit „der Politik“ zeigen. Längerfristig kann bei anhaltender Inkongruenz zwischen den internalisierten politischen Regeln der repräsentativen Demokratie und ihrer Implementierung in politische Prozesse auch eine Enttäuschung über die Demokratie insgesamt entstehen. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig zu überprüfen, wie stark die Unzufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland tatsächlich von wahrgenommenen Mängeln in der Responsivität und Repräsentativität abhängt und welchen Einfluss Parteien darauf haben. Im Folgenden wird zunächst gezeigt, wie sich die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat.

### Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland 1991-2018

Die Zufriedenheit mit der Demokratie wird im Allbus seit 1988 mit der folgenden Frage erfasst: „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?“ Es wird hier nicht nach der Demokratie als politisches System gefragt, sondern nach dessen hiesiger Ausformung. In die Befragung von 2018 wurde zusätzlich eine Frage nach der Zufriedenheit mit der „Demokratie als

Idee“ aufgenommen (vgl. Tabelle 1).

Die allgemeine Befürwortung der Demokratie fällt im Gegensatz zur Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland regelmäßig höher aus (vgl. Gabriel 2018). Auch die beiden Fragen im Allbus wurden 2018 sehr unterschiedlich beantwortet (Grafik 1). Es ist daher wahrscheinlich, dass die Befragten entsprechend auch die Unterschiede zwischen den Fragen verstanden haben.

Während in Westdeutschland über den gesamten Zeitraum im Mittel rund 50 Prozent der Befragten sehr zufrieden oder zufrieden mit der Demokratie waren, waren dies in Ostdeutschland nur rund 20 bis 35 Prozent. In Ostdeutschland überwog über alle Messungspunkte mit mehr als 50 Prozent der Befragten der Anteil derjenigen, die nur teilweise zufrieden waren. Der Vergleich mit der Bewertung der Demokratie als Idee (für das Jahr 2018) macht für beide Landes-teile deutlich, dass diese von weitaus größeren Anteilen der Befragten befürwortet wurde (mit über 90 Prozent im Westen, über 85 Prozent im Osten). Dieser Befund ist positiv für die Systemper-sistenz zu werten. Die starke Diskrepanz zur Zufriedenheit mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland implementiert ist, zeigt also für 2018, dass die Befragten diese kritischer sehen, vor allem in Ost-deutschland.

Im Zeitverlauf zeigt sich für beide Lan-desteile, dass der Anteil der Zufriedenen 1991 auf einem Hoch war, sich zum Jahr 1992 aber jeweils deutlich verringerte. Bis auf eine Schwankung zwischen 1998 und 2002 stieg der Anteil der Zufriede-nen ab 2002 etwas und ab 2008 dann wieder deutlicher an. Dieser Befund eines relativ parallelen Verlaufs in Ost und West, wenn auch auf unterschiedli-chem Niveau, deckt sich mit dem frühe-rem Analysen (vgl. Tausendpfund 2018).

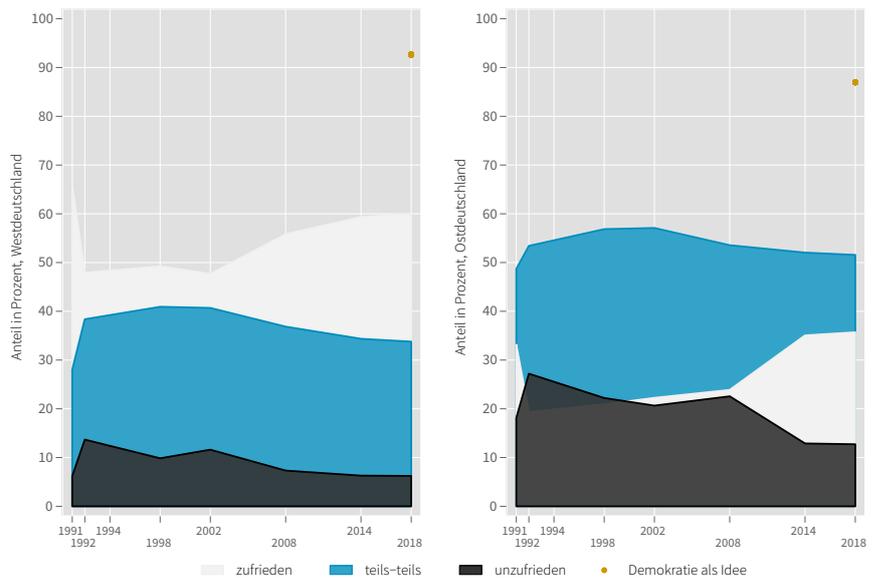
### Erklärungen für die Demokratie-zufriedenheit in Deutschland

Mit der nachfolgenden Analyse soll die Frage beantwortet werden, ob sich die Überzeugung über Repräsentativität und die Überzeugung über einen Mangel an Responsivität auf die Zufriedenheit mit der Demokratie auswirken. Es wird

**Tabelle 1 Fragevariationen zur Demokratiebefürwortung und -zufriedenheit**

Fragevariationen		Erhebungsjahre
Allgemeiner: Befürwortung der Demokratie als Idee	„Bitte sagen Sie mir anhand der Liste, wie sehr Sie grundsätzlich für oder grundsätzlich gegen die IDEE DER DEMOKRATIE sind.“ Antworten 6 stufig: sehr dafür – sehr dagegen	2018
Spezifischer: Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland	„Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie - alles in allem - mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?“ Antworten 6 stufig von sehr zufrieden – sehr unzufrieden	1991, 1992, 1998, 2000, 2002, 2008, 2014, 2018

**Grafik 1 Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland: Zufriedenheit mit der Demokratie 1991-2018 und „Befürworter der Demokratie als Idee“ 2018.**



Datenbasis: Für die Grafik habe ich zwei Datensätze des Allbus zusammengespielt, zum einen GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2018): ALLBUS 1980-2016 - Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4586 Datenfile Version 1.0.0, doi: 10.4232/1.13029, zum anderen GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2019): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2018. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5270 Datenfile Version 2.0.0, doi: 10.4232/1.13250.

erwartet, dass je mehr die Menschen von Repräsentativität überzeugt sind, desto zufriedener sie mit der Demokratie in Deutschland sind und je stärker ein Responsivitätsmangel gesehen wird, desto unzufriedener. Zweitens soll getestet werden, ob sich die Präferenz für die Partei Die Linke oder für die AfD negativ auf die Demokratiezufriedenheit auswirken. Die Gründe für diese Hypothesen unterscheiden sich zwischen den Parteien. Beide Parteien setzen sich in ihren Parteiprogrammen für „direkte Demokratie“ ein, weil sie die Repräsentativität bemängeln. Das Besondere für die AfD ist jedoch, dass sie ihre Forderungen mit der Behauptung verknüpft, „der Volkswille“ würde durch die anderen Parteien nicht beachtet. Dabei kommt es der AfD als populistischer Partei nicht

darauf an, „möglichst viele Interessen in den Entscheidungsprozess zu integrieren, sondern darauf, dass sie den Volks- bzw. Mehrheitswillen ohne vorherige Verhandlungen in demokratischen Institutionen unverfälscht verwirklicht sehen“ will (Lewandowsky et al. 2016, S. 250-251, vgl. Taggart 2004, S. 273). Die Behauptung der Partei, der (vermeintliche) Volkswille würde kein Gehör bei den anderen Parteien finden, steht für eine fehlende Akzeptanz des demokratischen Pluralismus. Auf Basis der vorstehenden Überlegungen wird daher zusätzlich getestet, ob sich die Präferenz für die Parteien Die Linke und die AfD unterschiedlich auf die Verknüpfung von wahrgenommenem Responsivitätsmangel und Repräsentativität mit der Demokratiezufriedenheit auswirken.

Es wird erwartet, dass sich insbesondere die Wahrnehmung eines Responsivitätsmangels bei AfD-Anhängern verstärkt negativ auf die Demokratiezufriedenheit auswirkt, während für Repräsentativität die Wirkung für Anhänger beider Parteien ähnlich sein sollte.

Dem theoretischen Modell des politischen Systems und seiner Funktionen (Almond et al. 2008) folgend, beeinflussen neben den bereits diskutierten Prinzipien auch noch weitere individuelle Einstellungen und Charakteristika die Bewertung der Demokratie. Zum einen ist dies die Überzeugung von der eigenen politischen Kompetenz, da diese erst die sinnvolle Partizipation ermöglicht. Das Gefühl der Kompetenz könnte demnach die Zufriedenheit mit der Demokratie in ihrer jetzigen Form erhöhen. Andererseits könnte mehr Kompetenz auch kritischer machen, wenn der Person dadurch vorhandene Mängel stärker auffallen.

Zu den sich eher kurzfristig verändernden Einstellungen gehören Bewertungen der politischen und wirtschaftlichen Performanz des Systems. Auch diese können längerfristig die Zufriedenheit mit der Demokratie beeinflussen (vgl. Almond und Verba 1963; McAllister 1999). Zum Thema Wirtschaftsbewertung liegen im Allbus Fragen zur Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage und zur wirtschaftlichen Lage des Landes vor. Zweitens gibt es eine Zustimmungsabfrage zu der Überzeugung, dass man „in der BRD gut leben“ könne. Diese Frage bezieht sich eher auf die allgemeine politische, wirtschaftliche und soziale Lage. Es wird erwartet, dass positivere Einschätzungen jeweils die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland verstärken. Ebenso sollte eine materialistischere Wertvorstellung zu mehr Zufriedenheit mit der Demokratie in ihrer jetzigen Form führen als postmaterialistischere Wertvorstellungen, die mehr die individuellen Freiheitsrechte betonen<sup>2</sup>. Gerade der Wertewandel zum Postmaterialismus (vgl. Inglehart 1977; Abramson 2014) führt zu einer zunehmenden Anzahl „unzufriedener Demokraten“ (vgl. Klingemann 2014).

Aufgrund der immer noch vorhandenen unterschiedlichen Lebensverhält-

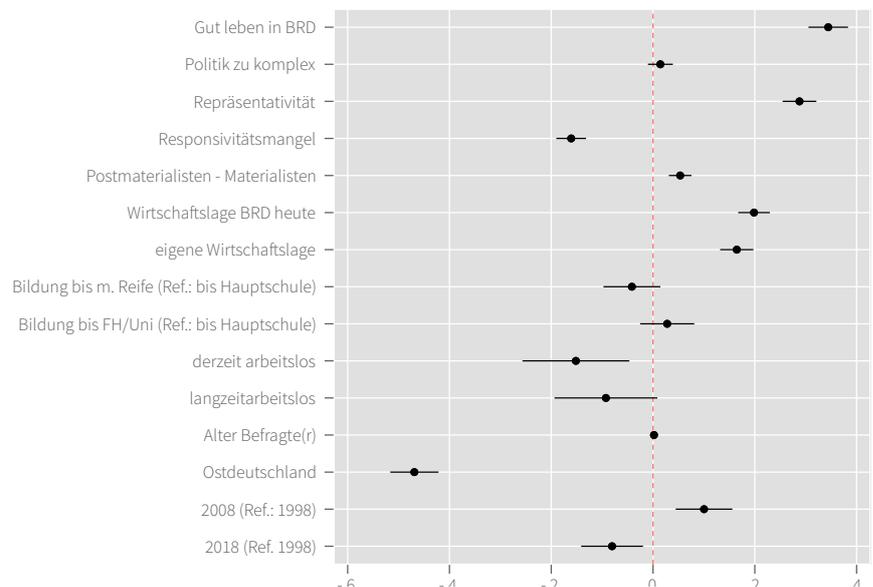
nisse in Ost- und Westdeutschland, vor allem bezüglich der Einkommens- und Eigentumsverhältnisse und der Arbeitslosenraten, ist es möglich, dass die vorgenannten Outputbewertungen einen Teil der Ost-West-Unterschiede in der Demokratiezufriedenheit bereits erklären. In einer ähnlichen Weise sollte sich auch Arbeitslosigkeit, vor allem, wenn sie von längerer Dauer ist und als Teil eines Politikversagens gedeutet wird, negativ auf die Demokratiezufriedenheit auswirken. Die Wirkungsrichtung von Schulbildung und Alter der Befragten ist unklar und es gibt Argumente für positive und negative Tendenzen. Einerseits sollte eine bessere Bildung und mehr politische Erfahrung aufgrund des Alters den kritischen Blick fördern, was eher unzufriedener macht, andererseits aber können Bildung und Alter auch die Selbstsicherheit stärken, was zu mehr Zufriedenheit führen sollte.

### Mangel an Repräsentativität und Responsivität als Gründe für Unzufriedenheit

Um die Zusammenhänge zwischen Repräsentativitäts- und Responsivitäts-

bewertung sowie Parteienpräferenz auf die Zufriedenheit mit der Demokratie zu beurteilen, wurden eine Reihe von Regressionsanalysen berechnet<sup>3</sup>. Im Modell 1 wurden zunächst die vermuteten Zusammenhänge zwischen Repräsentativitätszufriedenheit und wahrgenommenem Responsivitätsmangel auf die Demokratiezufriedenheit für alle drei Jahre getestet<sup>4</sup> (s. Grafik 2). Beide Prinzipien erweisen sich innerhalb des Modells als wichtig für die Demokratiezufriedenheit: Je mehr die Befragten dem Satz zustimmten, dass Politiker das Volk repräsentieren, desto zufriedener waren sie mit der Demokratie, wie sie in Deutschland besteht. Die Wahrnehmung eines Responsivitätsmangels, dass Politiker sich nicht um die Gedanken von Personen wie des/der Befragten kümmern, wirkte sich dagegen, wie erwartet, negativ auf die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland aus. Ebenfalls wichtig für die Demokratiezufriedenheit waren die Einstellungen „gut zu leben“ in der BRD sowie die positive Wahrnehmung der eigenen Wirtschaftslage und der des Landes. Gleiches gilt für die Zuordnung im (Post-) Materialismusindex. Je mehr

**Grafik 2** Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland (Koeffizienten d. Regressionsanalyse Modell 1)



Datenbasis: Für die Grafik habe ich zwei Datensätze des Allbus zusammengespielt, zum einen GESIS-Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2018): ALLBUS 1980-2016 - Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4586 Datenfile Version 1.0.0, doi: 10.4232/1.13029, zum anderen GESIS-Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2019): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2018. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5270 Datenfile Version 2.0.0, doi: 10.4232/1.13250.

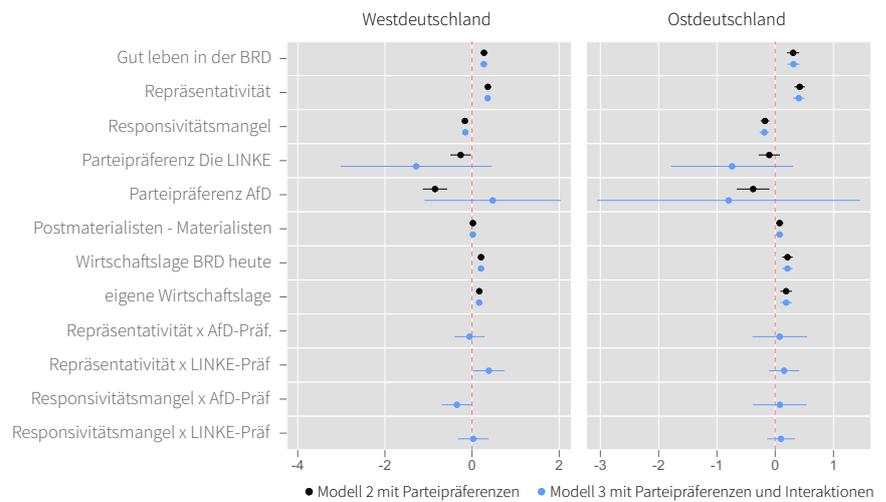
materialistische Werte jemand vertrat, desto zufriedener war er oder sie mit der Demokratie in Deutschland. Dies bestätigt Ergebnisse einer früheren Studie, in der auch Postmaterialisten eher zu den kritischen BürgerInnen gehörten (vgl. Dalton und Welzel 2014).

Nicht signifikant und damit in dieser Analyse irrelevant für die Demokratiezufriedenheit waren dagegen die Bildung der/der Befragten und die Bewertung der Politik als zu komplex. Ebenfalls nicht signifikant waren das Alter, sowie die Frage, ob jemand zusätzlich Langzeitarbeitslose(r) war. Derzeitige Arbeitslose (ohne Langzeitarbeitslose) waren aber weniger zufrieden mit der Demokratie. Die wirtschaftlichen Bewertungen bekommen damit eine relativ starke Gewichtung. Ebenfalls signifikant unzufriedener mit der Demokratie waren die Menschen in Ostdeutschland.

In Modell 2 wurde getestet, wie sich die Parteipräferenz für die Partei die Linke und die AfD auf die Demokratiezufriedenheit auswirkt und in Modell 3 zusätzlich, ob diese Präferenzen die Wirkung von wahrgenommenem Repräsentationsgefühl und Responsivitätsmangel auf die Demokratiezufriedenheit (als Moderationseffekte) weiter verstärken (s. Grafik 3). Da die Daten die Präferenz für die AfD erst ab 2018 abbilden, konnten für die Analysemodelle 2 und 3 nur diese verwendet werden. Aufgrund der vorgefundenen Ost-West-Unterschiede wurden außerdem die Effekte getrennt für beide Landesteile berechnet. Um die Effekte in Ost und West besser miteinander vergleichen zu können zeigt Grafik 3 links die Effekte von Modell 1 (schwarz) und 2 (blau) für Westdeutschland und rechts die Effekte für beide Modelle für Ostdeutschland. Dargestellt sind nur die Effekte, die in mindestens einem der beiden Modelle signifikant geworden sind, sowie die für Modell 3 wichtigen Interaktionseffekte.<sup>5</sup> Auffällig ist zunächst, dass sich bis auf wenige Ausnahmen in beiden Analysemodellen die meisten getesteten Einstellungen und Eigenschaften in West- und Ostdeutschland in ähnlichem Maße positiv oder negativ auf die Demokratiebewertung auswirkten.

Die Wirkungsrichtung der Wahrnehmung von Repräsentativität, Responsi-

**Grafik 3** Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland 2018 (Koeffizienten d. Regressionsanalyse, Modelle 2 und 3)



Datenbasis: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2019); Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2018. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5270 Datenfile Version 2.0.0, doi: 10.4232/1.13250.

vitätsmangel und der Zustimmung zu der Aussage, dass man in der BRD gut leben könne, zeigten sich in den Modellen 2 und 3 konstant mit dem vorherigen Modell über die drei Zeitpunkte, jedoch weniger stark. Auch die Bewertungen der eigenen Wirtschaftslage und die der BRD wirkten sich wie im Modell vorher signifikant positiv, aber weniger stark auf die Demokratiezufriedenheit aus. Zu Modell 2 neu hinzugenommen wurden die Parteipräferenzen für die Partei die Linke und die AfD sowie in Modell 3 zusätzlich noch die Interaktionseffekte. Für die Hinzunahme der Parteipräferenzen (Modell 2, schwarze Punkte) zeigte es sich zunächst, dass sowohl in West- als auch in Ostdeutschland die Bevorzugung der AfD in einem negativen Zusammenhang zur Demokratiezufriedenheit steht. In Westdeutschland zeigte sich auch ein schwach negativer, schwach signifikanter Effekt für die Präferenz für Die Linke, in Ostdeutschland stand die Bevorzugung der Linken dagegen in keinem signifikanten Zusammenhang zur Demokratiezufriedenheit. In Modell 3 (blaue Punkte), also unter Hinzunahme der Interaktionseffekte, zeigte sogar keine der Parteipräferenzen mehr signifikante Effekte auf die Demokratiezufriedenheit. Deutlich wird aber auch hier ein Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland: Nur für Westdeutsch-

land zeigten zwei der Interaktionseffekte eine signifikante Wirkung auf die Demokratiezufriedenheit. Für Personen, die die Partei die Linke bevorzugten, wirkte sich die positive Bewertung der Repräsentativität stärker positiv auf die Demokratiezufriedenheit aus als für Personen mit anderen Parteipräferenzen. Für Personen, die die AfD präferierten, wirkte sich dagegen der wahrgenommene Responsivitätsmangel stärker negativ auf die Demokratiezufriedenheit aus als für andere. Diese Befunde bestätigen die Hypothesen, dass AfD und Linke die Unzufriedenheit mit der Demokratie über die Bemängelung von Repräsentativität bzw. Responsivität verstärken, also nur zum Teil. Die Präferenz jeweils einer der Parteien bewirkte die Effektverstärkung nur für eines der beiden Prinzipienbewertungen auf die Demokratiezufriedenheit, und das auch nur in Westdeutschland.

## Diskussion der Ergebnisse

Responsivität und Repräsentativität sind nicht nur in der Theorie wichtige Prinzipien für die Funktion von Demokratien, sondern auch tatsächlich relevant für die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland. Fühlen sich Befragte nicht von der Politik gehört oder denken sie, dass PolitikerInnen nicht die

Bevölkerung repräsentieren, sind sie unzufriedener mit der Demokratie, so, wie sie in Deutschland besteht. Diese Befunde zeigten sich stabil in allen drei Analysemodellen und sowohl für West- als auch für Ostdeutschland. Der Befund, dass die meisten Menschen westlicher Demokratien zwar die Demokratie als Regimeform unterstützen, deren Ausgestaltung jedoch häufig kritisch gegenüberstehen (vgl. Norris 1999), wurde hier bestätigt. Die Zustimmung zur Demokratie „als Idee“ war in Deutschland 2018 im Allgemeinen sehr hoch, die Zufriedenheit mit ihrer Implementierung jedoch bedeutend geringer, vor allem in Ostdeutschland.

Trotzdem der Anteil derjenigen, die mit der Demokratie zufrieden oder sehr zufrieden waren, in Ostdeutschland seit 2008 wieder stieg und 2018 sogar höher ausfiel als 1991, bestanden auch noch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung starke Unterschiede in der Zufriedenheit mit der Demokratie zwischen West- und Ostdeutschland. So war der Anteil zufriedener und sehr zufriedener BürgerInnen in Ostdeutschland auch 2018 etwa noch 25 Prozentpunkte geringer als in Westdeutschland. Neben der wahrgenommenen Responsivität und Repräsentativität von PolitikerInnen wurde in zwei Analysemodellen getestet, ob die Parteien die Linke und die AfD im Zusammenhang zur Unzufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland stehen. Beide Parteien setzen sich für direkte Formen der Demokratie ein. Bei der AfD wird außerdem die politische Elite der anderen Parteien stark kritisiert und behauptet, sie würden nicht „das Volk“ repräsentieren. Daher wurde hier untersucht, ob sich dies auf die Zufriedenheit mit der Demokratie, wie sie in Deutschland besteht, auswirkt. Natürlich kann hier nicht ausgeschlossen werden, dass die Wirkung auch in der entgegengesetzten Richtung verläuft, dass nämlich Personen, die die Repräsentativität und Responsivität der anderen Politiker kritisieren, eher die AfD oder die Linke favorisieren und die jeweiligen Parteien diese Neigungen in ihren Programmen und ihren Statements widerspiegeln. Im Analysemodell für das Jahr 2018 erschienen Die-Linke- und vor allem

AfD-AnhängerInnen zunächst signifikant unzufriedener mit der Demokratie in Deutschland. Die letzte Analyse zeigte jedoch, dass dies nicht der Fall ist. Hier zeigte sich eine große Bandbreite in der Demokratiezufriedenheit von AfD- und Linken-AnhängerInnen. Stattdessen wurde in Modell 3 deutlich, dass sich für Die-Linke-AnhängerInnen der Effekt der wahrgenommenen Repräsentativität auf die Demokratiezufriedenheit verstärkt und für AfD-AnhängerInnen der Effekt des wahrgenommenen Responsivitätsmangels. Beide Effekte waren jedoch nur für Westdeutschland zu finden.

Der Interaktionseffekt mit Responsivität könnte bedeuten, dass die AfD nicht nur Personen anspricht, die sowieso schon mit der Demokratie unzufriedener sind, sondern dass - zumindest für Westdeutschland - Personen, die einen Responsivitätsmangel sehen, die AfD-Anhängerschaft zu mehr Unzufriedenheit mit der Demokratie führt, als für AnhängerInnen anderer Parteien. Warum das so ist, kann hier nicht mit Bestimmtheit gesagt werden, aber es könnte sein, dass die negative Stimmung der AfD gegenüber der politischen Elite eine Wirkung darauf hat, dass für ihre Anhänger das Thema Responsivität von stärkerem Interesse ist. Umgekehrt zeigt der Interaktionseffekt mit Repräsentativität und der Favorisierung der Partei Die Linke in Westdeutschland, dass für diese das Thema Repräsentativität relevanter für die Demokratiezufriedenheit ist als für andere. Die Erforschung der Gründe geht auch hier über das Thema des Papiers hinaus<sup>6</sup>. Die Insignifikanz beider Effekte in Ostdeutschland könnte auch damit erklärt werden, dass, wie gezeigt wurde, die Unzufriedenheit mit der Demokratie hier im Allgemeinen weiter verbreitet ist als im Westen. Damit sind auch AnhängerInnen anderer Parteien im Mittel unzufriedener mit der Demokratie. Die Unzufriedenheit mit der Art der Demokratie oder mit den Prozessen kann mittel- und langfristig zu einem stärkeren Problem werden, weil bei Menschen, die einerseits starke demokratische Werteüberzeugungen haben, aber andererseits nicht von der Qualität ihrer Demokratie überzeugt sind, das politische Vertrauen sinkt (Mauk 2019),

also das Vertrauen der Menschen in das politische System, seine Institutionen und Akteure.

## Implikationen

Betrachtet man die Unterschiede im Zeitverlauf, ist ersichtlich, dass Menschen in Ost- und Westdeutschland ähnlich reagieren, wenn sich auch die Unterschiede in der Grundzufriedenheit bis 2018 nicht wesentlich angenähert haben. Vielleicht braucht es weitere Generationen, bis sich die Wahrnehmungen zwischen Ost- und West weiter annähern. Solange die Demokratie als Idee weiterhin stark unterstützt wird, gibt es hier keine Krise. Die Unzufriedenheit mit den demokratischen Prozessen sollte jedoch konstruktiv aufgegriffen werden, um Verbesserungen in politischer Transparenz und in der politischen Partizipation der Bevölkerung zu erreichen. Da die Kritik an der Umsetzung der Prinzipien, den Menschen politisch Gehör zu verschaffen und sie angemessen zu vertreten, sich nicht nur vereinzelt zeigte und auch zum Teil ihre Berechtigungen haben kann, sollten auch die gemäßigten Parteien das Thema verstärkt aufgreifen.

Die Einführung von direktdemokratischen Verfahren wie Volksabstimmungen auch auf Bundesebene, kann vielleicht die Situation verbessern, weil Politik so erlebbarer und transparenter werden kann. Dass dies kein Allheilmittel sein kann und auch bei Volksabstimmungen die Mehrheitsentscheidung davon abhängt, wie gut Personen mit (richtigen) Informationen versorgt sind, zeigen Beispiele wie der Brexit in Großbritannien. Bei der Einführung solcher Verfahren muss daher zwingend bedacht werden, wie gut diese für komplexe politische Fragen überhaupt geeignet sein können. Wenn das Thema jedoch nur populistischen Parteien wie der AfD überlassen wird, ist dies insofern schlecht, als sie es in den Zusammenhang einer (über)generalisierten Elitenkritik nutzen und damit letzten Endes der Demokratie schaden.

## Literatur

- Abels, G. (2019). Legitimität, Legitimation und das Demokratiedefizit der Europäischen Union. In Becker, P. & Lippert, B. (Hrsg.). *Handbuch Europäische Union*. Wiesbaden: Springer.
- Abramson, P. R. (2014). Value Change over a Third of a Century: The Evidence for Generational Replacement. In Dalton, R. J. & Welzel, C. (Hrsg.). *The Civic Culture Transformed. From Allegiant to Assertive Citizens* (pp. 19-34). Cambridge: Cambridge University Press.
- Almond, G. A., Powell, G.B. (Jr) & Strøm, K. (2008). Comparing Political Systems. In Almond, G. A., Powell, G.B. (Jr), Dalton, R. J.; Strøm, K. (Hrsg.), *Comparative Politics Today* (pp. 28-42). New York: Pearson Longman.
- Almond, G. A., & Verba, S. (1963). *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton: Princeton University Press.
- Baumann, H., & Schulz, S. (2018). *ALLBUS - Kumulation 1980-2016 Variable Report: Studien-Nr. 4586*. Variable Reports 2018|7. Köln: GESIS. doi: <http://dx.doi.org/10.4232/1.13029>.
- Christmann, A. (2009). *In welche politische Richtung wirkt die direkte Demokratie? Rechte Ängste und linke Hoffnungen in Deutschland im Vergleich zur direkt-demokratischen Praxis in der Schweiz* (Vol. 6). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Dalton, R.J. (1999). Political Support in Advanced Industrial Democracies. In Norris, P. (Hrsg.) *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance* (pp. 57-77). Oxford: Oxford University Press.
- Easton, D. (1965). *A Framework for Political Analysis*. Englewood Cliffs: Prentice-Hall.
- Gabriel, O.W. (2018). Untergräbt die Kritik an Politikern das Vertrauen in die demokratischen Institutionen? *ZParl Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 49 (4), 909-918.
- Inglehart, R. (1971). The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies. *American Political Science Review*, 65 (4), 991-1017.
- Inglehart, R. (1977). *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics*. Princeton, NJ.: Princeton University Press.
- Jann, B. (2014). Plotting regression coefficients and other estimates. *The Stata Journal*, 14 (4), 708-737.
- Klingemann, H.-D. (1999). Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis. In Norris, P. (Hrsg.) *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance* (p. 57-77). Oxford: Oxford University Press.
- Klingemann, H.-D. (2014). Dissatisfied Democrats: Democratic Maturation in Old and New Democracies. In Dalton, R. J., & Welzel, C. (Hrsg.). *The Civic Culture Transformed. From Allegiant to Assertive Citizens* (p. 116-157). Cambridge: Cambridge University Press.
- Lewandowsky, M., Giebler, H., & Wagner, A. (2016). Rechtspopulismus in Deutschland. Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD. *Politische Vierteljahresschrift*, 57(2), 247-275.
- Mauk, M. (2019). Disentangling an Elusive Relationship: How Democratic Value Orientations Affect Political Trust in Different Regimes. *Political Research Quarterly*, Online First.
- McAllister, I. (1999). The Economic Performance of Governments. In Norris, P. (Hrsg.), *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance* (p. 188-203). Oxford: Oxford University Press.
- Nestler, C. & Rohgalf, J. (2014). Eine deutsche Angst – Erfolgreiche Parteien rechts von der Union: Zur AfD und den gegenwärtigen Gelegenheitsstrukturen des Parteienwettbewerbs. *Zeitschrift Für Politik*, 61(4), 389-413.
- Norris, P. (Hrsg.). (1999). *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance*. Oxford: Oxford University Press.
- Offe, C. (2002). Repräsentative Demokratie. Reformbedarf und Reformoptionen. *WZB Mitteilungen*, 98.
- Rohrschneider, R. (1999). *Learning Democracy: Democratic and Economic Values in Unified Germany*. Oxford: Oxford University Press.
- Schäfer, C. (2017). Euroskeptizismus und Wahlenthaltung. *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft*, 11(1), 50–80.
- Schiller, T., & Mittendorf, V. (2002). Neue Entwicklungen der direkten Demokratie. In Schiller, T. & V. Mittendorf (Hrsg.), *Direkte Demokratie* (S. 07-21). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Taggart, P. (2004). Populism and representative politics in contemporary Europe. *Journal of Political Ideologies*, 9(3), 269-288.
- Tausendpfund, M. (2018). Zufriedenheit mit der Demokratie: ein Blick auf die Einstellungen der wahlberechtigten Bevölkerung von 1977 bis 2016. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 60, 29-35.
- Treib, O. (2018). Deutsche Parteien und die EU: Traditioneller Integrationskonsens trotz zunehmend euroskeptischer Bürger. In Harryvan, A. G., Krause, A., & Vollaard, H. (Hrsg.), *Europa zwischen Hoffnung und Skepsis: Deutschland und die Niederlande über die europäische Integration seit 1990* (p. 67-93). Münster: Waxmann-Verlag.
- 1 Während im Wahlkampf zur Bundestagswahl fast alle Parteien außer der CDU und der FDP die Aufnahme von Volksbegehren auf Bundesebene forderten, sind die Vorstellungen der AfD damit am weitestgehenden, gefolgt von der Partei Die Linke und den Grünen (vgl. <https://www.tagesschau.de/inland/btw17/programmvergleich/programmvergleich-demokratie-101.html>. Retrieved on March 3, 2020).
- 2 Die Bildung des Inglehart-Index zur Messung „materialistischer“ und „postmaterialistischer“ Orientierungen orientiert sich im Allbus an Inglehart (1971). Dazu wurde die Zustimmung zu vier unterschiedlichen Aussagen der Befragten über ihre politischen Prioritäten genutzt (Originalvariablen va01, va02, va03 und va04. Befragte, die die beiden Aussagen „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Lande“ (va01) und „Kampf gegen steigende Preise“ (va03) auf die ersten beiden Rangplätze in der Wichtigkeitseinstufung setzen, wurden als „Materialisten“ bewertet. Diejenigen, für die dagegen „Mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung“ (va02) und „Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung“ (va04) oberste Priorität hatten, wurden als Postmaterialisten eingestuft. Alle anderen Kombinationen wurden als Mischtypen kategorisiert. Je nachdem, ob ein materialistisches oder ein postmaterialistisches Item an erster Stelle genannt wurde, wurden diese als „materialistische“ oder „postmaterialistische“ Mischtypen bewertet (vgl. Baumann & Schulz 2018). Die Skala der Inglehart-Index Variablen geht von 1 „Postmaterialisten“ bis 4 „Materialisten“.
- 3 Die Analysen sind Lineare Pooled Cross-Section Modelle. Aufgrund der eingeschränkten Verfügbarkeit der wichtigsten Variablen gingen in das Analysemodell 1 nur die Messungen von 1998, 2008 und 2018 ein. Da keine spezifischen Zeiteffekte hypothesiert wurden, wurde ein „Fixed-Effekt-Modell“ berechnet. Die Analysen von Modell 2 und 3 wurden nur für 2018 berechnet.
- 4 Berechnet wurde hier das Pooled Cross-Section Modell mit Jahres-Dummies für 1998, 2008 und 2018, wobei 1998 die Referenzkategorie bildet. Für alle Koeffizienten-Grafiken wurde das Stata Modul coefplot von Ben Jann (2014) genutzt
- 5 Die vollständigen Modelle finden sich tabellarisch in Anhang 1.
- 6 Ein möglicher Grund für die stärkere Relevanz des Themas für die Demokratiezufriedenheit von AnhängerInnen der Linken in Westdeutschland könnte ihre tatsächlich geringere Repräsentanz in den Regierungen der westdeutschen Länder sein. Leider kann hier nur gemutmaßt werden und das Thema wäre sicherlich für weitere Forschungsarbeiten interessant.

### Anhang 1 Zufriedenheit mit der Demokratie, so, wie sie in Deutschland besteht. Regressionsmodelle (Standardabweichung in Klammern)

	M1 gesamt 1998/2008/2018	M2 West 2018	M2Ost 2018	M3 West 2018	M3 Ost 2018
Gut leben in BRD	0,44*** (0,02)	0,27*** (0,04)	0,31*** (0,05)	0,27*** (0,04)	0,31*** (0,05)
polit. Kompetenz	0,01 (0,01)	0,03 (0,02)	0,04 (0,04)	0,03 (0,02)	0,04 (0,04)
Repräsentativität	0,29*** (0,02)	0,36*** (0,03)	0,42*** (0,05)	0,36*** (0,03)	0,41*** (0,05)
Responsivität	-0,16*** (0,01)	-0,16*** (0,03)	-0,17*** (0,04)	-0,15*** (0,03)	-0,19*** (0,04)
Materialismus - Postmaterialismus	0,05*** (0,01)	0,02** (0,02)	0,08 (0,03)	0,02 (0,02)	0,08* (0,03)
Wirtschaftslage BRD	0,20*** (0,02)	0,21*** (0,03)	0,24*** (0,05)	0,21*** (0,03)	0,21*** (0,05)
Eigene Wirtschaftslage	0,16*** (0,02)	0,16*** (0,03)	0,18*** (0,05)	0,16*** (0,03)	0,19*** (0,05)
Präferenz Die Linke	---	-0,26*** (0,12)	-0,10 (0,09)	-1,28 (0,88)	-0,74 (0,53)
Präferenz AfD	---	-0,85*** (0,14)	-0,38** (0,14)	0,47 (0,80)	-0,80 (1,15)
Repräsentativität x Präf. Linke	---	---	---	0,39* (0,18)	0,15 (0,13)
Repräsentativität x Präf. AfD	---	---	---	-0,06 (0,18)	0,08 (0,24)
Responsivität x Präf. Linke	---	---	---	0,03 (0,18)	0,10 (0,12)
Responsivität x Präf. AfD	---	---	---	-0,35* (0,18)	0,08 (0,24)
<i>Bildungsabschluss (Referenz: mittlere Reife)</i>					
Hauptschule	-0,04 (0,03)	-0,04 (0,05)	0,06 (0,09)	-0,05 (0,05)	0,06 (0,09)
Fachhochschule/Uni	0,03 (0,03)	0,06 (0,05)	0,03 (0,07)	0,05 (0,05)	0,10 (0,07)
<i>Selbst arbeitslos (Referenz: nein)</i>					
Momentan: ja	-0,15** (0,05)	-0,07 (0,14)	0,17 (0,20)	0,05 (0,14)	-0,17 (0,20)
innerhalb der letzten 10 Jahre	-0,09 (0,05)	-0,32** (0,11)	-0,20 (0,14)	-0,31** (0,11)	-0,20 (0,14)
Alter	0,00** (0,00)	0,01*** (0,00)	-0,00 (0,00)	0,01*** (0,00)	-0,01 (0,00)
Ostdeutschland	-0,47*** (0,02)	---	---	---	---
Jahr (Referenz 1998) 2008	0,10*** (0,03)	---	---	---	---
Jahr (Referenz 1998) 2018	-0,08** (0,03)	---	---	---	---
Konstante	1,57*** (0,11)	1,42*** (0,24)	0,82** (0,31)	1,44*** (0,24)	0,88** (0,31)
N	9.161	2.214	1.017	2.214	1.017

Dargestellt sind für M1 die Ergebnisse der linearen Regressionen der gewichteten Pooled-Cross-Section Daten des Allbus 1998, 2008 und 2018 mit fixierten Jahreseffekten; für M2 und M3 jeweils die lineare Regressionen für das Jahr 2018. Signifikanzniveaus werden mit \* dargestellt, wobei \*= $p<0.05$ ; \*\*= $p<0.005$ ; \*\*\*= $p<0.001$ .

Datenbasis: Für Modell 1 wurden die Daten der beiden folgenden Datenpublikationen des Allbus genutzt; für Modell 2 und 3 nur die zweite der beiden zitierten. GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2018): ALLBUS 1980-2016 - Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4586 Datenfile Version 1.0.0, doi: 10.4232/1.13029, zum anderen GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2019): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2018. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5270 Datenfile Version 2.0.0, doi: 10.4232/1.13250.

# Solidarität mit überschuldeten EU-Mitgliedstaaten und Geflüchteten

Ein Vergleich von Einstellungen in West- und Ostdeutschland

*Anne-Marie Parth, Jale Tosun & Julia Weiß*

Institut für Politische Wissenschaft, Universität Heidelberg

## Solidarität im vereinten Deutschland

Vor nunmehr dreißig Jahren mündete der durch die friedliche Revolution in der Deutschen Demokratischen Republik angestoßene Prozess in der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Damit fand ein grundlegender Wandlungsprozess statt, welcher in beiden Teilen Deutschlands große Kraftanstrengungen erforderte. Auch wenn die deutsche Wiedervereinigung von zahlreichen Erfolgen gekrönt ist, welche sich nicht zuletzt darin widerspiegeln, dass das Land seit 2005 eine Ostdeutsche zur Bundeskanzlerin hat, wurden jüngst Stimmen laut, die auf anhaltende Trennlinien zwischen Ost- und Westdeutschland verwiesen.

Diese Trennlinien wurden vor allem im Zuge des massiven Zuzugs von Geflüchteten im Jahr 2015 und den daraus resultierenden Veränderungen im Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger in Ost- und Westdeutschland offenkundig. Die Alternative für Deutschland (AfD), die sich in ihren Antworten auf diese sog. „Migrationskrise“<sup>1</sup> kategorisch von den anderen parlamentarischen Parteien unterscheidet, erfuhr bei den Landtagswahlen 2019 und 2020 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen deutlich mehr Unterstützung als in den westdeutschen Bundesländern, weshalb die Frankfurter Allgemeine Zeitung (31.08.2019) die Wahlergebnisse als Ausdruck einer „geteilten Republik“ wertete. Die Wahlerfolge der AfD in Ostdeutschland legen somit nahe, dass das Thema Einwanderung die Republik teilt (siehe Reinl, Eder & Katsanidou, diese Ausgabe).

Die bisherige Forschung sucht die Ursachen der Spaltung hinsichtlich

der Solidarität gegenüber Geflüchteten primär in Unterschieden hinsichtlich sozialer Normen, Einstellungen und dem sozioökonomischen Status zwischen Ost- und Westdeutschen (Brosig-Koch et al. 2011; Gerhards et al. 2018; Lengfeld et al. 2020). Sollten diese Faktoren zentral sein, hätten sich die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen ähnlich wie in der Finanzkrise, bei der finanzielle Verlustängste im Mittelpunkt standen, zeigen müssen. Wie die vorliegende Untersuchung zeigt, trifft dies nicht zu. Vielmehr entscheidet das Vertrauen der Bürger Ost- und Westdeutschlands in die Bundesregierung, wie stark die Solidaritätsbekundung gegenüber überschuldeten EU-Mitgliedstaaten und Geflüchteten zwischen Ost- und Westdeutschland variiert.

So erforderte die Zuwanderung 2015 ein stärkeres nationales Krisenmanagement (Boin et al. 2016) als die Finanzkrise, welche zunächst auf europäischer Ebene bearbeitet und anschließend bewältigt wurde.

Unser Hauptaugenmerk gilt der Frage, welche Faktoren einen Einfluss darauf haben, ob sich Personen solidarisch mit Geflüchteten und überschuldeten EU-Mitgliedstaaten erklären, und ob sich diese Faktoren zwischen Ost- und Westdeutschland unterscheiden (vgl. Stecker & Debus 2019). Bei beiden Ereignissen liegt der Ursprung der Krisen im (nicht-)europäischen Ausland, was sich möglicherweise auf die Art auswirkt, wie diese wahrgenommen werden, und wie sehr sich die Bevölkerung mit den Betroffenen solidarisiert. Während sich die bisherige Forschung primär auf eine der beiden Krisen fokussierte,

untersucht dieser Beitrag, ob sich die allgemeine Solidaritätsbekundung zwischen den beiden Krisen in Ost- und Westdeutschland unterscheidet, und ob Solidarität begünstigende Einstellungen in finanziellen und kulturellen Krisen dieselben sind.

Die Unterscheidung zwischen Ost- und Westdeutschland basiert auf dem Befund, dass mit dem regionalen Wohnort wirtschaftliche, aber auch kulturelle Gegebenheiten einhergehen, die eine Einstellung hin zu mehr oder weniger Solidarität begünstigen können (siehe Brosig-Koch et al. 2011). Im alltäglichen gesellschaftlichen Miteinander wird das Solidaritätsempfinden durch den jeweiligen sozioökonomischen Kontext beeinflusst. Eine aktuelle Umfrage des Pew Research Centers (2019) zeigte, dass Menschen in Ostdeutschland unzufriedener mit der Politik sind und die EU und Migration kritischer sehen als Menschen in Westdeutschland. Diese Einstellungen, die mit dem Wohnort der Befragten korrelieren, könnten auch die Solidarität in beiden Krisen maßgeblich beeinflussen. Dieser Beitrag postuliert, dass Menschen, die in Westdeutschland leben, unter sonst gleichen Bedingungen solidarischer in der Finanz- und Migrationskrise sind, als Menschen, die in Ostdeutschland wohnhaft sind.

Zur empirischen Überprüfung der erwarteten Zusammenhänge werden Daten aus dem GESIS Panel aus den Jahren 2013 und 2017 herangezogen. In einem ersten Schritt vergleichen wir die potentiellen Erklärungen für Solidarität in der Finanz- und Migrationskrise, woraufhin wir in einem zweiten Schritt die Ursachen für Solidarität zwischen

West- und Ostdeutschland in der Migrationskrise gegenüberstellen.

### Politisches und allgemeines Vertrauen als zentrale Erklärungsfaktoren für Solidarität

Ähnlich wie bei vielen anderen politikwissenschaftlichen Konzepten gibt es auch zu Solidarität keine einheitliche Definition (Bauder & Juffs 2019). Definitionen von Solidarität umspannen Konzepte von „Wir-Gefühl“, über die Versorgung von Menschen in Not oder der allgemeinen Unterstützung des Wohlfahrtsstaates bis hin zu kollektivem politischem Aktivismus (Koos 2019). Dieser Beitrag folgt der Definition von Beckert et al. (2004, S.9), die Solidarität als die Bereitschaft verstehen, sich innerhalb eines Sozialgefüges gegenseitige Unterstützung und Hilfe zu gewähren und Opfer für das Wohlergehen der Gruppenmitglieder zu erbringen. Diese Definition, die einen Fokus auf das institutionalisierte System gegenseitiger Hilfe legt, ist besonders geeignet, das Handeln von Personen im gesellschaftlichen Kontext zu erklären, da sie abstrakte Unterstützungsleistungen in den Vordergrund rückt und nicht die wechselseitig erbrachten Unterstützungsleistungen betrachtet (Ciornei & Recchi 2017).

Personen mit einem höheren institutionellen Vertrauen fühlen sich weniger durch Krisen bedroht, da sie an die Fähigkeit des Parlaments und der Parteien glauben, die damit verbundenen Probleme zu lösen (Van Oorschot 2008). Wenn Staaten stabile Institutionen besitzen, denen die Bürgerinnen und Bürger vertrauen, sind diese auch eher bereit, solidarisch zu sein. Aus diesen Überlegungen folgt die erste Hypothese:

H1a: Je höher das Vertrauen in staatliche Institutionen ist, desto höher ist die individuelle Solidaritätsbereitschaft gegenüber überschuldeten Mitgliedsstaaten.

H1b: Je höher das Vertrauen in staatliche Institutionen ist, desto höher ist die individuelle Solidaritätsbereitschaft gegenüber Geflüchteten.

Ähnlich wie Katsanidou und Eder (2015)

sollen hier die Effekte unterschieden werden, die von verschiedenen staatlichen Institutionen ausgehen. Das Vertrauen in das Parlament und in politische Parteien entspricht dem allgemeinen institutionellen Vertrauen in die repräsentative Demokratie, während das Vertrauen in die Regierung das Vertrauen in die von der Exekutive getroffenen und zu verantwortenden Entscheidungen misst. Da die Bundesregierung in Krisen eine prominente Rolle einnimmt, ist zu erwarten, dass das Vertrauen in diese die Solidarität unter den Bürgerinnen und Bürgern erhöht. Hierbei müssen aber die Unterschiede zwischen beiden hier untersuchten Krisen berücksichtigt werden.

Während die Entscheidungen in der Finanzkrise primär auf EU-Ebene getroffen wurden (Tosun et al. 2014), waren in der Migrationskrise Entscheidungen zum Asylverfahren und den Rahmenbedingungen auf nationalstaatlicher Ebene angesiedelt. Somit sollte das Vertrauen in die Bundesregierung vor allem in der Migrationskrise einen Effekt auf Solidarität gegenüber Geflüchteten haben:

H1c: Je höher das Vertrauen in die Bundesregierung, desto höher ist die individuelle Solidaritätsbereitschaft gegenüber Geflüchteten.

Wenn das durchschnittliche politische Vertrauen in bestimmten Regionen hoch ist, sind es andere Faktoren, die solidarische Einstellungen erklären, da die Bewältigung der Krisen dann weniger den politischen Entscheidungsträgern zugeschrieben wird. In diesem Zusammenhang argumentieren Kroknes et al. (2015), dass vor allem jene Regionen, deren ökonomische Performanz in der Finanzkrise geschwächt wurde, ein geringes politisches Vertrauen vorweisen. Dementsprechend sollte im ökonomisch schwächeren Ostdeutschland nicht nur ein geringeres politisches Vertrauen vorliegen, sondern es sollte auch die Solidaritätsbereitschaft entscheidend beeinflussen (Brosius et al. 2020).

H1d: Wenn Befragte in Ostdeutschland leben, hat das Vertrauen in die Bundesregierung einen stärkeren Einfluss auf die Solidaritätsbereitschaft gegenüber Geflüchteten.

Weiterhin kann erwartet werden, dass die Solidarität in einer Krise jene in der darauffolgenden Krise beeinflusst. Dafür spricht, dass Einstellungen zu Solidarität häufig persistent sind und nicht anhand des betreffenden Gegenstands erneut evaluiert werden (Reiter 2007). Wenn das politische Vertrauen in der Finanzkrise geschwächt wurde und zu geringer Solidarität führte, fungiert dies als Heuristik für neue Krisen, da vergangene Vertrauensverluste bei mangelndem Wissen über die Krise handlungsleitend werden und eine anhaltend niedrige Solidarität begründen. So zeigten Brosius et al. (2020), dass vor allem niedriges politisches Vertrauen in nationale Entscheidungsträger auf supranationale Entscheidungsträger übertragen wird, und es damit zu einem „Spill-over“ kommt. Hier soll die Übertragung von geringer Solidaritätsbereitschaft von einer Krise auf die andere Krise für durchschnittlich geringe politische Vertrauenswerte getestet werden. Allerdings sollte dieser Effekt nur für Ostdeutschland vorliegen, da die Hypothese das Vertrauen in die Bundesregierung in den Mittelpunkt rückt, und diese in Ostdeutschland schwächer ausgeprägt ist.

H1e: In Ostdeutschland moderiert das politische Vertrauen in die Bundesregierung den Effekt der vorangegangenen Solidarität in der Finanzkrise auf die Solidarität in der Migrationskrise.

Zuletzt sollte das allgemeine Vertrauen einen positiven Effekt auf Solidarität in beiden Krisen haben (Halvorsen 2007). Dem folgend lauten die letzten Hypothesen:

H2a: Je stärker das allgemeine Vertrauen ist, desto höher ist die individuelle Solidaritätsbereitschaft gegenüber überschuldeten EU-Mitgliedstaaten.

H2b: Je stärker das allgemeine Vertrauen ist, desto höher ist die individuelle Solidaritätsbereitschaft gegenüber Geflüchteten.

### Überblick über die Kontrollvariablen

Die dominanten Erklärungsansätze für Solidarität können unterteilt werden in

sozioökonomische und demographische Merkmale sowie politische Einstellungen, wie institutionelles Vertrauen und politische Ideologie (Koos & Seibel 2019). Weiterhin wird argumentiert, dass sich Personen mit geringem Einkommen weniger solidarisch in Krisen zeigen, da sie stärker auf den Wohlfahrtsstaat angewiesen sind und eine höhere Wahrscheinlichkeit für Verlustängste haben (Gerhards et al. 2019; Lengfeld et al. 2020). Dieses Argument basiert auf der Annahme, dass sich Personen innerhalb eines Sozialgefüges kategorisieren können, und dass die Einordnung in eine Eigengruppe zur Folge hat, dass man den Status der Eigengruppe, der in relativer Konkurrenz zu Außengruppen (hier: Geflüchtete, überschuldete EU-Mitgliedsstaaten) steht, verbessern möchte. Die bisherige Forschung kommt jedoch zu dem Ergebnis, dass wirtschaftliche Faktoren keine Erklärungskraft für Solidarität in der Finanzkrise haben (Bechtel et al. 2014; Gerhards et al. 2019). Da in Ostdeutschland eine ökonomische Deprivation im Vergleich zu Westdeutschland besteht, ist jedoch denkbar, dass die Erwerbssituation in Ostdeutschland einen Einfluss hat. Wenn Personen durch die Krise individuell betroffen sind, dann sollte dies ebenfalls die Solidarität beeinflussen. Weiterhin betont die Forschung zu sozioökonomischen Determinanten die Rolle von

Bildung (Bechtel et al. 2014; Lengfeld et al. 2015).

Zusätzlich gilt es für das Alter (Erwartung: negativer Zusammenhang), das Geschlecht (Erwartung: Frauen sind solidarischer) und die politische Einstellung (Erwartung: linke Personen sind solidarischer) zu kontrollieren (Daniele & Geys 2015; Van Oorschot 2008; Verhaegen 2014).

### Untersuchungsdesign

Die Datengrundlage für diese Untersuchung bilden die GESIS Panel Wellen *ab* (2013) und *ea* (2017). Das GESIS Panel ist eine repräsentative Umfrage für Deutschland, in deren Kontext seit über sechs Jahren alle zwei Monate online und offline 5.400 Personen zu aktuellen politischen und gesellschaftlichen Thematiken befragt werden (GESIS Panel 2019).

Die Messung von Solidarität mit überschuldeten EU-Mitgliedstaaten in der Finanzkrise erfolgte anhand der Frage, ob „überschuldete Mitgliedstaaten aus der Eurozone ausgeschlossen werden sollten“ (Variable *abad094a*). Diese Aussage wird im Original-Datensatz auf einer Likert-Skala mit fünf Ausprägungen erfasst. Zur Vereinfachung der Interpretation wird diese Variable hier in binärer Ausprägung untersucht.<sup>2</sup> Die Messung von Solidarität mit Geflüchteten in der

Migrationskrise erfolgt anhand der Frage, ob „Geflüchtete eine Bedrohung oder Bereicherung für den Wohlstand in Deutschland sind“ (Variable *eazj112a*). Auch diese Antwortkategorien werden mittels einer binären Variable analysiert, die durch das Umcodieren einer ursprünglich fünfstufigen Variable gewonnen wurde. Beide zu erklärenden Variablen zielen auf die finanzielle bzw. wirtschaftliche Komponente von Solidarität in Krisen ab, sodass sie gut miteinander verglichen werden können.

Bei der ersten abhängigen Variablen (Solidarität mit überschuldeten EU-Staaten) beträgt die Fallzahl 1.892, und bei der zweiten abhängigen Variablen (Solidarität mit Geflüchteten) 3.084. Da das GESIS Panel zur Zeit der Finanzkrise noch im Aufbau war und zu geringe Fallzahlen aufwies, kann der systematische Vergleich der Determinanten für Solidarität nur mit dem Datensatz durchgeführt werden, der sich auf die Solidarität gegenüber Geflüchteten bezieht.

Das Messniveau der Variablen sowie die Mittelwerte und Standardabweichungen sind in Tabelle 1 aufgeführt. Hierbei ist zu beachten, dass für die Erklärung von Solidarität in der Finanzkrise Variablenwerte aus dem Jahr 2013 herangezogen wurden, während für die Migrationskrise Werte aus dem Jahr 2017 betrachtet werden.

Da die abhängigen Variablen binär

**Tabelle 1** Deskriptive Statistiken

Variable	Hypothese	Messbereich	Mittelwert (Standardabweichung) (2013)	Mittelwert (Standardabweichung) (2017)
<b>Abhängige Variablen</b>				
Solidarität in der Finanzkrise		0-1	0.48 (0.49)	
Solidarität in der Migrationskrise		0-1		0.616 (0.48)
<b>Erklärende Variablen</b>				
Vertrauen: Bundestag	H1ab	1-7	4.11 (1.39)	3.87 (1.50)
Vertrauen: Politische Parteien	H1ab	1-7	3.26 (1.21)	3.07 (1.27)
Vertrauen: Bundesregierung	H1cde	1-7	3.97 (1.44)	3.72 (1.52)
Allgemeines Vertrauen	H2	1-4	3.70 (0.66)	5.33 (2.34)
Wohnort (Ost=1)	H1de	0-1	0.19 (0.39)	0.19 (0.39)
<b>Kontrollvariablen</b>				
Alter (in Jahren)		19-71	45.52 (14.66)	51.20 (13.97)
Geschlecht (männlich=1)		0-1	0.49 (0.49)	0.48 (0.49)
Erwerbssituation (erwerbstätig=1)		0-1	0.73 (0.44)	0.76 (0.42)
Höchster Schulabschluss		1-4	3.27 (0.78)	3.27 (0.78)
Links-Rechts-Selbsteinstufung		1-7	3.68 (1.23)	4.78 (1.82)
Eigene Betroffenheit in der Finanzkrise		1-5	2.60 (0.88)	

Datenbasis: Eigene Berechnungen auf Basis der GESIS Panel Wellen *ab* (2013) und *ea* (2017)

kodiert sind, werden die Hypothesen mittels logistischer Regressionsmodelle überprüft.

### Was bedingt Solidarität in der Finanz- und Migrationskrise?

Die Konfidenzintervallgraphen in Grafik 1 zeigen, welche Faktoren Solidarität in der Finanz- und Migrationskrise erklären. Die Grafiken bilden die Konfidenzintervalle in relativen Chancen (*Odds Ratios*) ab, d.h. Werte über 1 erhöhen die Chance für eine solidarische Einstellung und Werte unter 1 verringern diese. Konfidenzintervalle, die den Wert 1 ausschließen, weisen auf signifikante Effekte auf dem 95%-Niveau hin.

Der zentrale Fokus der Untersuchung liegt auf dem Einfluss von verschiedenen Formen von Vertrauen auf eine solidarische Haltung in Krisenzeiten. Während das politische Vertrauen in die Bundesregierung keinen Effekt auf die Solidarität mit überschuldeten EU-Staaten hat, erhöht das Vertrauen in die Bundesregierung die Solidarität gegenüber Geflüchteten, was die Hypothese 1c bestätigt. Interessanterweise hat das Vertrauen in die Bundesregierung mit einem Odds Ratio von 1.3 sogar den größten Effekt auf Solidarität. Für das Vertrauen in den Bundestag und in die politischen Parteien weisen die Ergebnisse keine signifikanten Effekte aus, so dass die Hypothesen 1a und 1b verworfen werden müssen.

Die zweite Hypothese befasst sich mit dem Einfluss von allgemeinem Vertrauen auf Solidarität. Die Ergebnisse zeigen hier, dass ein hohes allgemeines Vertrauen in beiden Krisen mit hoher Solidarität einhergeht, was die Hypothesen 2a und 2b bestätigt.

Zudem sind ältere Menschen solidarisch mit überschuldeten Ländern. Zur Erklärung von Solidarität in der Migrationskrise hat das Alter einer Person keinen signifikanten Effekt. Die Chance, dass Frauen Geflüchteten Solidarität entgegenbringen, ist höher als bei Männern. In der Finanzkrise kann Solidarität nicht durch das Geschlecht erklärt werden. Auch die Erwerbstätigkeit hat in den vorliegenden Modellen keinen signifikanten Effekt auf die Ausprägung

der abhängigen Variablen. Je linker sich die Befragten in ideologischer Hinsicht einstufen, desto wahrscheinlicher sind sie solidarisch in beiden Krisen. Der Bildungsgrad hat einen signifikanten Effekt auf die Solidarität mit überschuldeten Staaten, nicht aber auf die Solidarität mit Geflüchteten. Letzteres steht im Widerspruch zur Kosmopolitismus- und Kommunitarismus-Debatte, welche nahelegt, dass insbesondere Personen mit hoher Bildung als „Grenzöffner“ betrachtet werden können (Merkel 2017).

Weiterhin zeigen die Regressionsmodelle, dass Befragte aus Ostdeutschland in beiden Krisen eine geringere Solidaritätsbekundung aufweisen als Befragte aus Westdeutschland. Menschen, die in Westdeutschland leben, haben eine 1,5-fach höhere Chance anzugeben, in der Finanz- und Migrationskrise solidarisch zu sein als Menschen, die in Ostdeutschland leben. Dies zeigt, dass die regionalen Differenzen zwischen Ost und West hinsichtlich der Solidaritätsbekundung bereits in der Finanzkrise zum Tragen gekommen sind.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Vertrauen ein zentraler Erklärungsfaktor ist. Dabei wirken sich das Vertrauen in die Bundesregierung sowie das allgemeine Vertrauen positiv auf die Solidaritätsbekundungen im Zusammenhang mit der Migrationskrise aus, während bei der Finanzkrise nur

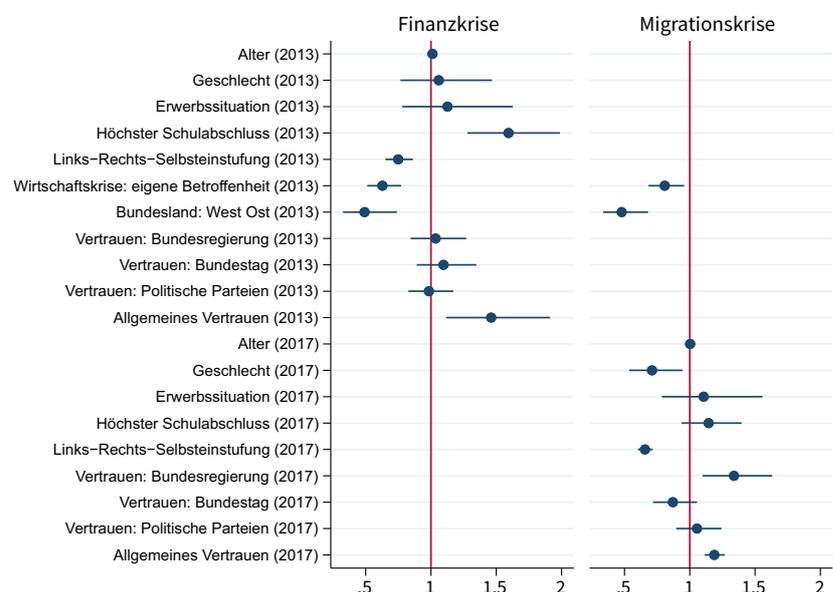
das Vertrauen in die Bundesregierung hinsichtlich der Solidarisierung mit überschuldeten EU-Staaten eine wichtige Rolle gespielt hat. Zudem stellen die politische Einstellung, der Bildungsabschluss und das Geschlecht Faktoren dar, die einen signifikanten Einfluss auf die Ausprägung der abhängigen Variablen haben.

### Unterscheiden sich die Erklärungen von Solidarität zwischen Ost- und Westdeutschland?

In einem nächsten Schritt gilt es, die Analysen separat für Ost- und Westdeutsche durchzuführen, um die verbleibenden Hypothesen einer empirischen Überprüfung unterziehen zu können. Wie bereits weiter oben dargelegt, kann diese Analyse aus Gründen der Datenverfügbarkeit lediglich auf die Solidaritätsbekundungen im Zusammenhang mit der Migrationskrise im Jahr 2015 durchgeführt werden. Grafik 2 ist zu entnehmen, dass sich die Determinanten für Solidarität in der Migrationskrise zwischen Ost- und Westdeutschland unterscheiden.

Besonders auffällig sind die Unterschiede hinsichtlich des Einflusses von Vertrauen: während allgemeines Vertrauen in Westdeutschland die Wahrscheinlichkeit für Solidarität in

Grafik 1 Solidarität in der Finanz- und Migrationskrise im Vergleich



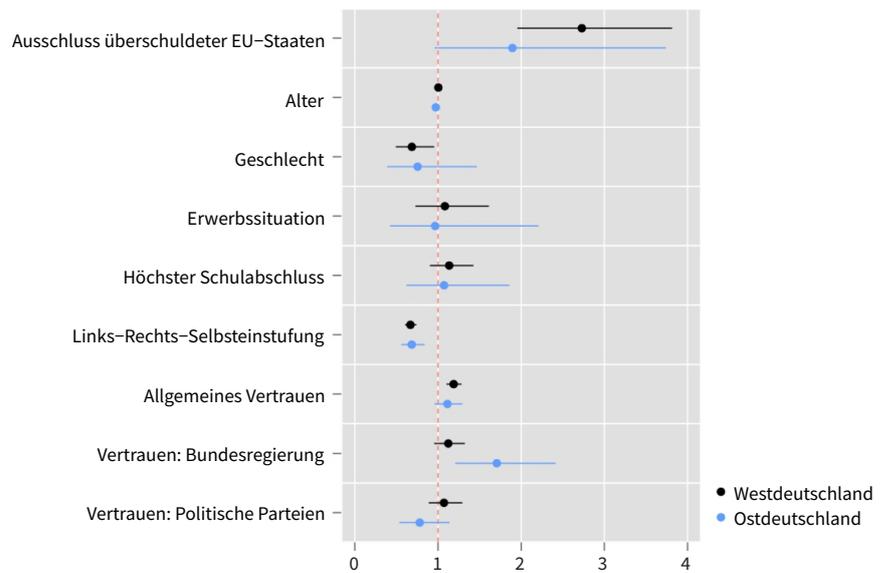
Datenbasis: Eigene Berechnungen auf Basis der GESIS Panel Wellen ab (2013) ea (2017)

der Migrationskrise erhöht, ist es in Ostdeutschland das Vertrauen in die Bundesregierung. Das Vertrauen in die Bundesregierung hat den stärksten Effekt zur Erklärung von Solidarität in Ostdeutschland, was Hypothese 1d bestätigt.

Während sich jüngere Personen in Ostdeutschland eher solidarisch mit Geflüchteten erklären, spielt das Alter in Westdeutschland keine Rolle. In Ostdeutschland wiederum gibt es keinen Unterschied zwischen Männern und Frauen dahingehend, ob sie Geflüchteten Solidarität entgegenbringen, während in Westdeutschland Frauen eine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit hierfür haben. Eine eher linke politische Einstellung ist in Ost- und Westdeutschland ein Faktor, der mit Solidarität in der Migrationskrise einhergeht. Weder die Erwerbssituation, noch der höchste Bildungsabschluss oder das Vertrauen in politische Parteien sind signifikante Faktoren zur Erklärung der Solidarität in der Migrationskrise.

In Westdeutschland erhöht Solidarität in der Finanzkrise auch die Solidarität in der Migrationskrise, so dass wir eine Interdependenz zwischen beiden Krisenmomenten und deren Auswirkungen auf Solidarität konstatieren können. Mit einem standardisierten Koeffizienten von 2.73 Standardabweichungen hat dies sogar den größten Einfluss zur Erklärung der Solidarität in der Migrationskrise. Für Ostdeutschland kann dieser Zusammenhang auf einem 10%igen Signifikanzniveau bestätigt werden. Das niedrigere Signifikanzniveau lässt sich wahrscheinlich auf die vergleichsweise geringe Fallzahl zurückführen. Um die „Spill-over“-Effekte von Solidarität zwischen Krisen sowie den moderierenden Effekten von politischem Vertrauen näher zu betrachten, gilt es, einen entsprechenden Interaktionsterm zu berechnen. Die darauf beruhenden vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten sind der Grafik 3 zu entnehmen. Diese zeigen, dass Westdeutsche, die überschuldete Mitgliedsstaaten in der Finanzkrise nicht ausschließen wollten, eine erwartete Wahrscheinlichkeit von 73-75% haben, im Zusammenhang mit der Migrationskrise anzugeben, dass

Grafik 2 Solidarität in der Migrationskrise in Ost- und Westdeutschland



Datenbasis: Eigene Berechnungen auf Basis der GESIS Panel Welle ea

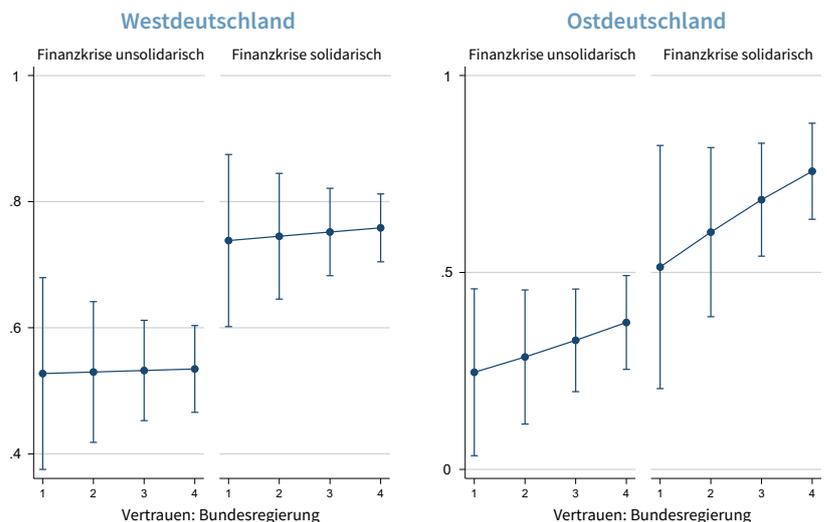
sie solidarisch sind. Die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten reduzieren sich um 20 %-Punkte, wenn sie in der Finanzkrise nicht solidarisch mit den überschuldeten EU-Staaten waren. Das politische Vertrauen in die Bundesregierung hat jedoch keinen moderierenden Effekt.

Anders verhält es sich in Ostdeutschland, wo steigendes Vertrauen in die Bundesregierung den Effekt von Solidarität in der Finanzkrise auf jene in der Migrationskrise erhöht. Ostdeutsche, die angaben, im Zuge der Finanzkrise

solidarisch gewesen zu sein, haben bei steigendem Vertrauen in die Bundesregierung eine um 24 %-Punkte erhöhte Wahrscheinlichkeit für Solidarität in der Migrationskrise.

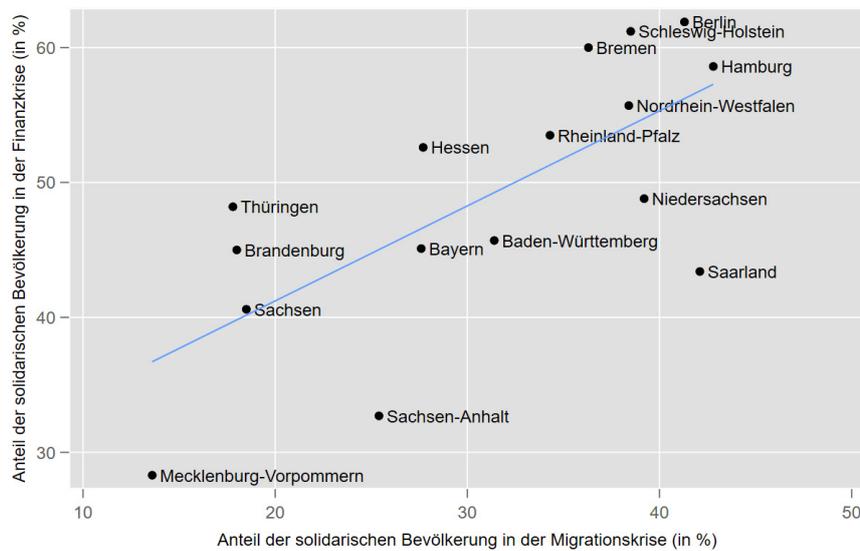
Die Ergebnisse zur Migrationskrise legen die Vermutung nahe, dass sich die Ursachen für Solidarität in Ost- und Westdeutschland unterscheiden. Während in Ostdeutschland das politische Vertrauen der Befragten die Wahrscheinlichkeit erhöht, Geflüchtete als Bereicherung für die Wirtschaft wahrzunehmen, ist es in Westdeutschland das allgemeine

Grafik 3 Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für Solidarität in der Migrationskrise



Datenbasis: Eigene Berechnungen auf Basis der GESIS Panel Welle ab (2013) und ea (2017)

**Grafik 4 Die durchschnittliche Solidarität in der Finanz- und Migrationskrise von Bundesländern**



Datenbasis: Eigene Berechnungen auf Basis der GESIS Panel Welle ab (2013) und ea (2017)

Vertrauen, welche die Unterstützung von Geflüchteten erklärt. Demzufolge kann eine Stärkung des Vertrauens in die Bundesregierung in Ostdeutschland zu einer signifikanten Erhöhung der Solidarität mit Geflüchteten führen, während das allgemeine Vertrauen, welches in Westdeutschland ein zentraler Erklärungsfaktor darstellt, nur schwer extern beeinflusst werden kann.

Zur Überprüfung der Robustheit der Ergebnisse werden in Grafik 4 die Solidaritätseinstellungen nach Bundesländern in ein Streudiagramm abgetragen. Sollten makroökonomische Faktoren die individuellen Erklärungen überlagern, müssten wir in ökonomisch vergleichbaren Bundesländern auch ähnliche Solidaritätswerte sehen und in den wirtschaftlich stärksten Ländern auch die höchsten Solidaritätswerte finden.

Der Grafik ist zu entnehmen, dass alle Bundesländer in der Finanzkrise eine durchschnittlich höhere Solidarität aufweisen als in der Migrationskrise. Während die durchschnittliche Solidarität in der Finanzkrise in Westdeutschland 52% beträgt, sind es in Ostdeutschland 39%. In der Migrationskrise ist die durchschnittliche Solidarität in Ostdeutschland bei 19%, in Westdeutschland liegt sie bei 36%, d.h. die Solidarität in der Migrationskrise ist in den westdeutschen Bundesländern fast doppelt so hoch wie

in Ostdeutschland.

In allen ostdeutschen Bundesländern – mit Ausnahme von Berlin – ist der Anteil der Bürgerinnen und Bürger, die sich nicht solidarisieren, höher als der Anteil, der sich solidarisiert. Aufgrund dessen siedeln sich die ostdeutschen Bundesländer in beiden Krisen im unteren Drittel des Streudiagramms an. Mecklenburg-Vorpommern ist eine besonders auffällige Beobachtung, da die durchschnittliche Solidarität in beiden Krisen das Minimum der Verteilung bildet. Dass sich Ost- und Westdeutschland insgesamt in ihrer durchschnittlichen Solidarität unterscheiden, kann jedoch nicht auf Ausreißer zurückgeführt werden: Die Standardabweichung zwischen den neuen Bundesländern ist in der Migrationskrise sogar geringer als jene in den alten Bundesländern, in der Finanzkrise ist sie mit einem Wert von 8,3 um 1,9 %-Punkte höher als in Westdeutschland. Es lässt sich also festhalten, dass die regionale Unterteilung in Ost- und Westdeutschland empirisch sinnvoll ist und nicht durch Merkmale einzelner Bundesländer überlagert wird.

Zudem zeigt die Grafik, dass die Verteilung der Bundesländer vergleichsweise gleichmäßig entlang der eingezeichneten Geraden streut. Das bedeutet, dass bei einem Großteil der Bundesländer

die Solidarität in der Finanzkrise mit der Befürwortung von Migration korreliert und ein Zusammenhang zwischen der Solidarität in beiden Krisen besteht. Dies unterstreicht das „Spill-over“-Argument, d.h. dass die zeitliche Einbettung zum Verständnis von Krisenreaktionen wichtig ist. Mit den vorliegenden Daten und Methoden kann jedoch nicht zuverlässig geprüft werden, ob die Aufeinanderfolge der Krisen dazu führte, dass die letzte noch in die aktuelle Krise wirkt.

## Fazit

Dieser Beitrag konnte zeigen, dass Institutionen und das Vertrauen in diese eine wichtige Rolle für die Erklärung von Solidarität mit Hilfsbedürftigen in transnationalen Krisen spielen. In Ostdeutschland ist insbesondere das Vertrauen der Befragten in die Bundesregierung von zentraler Bedeutung, wohingegen Befragte in Westdeutschland eher solidarisch sind, wenn sie über ein hohes Maß an allgemeinem Vertrauen verfügen. Dieses interessante Ergebnis ist vor allem dadurch politisch relevant, da angenommen werden kann, dass das Vertrauen in die Bundesregierung einfacher zu beeinflussen ist als das allgemeine Vertrauen. Damit bietet sich die probate Möglichkeit, die Solidarität der Bevölkerung, insbesondere in Ostdeutschland, positiv zu beeinflussen. Die Bundesregierung sollte direkter die Entscheidungssituationen und die korrespondierenden Handlungsoptionen der Bevölkerung kommunizieren. Wenn sie umfassend und transparent über Entscheidungen in Krisen informiert, dann hätte sie die Möglichkeit, mehr Verständnis für ihr Handeln zu erreichen und damit den Grundstein für eine Stärkung des sozialen Zusammenhaltes zu legen, welcher jüngst als gefährdet angesehen wurde (vgl. Bochmann & Döring 2020). Diese Betrachtungsweise setzt transparente politische Kommunikation als vertrauensbildende Maßnahme voraus.

Die Untersuchung zeigt darüber hinaus, dass die Forschung zu politischen Einstellungen von einer systematischen Erfassung von Institutionen profitieren kann, um den Umgang mit Krisen zu erklären. Gleichzeitig kann die

Institutionenforschung ihre praktische Bedeutung weiter erhöhen, indem sie die Bedeutung von Institutionen für gesellschaftliche Dynamiken betont.

## Literatur

- Bauder, H., & Juffs, L. (2019). 'Solidarity' in the migration and refugee literature: Analysis of a concept. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 46(1), 1-20.
- Bechtel, M., Hainmueller, J. & Margalit, Y. (2014). Preferences for international redistribution: The divide over the Eurozone bailouts. *American Journal of Political Science*, 58(4), 835-856.
- Beckert, J., Eckert, J. Streeck, W. & M. Kohli (Hrsg.) (2004). *Transnationale Solidarität. Chancen und Grenzen*. Frankfurt am Main/ New York: Campus.
- Bochmann, C., & Döring, H. (Hrsg.) (2020). *Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten*. Wiesbaden: Springer VS.
- Boin, A., t Hart, P., & McConnell, A. (2009). Crisis exploitation: political and policy impacts of framing contests. *Journal of European Public Policy*, 16(1), 81-106.
- Boin, A., Stern, E., & Sundelius, B. (2016). *The politics of crisis management: Public leadership under pressure*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Brosig-Koch, J., Helbach, C., Ockenfels, A. & Weimann, J. (2011). Still different after all these years: solidarity behavior in East and West Germany. *Journal of Public Economics*, 95(11-12), 1373-1376.
- Brosius, A., Van Elsas, E. & De Vreese, C. (2020). Trust in context: National heuristics and survey context effects on political trust in the European Union. *European Union Politics*. <https://doi.org/10.1177/1465116519896010>.
- Ciornei, I. & Recchi, E. (2017). At the Source of European Solidarity: Assessing the Effects of Cross-border Practices and Political Attitudes. *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 55(3), 468-485. doi: 10.1111/jcms.12507.
- Daniele, G. & Geys, B. (2015). Public support for European fiscal integration in times of crisis. *Journal of European Public Policy*, 22(5), 650-670.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2019). Die geteilte Republik. Retrieved on February 2, 2020, from <https://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-sachsen/landtagswahlen-im-osten-die-geteilte-republik-16358307.html>.
- Gerhards, J., Lengfeld, H., Ignác, Z., Kley, F., & Priem, M. (2018). How strong is European solidarity? Berlin Studies on the Sociology of Europe, Working Paper Nr.37.
- Gerhards, J., Lengfeld, H., Ignác, Z., Kley, F., & Priem, M. (2019). Fiscal solidarity – supporting member states in financial need. In J. Gerhards et al. (Hrsg.). *European solidarity in times of crisis: Insights from a thirteen-country survey*. London: Routledge.
- GESIS Panel Team (2019). GESIS Panel – Standard Edition. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5665 (30-0-0) Version.
- Halvorsen, K. (2007). Legitimacy of welfare states in transitions from homogeneity to multiculturalism: A matter of trust. In S. Mau & B. Veghte (Hrsg.), *Social Justice, Legitimacy and the Welfare State* (S. 239-260), Aldershot: Ashgate.
- Katsanidou, A., Eder, C. (2015). Vote, party, or protest: the influence of confidence in political institutions on various modes of political participation in Europe. *Comparative European Politics*, 16(2), 290-309.
- Koos, S. (2019). Crises and the reconfiguration of solidarities in Europe – origins, scope, variations. *European Societies*, DOI: 10.1080/14616696.2019.1616797.
- Koos, S. & Seibel, V. (2019). Solidarity with refugees across Europe. A comparative analysis of public support for helping forced migrants. *European Societies*, 21(5), 704-729. DOI: 10.1080/14616696.2019.1616794.
- Kroknes, V., Jakobsen, T. & Grønning, L.-M. (2015). Economic Performance and Political Trust: The impact of the financial crisis on European citizens. *European Societies*, 17(5), 700-723.
- Lengfeld, H., Schmidt, S. & Häuberer, J. (2015). Is there a European solidarity? Attitudes towards fiscal assistance for debt-ridden European Union member states. *Arbeitsbericht des Instituts für Soziologie Leipzig*, 67.
- Lengfeld, H., Kley, F. K., & Häuberer, J. (2020). Contemplating the Eurozone crisis: are European citizens willing to pay for a European solidarity tax? Evidence from Germany and Portugal. *European Societies*, 1-31.
- Merkel, W. (2017). Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In Harfst, P., Kubbe, I., Poguntke, T. (Hrsg.), *Parties, Governments and Elites. Vergleichende Politikwissenschaft*. Springer VS, Wiesbaden.
- Pew Research Center (2019). *Global Attitudes Survey*. Spring 2019.
- Reiter, H. (2007). Unemployment and solidarity in post-communism – negotiating meanings between the west and the past. *EUI Working Papers SPS*, No.2007/2.
- Stecker, C. & Debus, M. (2019). Refugees welcome? Zum Einfluss der Flüchtlingsunterbringung auf den Wahlerfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Bayern. *Politische Vierteljahresschrift*, 60(2), 299-323.
- Tosun, J., Wetzel, A. & Zapryanova, G. (2014). The EU in crisis: Advancing the debate. *Journal of European Integration*, 36(3), 195-211.
- Van der Meer, T. (2016). Political trust and the "crisis of democracy". In R.J. Dalton (eds.), *Oxford Research Encyclopedia on Politics*. New York: Oxford University Press. DOI: 10.1093/acrefore/9780190228637.013.77.
- Van Oorschot, W. (2008). Solidarity towards Immigrants in European welfare states. *Journal of Social Welfare*, 17(1), 3-14.
- Verhaegen, S. (2014). What to expect from European identity? Explaining support for solidarity in times of crisis. *Comparative European Politics*, 16(5), 871-904.

- 1 Der Begriff „Krise“ kann zum einen verwendet werden, um zum Ausdruck zu bringen, dass es sich um ein außergewöhnliches Ergebnis handelt, welches zeitnah adressiert werden muss (vgl. Boin et al. 2016). Zum anderen wird der Begriff auch strategisch gewählt, um ein Thema zu emotionalisieren und damit Unterstützung zu mobilisieren (vgl. Boin et al. 2009). Dieser Beitrag verwendet „Krise“ entsprechend der ersten Perspektive.
- 2 Die Ergebnisse bleiben robust, wenn die Originalskalen verwendet werden. Beim Vergleich der beiden Krisen gibt es nur eine Abweichung in den Kontrollvariablen, beim Vergleich von Ost- und Westdeutschland ist in der OLS-Regression der Effekt für das Vertrauen in die Regierung in Westdeutschland signifikant. Da die Diagnostik der OLS-Annahmen zeigt, dass diese Modelle nicht zur Datenstruktur passen, werden die Ergebnisse der logistischen Regression präsentiert.

anne-marie.parth@ipw.uni-heidelberg.de

jale.tosun@ipw.uni-heidelberg.de

julia.weiss@ipw.uni-heidelberg.de

doi: 10.15464/isi.65.2020.15-21

# Transnationale Solidarität und Wahlverhalten - Ost- und Westdeutschland im Vergleich

Ann-Kathrin Reinl, Christina Eder & Alexia Katsanidou

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

## Einleitung

Die großen Krisen der Europäischen Union (EU), die Wirtschafts- und Finanzkrisen sowie der große Zuwanderungsdruck in den Jahren 2015/2016 gingen auch an Deutschland nicht spurlos vorüber. Es wurden deutsche Steuergelder zur Rettung systemrelevanter Banken eingesetzt und die allgemein schwierige Wirtschaftslage zwang manches Unternehmen zum Stellenabbau. In den Jahren 2015/2016 wurden Politik, Verwaltungen und Gesellschaft aufgrund der steigenden Anträge auf Asyl schließlich vor eine weitere Herausforderung gestellt. Während sich ein Teil der Bevölkerung mit viel persönlichem Engagement um die Ankommenden kümmerte, äußerte ein anderer Teil seine Unzufriedenheit mit der Politik der Merkel-Regierung lautstark auf den Straßen.<sup>1</sup>

Die Bundestagswahl 2017 verzeichnete deutliche Verluste für die beiden Volksparteien, insbesondere für die SPD; die Wahlen zum Europaparlament 2019 setzten den Negativtrend der beiden großen Parteien fort. Wie in ganz Europa verloren die beiden Parteien erhebliche Stimmenanteile, in Deutschland im Vergleich zu 2014 zusammen fast 18%. Größter Gewinner waren die Grünen die, von den *Fridays for Future* Bewegungen beflügelt, ihren Stimmenanteil fast verdoppeln konnten und zweitstärkste Kraft hinter der CDU wurden. Die FDP konnte ebenfalls mit dem Ergebnis zufrieden sein. Allen vier Parteien ist gemein, dass sie im Wahlkampf eine eindeutig pro-europäische Position offen vertraten. Die AfD wiederum, die 2013 noch eine Anti-Euro-Partei war, hatte sich bis 2017 in eine populistische Partei deutlich rechts der Mitte verwandelt,

die sich klar gegen die Asylpolitik der Großen Koalition und gegen eine weitere europäische Integration aussprach (Hansen und Olsen, 2019). Ihr gelangen ebenfalls Wahlgewinne in der Europawahl 2019, allerdings fielen diese nicht so groß aus wie in manchen Prognosen angenommen.

Was haben die beiden europäischen Krisen des vergangenen Jahrzehnts gemein und inwiefern nahmen diese einen Einfluss auf die Wahlentscheidungen der Bürger/innen in der Europawahl 2019? In beiden Krisenfällen wurde den Staaten sowie den EU-Bürger/innen ein hohes Maß an Solidarität abverlangt. Die Europäische Union gilt als ein Konstrukt, welches von Anfang an auch immer den Solidaritätsgedanken mitgelebt hat: seit der Schuman Deklaration 1950 taucht der Begriff regelmäßig in europäischen Verträgen auf. Mit Ausbruch der Eurokrise wurde diese Solidarität nun jedoch auch praktisch eingefordert, um die Liquidität angeschlagener Staaten zu gewährleisten und die gemeinsame Währung zu retten. Angesichts der Ankunft Millionen Geflüchteter sah sich die EU wenig später erneut mit einem Verteilungskonflikt konfrontiert. Besonders Staaten an der EU-Außengrenze fühlten sich von den anderen Mitgliedsstaaten alleine gelassen und auch Schweden und Deutschland, zwei Staaten welche eine besonders hohe Zahl an Geflüchteten aufnahmen, wünschten sich eine gemeinsame Lösung auf europäischer Ebene (Gerhards et al. 2019).

Analysiert man individuelle Unterstützung von Solidaritätsleistungen für andere Staaten und dort lebende Bürger/innen, sprechen wir von *transnationaler Solidarität* (Gerhards et al., 2019;

Sangiovanni, 2013). Das Interesse dieses Beitrags liegt darin, zu testen, ob auch zehn Jahre nach Ausbruch der Eurokrise und in einer Zeit sinkender Asylanträge noch immer Einstellungen zu europaweiten Solidaritätsmaßnahmen eine Rolle für die individuelle Wahlentscheidung spielen. Wir analysieren diese Frage am Beispiel der Europawahl 2019 und unterscheiden in unserer Betrachtung zwischen Ost- und Westdeutschland. Wir erwarten einen Unterschied zwischen den Landesteilen ausmachen zu können, da die unterschiedlich lange Mitgliedschaft in der EU dafür sorgen könnte, dass Wähler/innen im Westen eher bereit sind sich solidarisch gegenüber anderen Mitgliedsstaaten zu zeigen, und dies ebenfalls in ihrer Wahlentscheidung berücksichtigen, während transnationale Solidarität im Osten auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung noch geringer ausgeprägt sein könnte.

## Europäische Solidarität

Während frühere Untersuchungen zum Abstimmungsverhalten in Europawahlen einen sogenannten *Nebenwahl-Effekt* (second-order effect) feststellen konnten (u.a. Reif und Schmitt, 1980; Schmitt, 2007), zeigen Studien zu jüngeren Europawahlen, dass neben nationalen Themen auch europäische Sachverhalte an Bedeutung für die Wahlentscheidung gewinnen (de Vries et al., 2011; Treib, 2014). Mit Blick auf die Europawahl 2014 und den dortigen Erfolg des euroskeptischen Lagers schienen Wähler/innen ihren politischen Unmut über den Kurs der EU sowie über die Leistungen nationaler Regierungen zu dieser Zeit in ihrer Wahlentscheidung zu kanalisieren. Eine

Studie von Hobolt und de Vries (2016) zeigt, dass eine geringe Unterstützung fiskaler Umverteilung zwischen den EU-Mitgliedsstaaten im Falle einer ökonomischen Krise die Wahlwahrscheinlichkeit für euroskeptische Parteien erhöht. Im Gegensatz dazu haben insbesondere EU-freundliche und mitte-links Parteien sowie deren Wählerklientel das Gewähren von Rettungspaketen nachdrücklich befürwortet (Maatsch, 2014; Reinl und Giebler, 2019). Als Ende 2015 die Zahl der Asylanträge innerhalb der EU stark zu steigen begann, wurden Verteilungskonflikte zwischen den Mitgliedsstaaten weiter verstärkt. Euroskeptische rechtspopulistische Parteien forderten eine restriktivere Zuwanderungspolitik und ein strengeres Asylrecht (Börzel, 2016; Koos und Seibel 2019; Zaun, 2018), proeuropäische linke Kräfte proklamierten hingegen Solidarität mit den Geflüchteten sowie zwischen den EU-Staaten (Wallaschek 2019). Folglich standen sich zum zweiten Mal binnen weniger Jahre zwei politische Lager gegenüber: Das Lager der Befürworter EU-weiter Solidaritätsmechanismen und das ihrer Gegner.

Die Meinung der Bürger/innen zu mehr oder weniger Solidarität in Europa hängt maßgeblich von deren Bewertung der Europäischen Union und der EU-Mitgliedschaft ihres Landes ab. Jene Wähler/innen, welche eine EU-Mitgliedschaft ablehnen, sind auch meist keine Unterstützer EU-weiter Solidaritätsmaßnahmen (Lahusen und Grasso, 2018; Verhaegen, 2018) und umgekehrt (Reinl, 2020). Frühere Studien haben gezeigt, dass Wähler/innen im Osten Deutschlands der EU-Mitgliedschaft des Landes kritischer gegenüberstehen als westdeutsche Mitbürger (Commission of the European Community, 1992). Diese Divergenz war auch noch Jahre nach der Wende zu verzeichnen (Alvarez, 2002; Rippl et al., 2005), was unter anderem der Sozialisationen in unterschiedlichen politischen Systemen geschuldet sein könnte (Rohrschneider und Schmitt-Beck, 2002; Roller, 2015). Während die Bundesrepublik Gründungsmitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, dem Vorläufer der heutigen EU, ist, wurden die neuen Bundesländer erst

nach der Wiedervereinigung Teil der Gemeinschaft. Diese unterschiedlich lange Dauer der Mitgliedschaft könnte die Meinung der Bevölkerung im Westen Deutschlands gegenüber der EU gefestigt haben, wohingegen sie im Osten aufgrund der kürzeren Mitgliedschaft krisenanfälliger sein könnte. Darüber hinaus haben vorangegangene Studien gezeigt, dass sich ostdeutsche Bürger/innen weniger solidarisch gegenüber ihren Mitbürger/innen zeigen als Menschen in Westdeutschland (Brosig et al., 2010). Führt man diese Erkenntnisse früherer Studien zusammen, erwarten wir, dass die gefühlsmäßige Bindung an die EU in Westdeutschland noch immer stärker ist als im Osten (Commission of the European Community, 1992; Schild 2001) und sich dies auch in der transnationalen Solidarität der Wähler/innen niederschlägt:

H1: Transnationale Solidarität ist 2019 im Westen höher als im Osten Deutschlands.

Diese Divergenz zwischen den Landesteilen sollte sich auch in der Wahl zum Europaparlament widerspiegeln. Während bei Europawahlen immer auch auf Grundlage nationaler Politiken und Ereignisse gewählt wird (Nebenwahl-Theorie), verzeichneten in den vergangenen Jahren vermehrt EU-bezogene Themen einen Effekt auf die individuelle Wahlentscheidung. Da wir annehmen, dass Bürger/innen Ostdeutschlands eine geringere transnationale Solidarität aufweisen, sollte diese ebenfalls eine untergeordnete Rolle in der Wahlentscheidung dieser Wählergruppe spielen. Folglich vermuten wir, dass transnationale Solidarität im Westen einen stärkeren Effekt auf die Wahlentscheidung hat als im Osten Deutschlands:

H2: Transnationale Solidarität zeigt im Westen einen stärkeren Einfluss auf die Wahlentscheidung in der Europawahl 2019 als im Osten Deutschlands.

## Europawahl 2019

Die Europawahl 2019 fand in turbulenten Zeiten statt. Zwar hatte sich der große Migrationsdruck aus den Jahren 2015/2016 abgemildert, doch die poli-

tischen Folgen waren, gerade auch in Deutschland, deutlich spürbar. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, in wie weit Solidarität innerhalb der EU in den Wahlprogrammen der deutschen Parteien zur Europawahl eine Rolle spielte.<sup>2</sup>

Die Christdemokraten widmeten dem Konzept der europäischen Solidarität wenig Raum, es finden sich kaum konkrete Hinweise, außer einer Ablehnung eines gemeinsamen europäischen Sozialsystems. Die Sozialdemokraten wiederum schlugen die Einführung eines europäischen Sozialfonds vor, der von allen Mitgliedsstaaten gemeinsam finanziert wird. Zudem sprechen sie sich für eine gerechtere Verteilung von Geflüchteten auf die Mitgliedsstaaten sowie für eine finanzielle Kompensation von aufnahmewilligen Staaten aus. Die Liberalen betonen das Prinzip der Selbstverantwortlichkeit in finanziellen und wirtschaftlichen Krisen und appellieren an die Solidarität in humanitären Krisen. Die Grünen unterstreichen die Notwendigkeit einer finanziellen Unterstützung wirtschaftlich schwächerer Regionen mit dem Ziel einer Angleichung der Lebensverhältnisse. Zudem sprechen sie sich für die Rettung von Bootsflüchtlingen auf dem Mittelmeer und eine finanzielle Unterstützung aufnahmebereiter Städte und Regionen aus. Die Linken schlagen vor, europäische Finanzmittel bereit zu stellen, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, anstatt Gelder für die Rettung von Banken einzusetzen. Zudem setzen sie auf offene Grenzen. Eine komplett diametrale Position nimmt einzig die AfD ein, die jegliche Solidarität und Umverteilung von Mitteln innerhalb Europas ablehnt und damit ihre europaskeptische Haltung unterstreicht. Insgesamt wird der europäischen Solidarität somit unterschiedlich viel Aufmerksamkeit in den Parteiprogrammen zuteil, wobei sich nur eine Partei klar gegen das Konzept positioniert.

## Daten & Methode

Für unsere Analysen greifen wir auf Daten des GESIS Panels zurück (GESIS Panel Team, 2020), welche in Welle gc

unmittelbar nach der Europawahl 2019, zwischen Juni und August, erhoben wurden. Um den Einfluss transnationaler Solidarität auf die Wahlentscheidung zu testen, führen wir multinominale Regressionsanalysen durch. Unsere abhängige Variable stellt die Wahlentscheidung in der Europawahl 2019 dar, Nichtwähler/innen und Wähler/innen kleiner Parteien werden aus der Analyse ausgeschlossen.

Frühere Studien zeigten, dass Wähler/innen in der Lage sind zwischen verschiedenen Formen transnationaler Solidarität zu unterscheiden und diesen, je nach Ziel und Umsetzung, mehr oder weniger positiv gegenüber stehen (Baute et al., 2019). Die erklärenden Variablen fragen daher nach der Unterstützung finanzieller Hilfeleistungen für EU-Krisenstaaten im Falle eines a) nationalen Staatsbankrotts<sup>3</sup> und b) einer stark steigenden Anzahl ankommender Migranten<sup>4</sup>. Um zudem eine Referenzkategorie einzuführen, kontrollieren wir in unseren Analysen ebenfalls für die allgemeine Bereitschaft anderen EU-Mitgliedsstaaten in Krisenzeiten unter die Arme zu greifen<sup>5,6</sup>. Zusätzlich testen wir für den Effekt der persönlichen Identifizierung mit der Europäischen Union<sup>7</sup>, der Einstellung gegenüber Migranten<sup>8</sup>, für das politische Interesse, die links-rechts Selbsteinstufung, Geschlecht, Alter und Bildung (Carey und Geddes, 2010; Dassonneville, 2016; van Spanje und de Vreese, 2011). Um zusätzlich zu überprüfen, ob die Unterstützung innerdeutscher Umverteilungspolitiken<sup>9</sup> einen Effekt auf die Wahlentscheidung haben könnte, haben wir in unseren Modellen ebenfalls dafür kontrolliert.

### Wahlverhalten in Ost- und Westdeutschland in der Europawahl 2019

Bevor wir uns dem Einfluss transnationaler Solidarität widmen, werfen wir im ersten Schritt einen Blick auf die getroffene Wahlentscheidung der Befragten in Ost- und Westdeutschland bei der Europawahl 2019. Grafik 1 zeigt die im GESIS-Panel berichteten Wählerstimmenanteile der Befragten in Prozent. Alle Befragten, welcheangaben nicht an der Wahl teilgenommen oder eine

„andere Partei“ gewählt zu haben, wurden aus der näheren Betrachtung dieses Beitrags ausgeschlossen. Mit Blick auf die Stimmenanteile für CDU/CSU lassen sich keine großen Unterschiede zwischen den Landesteilen erkennen. Der Anteil der CDU/CSU lag jeweils über 30%, was die Union klar zur stärksten Kraft macht. Unter den westdeutschen Befragten gaben zudem über 30% der Befragten an, bei der Europawahl 2019 für die Grünen gestimmt zu haben, in der ostdeutschen Stichprobe verzeichnete diese Partei knapp 20% der Stimmen. An dritter Stelle sehen wir für die westdeutschen Befragten die SPD mit rund 19% der Stimmen, wohingegen die SPD im Osten lediglich 9% der Stimmen erhielt. Die Unterstützung für die FDP ist in den Daten mit 7% im Westen und knapp 6% im Osten vergleichbar. Die Partei Die Linke bekam rund 15% der Wählerstimmen unter den ostdeutschen Befragten, im Westen stimmten weniger als 5% der Umfrageteilnehmer/innen für sie. Ein weiterer großer Unterschied offenbart sich mit Blick auf die Stimmenanteile der AfD: während die Partei in der westdeutschen Stichprobe lediglich 7% der Stimmen auf sich vereinen konnte, waren es im Osten über 19% der Befragtenstimmen.

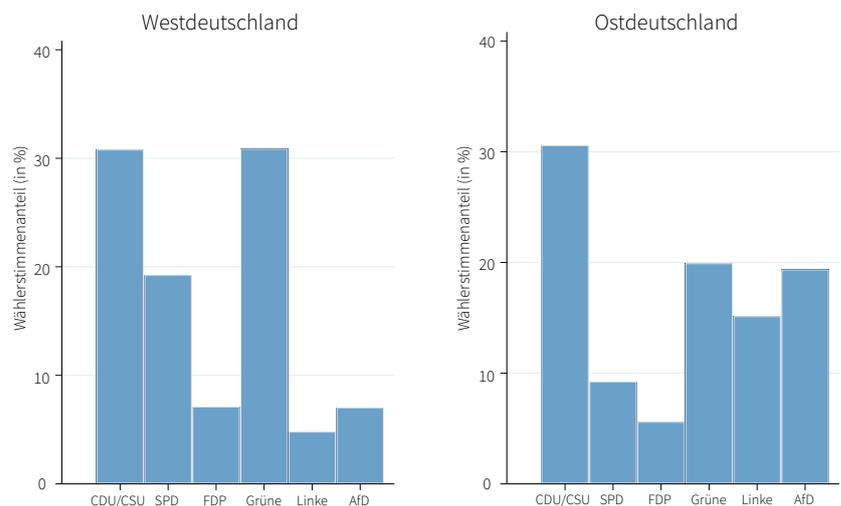
Es lässt sich folglich festhalten, dass die CDU/CSU in beiden Landesteilen nach wie vor stärkste Kraft ist, wohingegen die vormalige Volkspartei SPD diesen Status nicht mehr für sich beanspruchen kann. Zudem sehen wir erstarkte Grüne

in beiden Landesteilen und besonders im Westen ist diese nun gleichauf mit der Union. Im Osten hingegen sind sowohl die Linken als auch die euroskeptische Partei AfD deutlich stärker als im Westen. Mit Blick auf diese Befragungsergebnisse und die Wahlprogramme der jeweiligen Parteien erwarten wir, dass wir in den Modellen ebenfalls einen Unterschied in der Unterstützung transnationaler Solidarität zwischen den Landesteilen finden.

### Transnationale Solidarität in Ost- und Westdeutschland

Grafik 2 stellt die Zustimmung zu transnationaler Solidarität getrennt nach Landesteilen dar. Auf den ersten Blick sehen wir ähnliche Ausprägungen zur Unterstützung von europäischen Solidaritätsmaßnahmen in Ost- und Westdeutschland. Für die Frage, ob Deutschland einem anderen EU-Mitgliedsland in Krisensituationen Hilfe gewähren sollte, finden wir einen signifikanten Unterschied zwischen den Befragten der beiden Landesteile in den Daten, wobei westdeutsche Befragte im Durchschnitt etwas gewillter sind, sich solidarisch zu zeigen (arithmetisches Mittel=3,12) als ihre ostdeutschen Mitbürger/innen (arithmetisches Mittel=3,06). Die Zustimmung zu finanziellen Solidaritätsleistungen während eines Staatsbankrotts ist ebenfalls unterschiedlich ausgeprägt und auch hier sind westdeutsche Befragte finanziellen Soli-

Grafik 1 Wahlstimmenanteile in Ost- und Westdeutschland



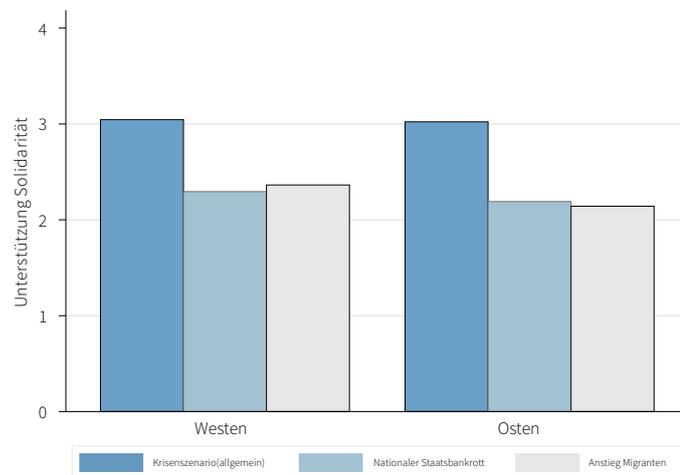
Anmerkung: Daten zur Europawahl 2019. Datenbasis: Wave gc 2019 (Gesis Panel Team, 2020).

daritätsleistungen anderen Mitgliedsstaaten gegenüber aufgeschlossener (arithmetisches Mittel 2,36 vs. 2,29). Die größte Diskrepanz offenbart sich jedoch mit Blick auf die Unterstützung von transnationaler Solidarität in Zeiten eines rasanten Anstiegs von Asylanträgen. Diese ist in den Befragungsdaten erneut im Westen höher als im Osten (arithmetisches Mittel 2,46 vs. 2,27)<sup>10</sup>. Folglich sehen wir für beide Teile des Landes eine stärkere Ausprägung transnationaler Solidarität, wenn diese nicht explizit mit finanziellen Kosten verbunden ist (allgemeines Krisenszenario). Geht die praktische Umsetzung zwischenstaatlicher Solidarität jedoch mit finanziellen Kosten einher, sinkt die Zustimmung zu EU-weiten Solidaritätsmaßnahmen und wir finden für die beiden genannten Krisenszenarien eine leicht höhere Zustimmung im Westen im Vergleich zum Osten Deutschlands. Diese Erkenntnis ist im Einklang mit früheren Studien, die festgestellt haben, dass die Bevölkerungen in jüngeren EU-Mitgliedsstaaten ihre Unterstützung der Mitgliedschaft stärker nach rationalen Kosten-Nutzen-Überlegungen evaluieren als Wähler/innen in EU-Staaten mit einer längeren Mitgliedsdauer (Gabel 1998, S. 352; Garry & Tilley, 2009; McLaren, 2002). Folglich finden wir in den Daten Unterstützung für unsere erste Hypothese (H1) die postuliert, dass die Zustimmung zur transnationalen Solidarität im Westen Deutschlands 2019 größer war als im Osten des Landes.

### Transnationale Solidarität und die Wahlentscheidung in der Europawahl 2019

Hing die Wahlentscheidung bei der Europawahl 2019 mit der Solidarität gegenüber anderen EU-Staaten zusammen? Grafik 3 stellt die marginalen Effekte der durchgeführten Regressionsanalysen für Westdeutschland grafisch dar. Sobald die abgebildeten Effekte die gestrichelte horizontale Linie kreuzen, sind die Effekte nicht signifikant, wird die Linie hingegen nicht berührt, lassen sich signifikante Effekte in den Daten erkennen. Für das westdeutsche Modell lassen sich, mit Ausnahme der AfD, keine

Grafik 2 Transnationale Solidarität in Ost- und Westdeutschland

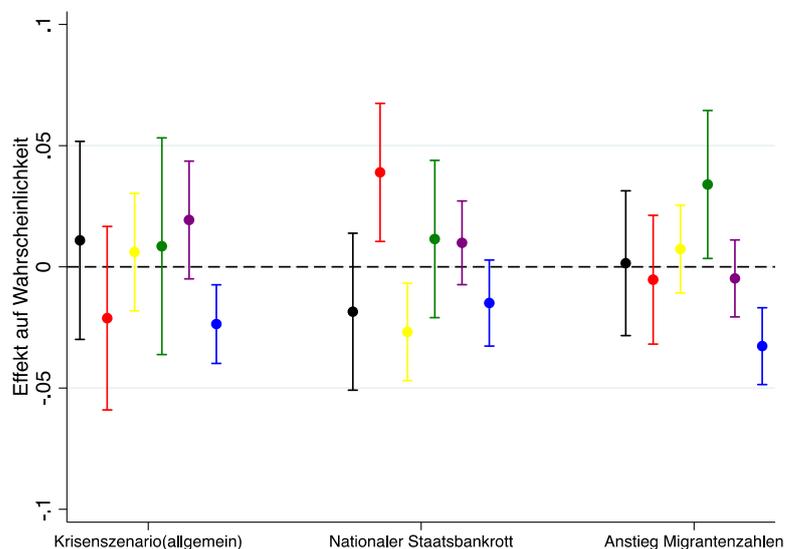


Anmerkung: Unterstützung von transnationaler Solidarität. (1) Lehne voll und ganz ab – (4) Stimme voll und ganz zu. Datenbasis: Wave gc 2019 (Gesis Panel Team, 2020).

signifikanten Effekte von transnationaler Solidarität auf die Wahlentscheidung im Falle eines allgemein Krisenszenarios ablesen. Jene Wähler/innen, welche krisenunspezifischen Solidaritätsmaßnahmen negativ gegenüberstehen, weisen eine höhere Wahrscheinlichkeit auf, bei der Europawahl 2019 für die AfD gestimmt zu haben. Im Falle eines nationalen Staatsbankrotts geben Wähler/innen, die „pro Solidarität“ eingestellt sind, ihre Stimme eher der SPD und weniger wahrscheinlich der FDP. Für den Fall eines hohen Migrationsdrucks wählen „solidarische“ Wähler/innen wahrscheinlicher die Grünen als die AfD.

Wenden wir uns im nächsten Schritt den ostdeutschen Befragten zu (siehe Grafik 4). Die Ergebnisse unterscheiden sich deutlich von jenen im Westen des Landes. Während sich die befragte Wählerschaft im Westen unterschiedlich zum Thema Solidarität und Krisenhilfe zu positionieren scheint, spielt das Thema für die Wahlentscheidung in Ostdeutschland so gut wie keine Rolle. Wir finden lediglich einen signifikanten Effekt für die Einstellungen der Befragten zu finanziellen Solidaritätsleistungen in Zeiten steigender Migrationszahlen. Lehnen Befragte diese Art von solidarischer Hilfe ab, geben sie ihre Stimme eher der AfD.

Grafik 3 Darstellung marginaler Effekte, Westdeutschland



Anmerkung: Daten zur Europawahl 2019. Standardisierte Effekte; Darstellung der Wählerstimmen: Schwarz=CDU/CSU, Rot=SPD, Gelb=FDP, Lila=Die Linke, Grün=Grüne, Blau=AFD. Datenbasis: Wave gc 2019 (Gesis Panel Team, 2020).

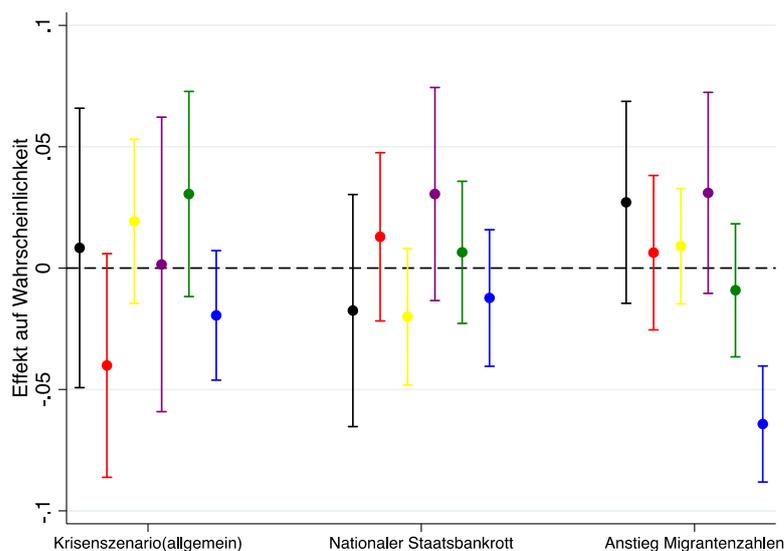
Daraus lässt sich schlussfolgern, dass Solidarität für die Europawahlentscheidung 2019 in Ostdeutschland eine geringere Rolle spielte als im Westen. Für die meisten Wählergruppen in Ostdeutschland scheinen andere Themen die Wahlentscheidung dominiert zu haben. Diese Erkenntnisse unterstützen unsere in Hypothese 2 (H2) formulierten Erwartungen.

## Diskussion

In diesem Beitrag gingen wir der Frage nach dem Zusammenhang zwischen transnationaler Solidarität und dem Wahlverhalten bei der Europawahl 2019 in Ost- und Westdeutschland nach. Unsere Ergebnisse zeigen, dass transnationale Solidarität gegenüber anderen EU-Staaten im Jahr 2019 im Westen Deutschlands höher war als im Osten (H1). Dies war besonders dann der Fall, wenn Hilfeleistungen mit finanziellen Umverteilungen zwischen den Staaten einhergehen. Die Diskrepanz zwischen den beiden Landesteilen könnte begründet darin sein, dass die Identifikation mit der EU im Osten Deutschlands noch immer niedriger ist als im Westen und dies der kürzeren Mitgliedschaftsdauer geschuldet sein könnte. Zudem finden wir einen stärkeren Zusammenhang zwischen transnationaler Solidarität und der Wahlentscheidung im Westen als im Osten (H2). Im Westen des Landes finden wir signifikante Einflüsse für die Wähler/innen von SPD, FDP, Grüne und AfD in den verschiedenen Krisenszenarien, im Osten Deutschlands scheint transnationale Solidarität hingegen lediglich für die Wähler/innen der AfD relevant. Dies legt die Vermutung nahe, dass 30 Jahre nach der Wiedervereinigung und 40 Jahre nach der ersten Europawahl europäische Fragen in Westdeutschland eine gewisse Bedeutung für die Wahlentscheidung innehaben, wohingegen im Osten andere Themen das Abstimmungsverhalten maßgeblich beeinflussen.

Zu bedenken ist, dass unsere Ergebnisse nur eine Momentaufnahme darstellen und wir keine Entwicklung über die Zeit abbilden können. Wie lassen sich unsere Befunde nun auf zukünftige

Grafik 4 Darstellung marginaler Effekte, Ostdeutschland



Anmerkung: Daten zur Europawahl 2019. Darstellung der Wählerstimmen: Schwarz= CDU/CSU, Rot= SPD, Gelb= FDP, Lila= Die Linke, Grün= Grüne, Blau= AfD. Datenbasis: Wave gc 2019 (Gesis Panel Team, 2020).

europäische Krisen übertragen? Sind deutsche Wähler/innen bereit europaweit Verantwortung zu übernehmen und sich in zukünftigen Krisensituationen solidarisch zu zeigen? Obwohl die Zustimmung zu Solidaritätsleistungen im Westen minimal höher ist als im Osten Deutschlands stellen wir fest, dass die Bevölkerung im Allgemeinen bereit wäre, anderen EU-Staaten in einer Krisensituation beizustehen. Diese Bereitschaft sinkt jedoch in beiden Landesteilen, wenn die Solidaritätsleistungen mit finanziellen Verpflichtungen verbunden sind. Folglich bedarf es guter Gründe und einer transparenten Kommunikation seitens der politischen Akteure, wenn zwischenstaatliche Solidaritätsmaßnahmen implementiert werden sollen. Deutsche Wähler/innen zeigen sich prinzipiell solidarisch, jedoch nicht zu jedem Preis und unter allen Umständen. Diese Befunde erlangen besonders mit Blick auf die aktuelle COVID-19 Pandemie an Relevanz für die politischen Entscheidungsträger und deren Positionierung zu europaweiten Solidaritäts- und Umverteilungsmaßnahmen.

## Literatur

Alvarez, R. (2002). Attitudes toward the European Union: The Role of Social Class, Social Stratification, and Political Orientation.

*International Journal of Sociology*, 32(1), 58-76.

Baute, S., Abts, K., & Meuleman, B. (2019). Public Support for European Solidarity: Between Euroscepticism and EU Agenda Preferences? *Journal of Common Market Studies*, 57(3), 533-550.

Börzel, T. A. (2016). From EU Governance of Crisis to Crisis of EU Governance: Regulatory Failure, Redistributive Conflict and Eurosceptic Publics. *Journal of Common Market Studies*, 54, 8-31.

Brosig, J., Helbach, C., Ockenfels, A., & Weimann, J. (2010). Still different after all these years: Solidarity in East and West Germany.

Carey, S., & Geddes, A. (2010). Less Is More: Immigration and European Integration at the 2010 General Election. *Parliamentary Affairs*, 63(4), 849-865.

Ciornei, I., & Recchi, E. (2017). At the source of European solidarity: Assessing the effects of cross-border practices and political attitudes. *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 55(3), 468-485.

Commission of the European Community. (1992). The European Community and united Germany in autumn 1992. Development of Public Opinion in East and West Germany. *Special report on the results of the September/October 1992 Eurobarometer survey no. 38*.

De Vries, C. E., van der Brug, W. van Egmond, M. H., & van der Eijk, C. (2011). Individual and contextual variation in EU issue voting: The role of political information. *Electoral Studies*, 30(1), 16-28.

Dassonneville, R. (2016). Volatile voters, short-term choices? An analysis of the

- vote choice determinants of stable and volatile voters in Great Britain, *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, 26(3), 273-292.
- European Commission. (1992). The European Community and united Germany in autumn 1992. Special report on the results of the September/October 1992 Eurobarometer survey no. 38.
- Gabel, M. (1998). Public support for European integration: An empirical test of five theories. *The Journal of Politics*, 60(2), 333-354.
- Garry, J., & Tilley, J. (2009). The Macroeconomic Factors Conditioning the Impact of Identity on Attitudes towards the EU. *European Union Politics*, 10(3), 361-379.
- Gerhards, J., Lengfeld, H., Ignácz, Z., Kley, F. K., & Priem, M. (2019). *European Solidarity in Times of Crisis*. London: Routledge.
- GESIS Panel Team (2020). GESIS Panel - Standard Edition. *GESIS Datenarchiv, Köln*. ZA5665 Datenfile Version 35.0.0 (2020).
- Hansen, M. A., & Olsen, J. (2019). Flesh of the Same Flesh: A Study of Voters for the Alternative for Germany (AfD) in the 2017 Federal Election. *German Politics*, 28(1), 1-19.
- Hobolt, S. B., & de Vries, C. (2016). Turning against the Union? The impact of the crisis on the Eurosceptic vote in the 2014 European Parliament elections. *Electoral Studies*, 44, 504-514.
- Koos, S., & Seibel, V. (2019). Solidarity with refugees across Europe. A comparative analysis of public support for helping forced migrants. *European Societies*, 21(5), 704-728.
- Lahusen, C., & Grasso, M. T. (2018). *Solidarity in Europe*. Springer International Publishing.
- Maatsch, A. (2014). Are we all austerians now? An analysis of national parliamentary parties' positioning on anti-crisis measures in the eurozone. *Journal of European Public Policy*, 21(1), 96-115.
- McLaren, L. M. (2002). Public Support for the European Union: Cost/Benefit Analysis or Perceived Cultural Threat? *The Journal of Politics*, 64(2), 551-566.
- Reif, K., & Schmitt, H. (1980). Nine second-order national elections – A conceptual framework for the analysis of European election results. *European Journal of Political Research*, 8(1), 3-44.
- Reinl, A.-K. (2020). Euroscepticism in Times of European Crises: The Role of Solidarity. In M. Baldassari et al. (Hrsg.), *Anti-Europeanism, Critical Perspectives Towards the European Union* (pp. 95-113). Cham: Springer Nature Switzerland.
- Reinl, A.-K., & Giebler, H. (2019). *Who Supports Financial Redistribution Within the EU?: The Conditionality of Political Elites' Transnational Solidarity*. 13th General Conference, Wrocław, 06.09.2019.
- Rippl, S., Baier, D., Kindervater, A., & Boehnke, K. (2016). Die EU-Osterweiterung als Mobilisierungsschub für ethnozentrische Einstellungen? *Zeitschrift für Soziologie*, 34(4), 288-310.
- Rohrschneider, R., & Schmitt-Beck, R. (2002). Trust in Democratic Institutions in Germany: Theory and Evidence Ten Years After Unification. *German Politics*, 11(3), 35-58.
- Roller, E. (2015). Welfare State and Political Culture in Unified Germany. *German Politics*, 24(3), 292-316.
- Sangiovanni, A. (2013). Solidarity in the European Union. *Oxford Journal of Legal Studies*, 33(2), 213-241.
- Schmitt, H. (2005). The European Parliament Elections of June 2004: Still Second-Order? *West European Politics*, 28(3), 650-679.
- Schild, J. (2001). National v. European Identities? French and Germans in the European Multi-Level System. *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 39(2), 331-351.
- Treib, O. (2014). The voter says no, but nobody listens: causes and consequences of the Eurosceptic vote in the 2014 European elections. *Journal of European Public Policy*, 21(10), 1541-1554.
- Van Spanje, J., & de Vreese, C. (2011). So what's wrong with the EU? Motivations underlying the Eurosceptic vote in the 2009 European elections. *European Union Politics*, 12(3), 405-429.
- Verhaegen, S. (2018). What to expect from European identity? Explaining support for solidarity in times of crisis. *Comparative European Politics*, 16(5), 871-904.
- Wallaschek, S. (2019). Europawahl 2019: Ende oder Neuanfang europäischer Solidarität? *BdW Blätter der Wohlfahrtspflege*, 166(2), 71-75.
- Zaun, N. (2018). States as Gatekeepers in EU Asylum Politics: Explaining the Non-adoption of a Refugee Quota System. *Journal of Common Market Studies*, 56, 44-62.
- 4 „Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu: Deutschland sollte andere EU-Länder im Fall eines starken Anstiegs der Zuwandererzahlen finanziell unterstützen“ (1) Lehne voll und ganz ab – (4) Stimme voll und ganz zu.
- 5 „Deutschland sollte anderen Ländern der Europäischen Union (EU) in Krisensituationen Hilfe gewähren“ (1) Lehne voll und ganz ab – (4) Stimme voll und ganz zu.
- 6 Die Korrelationen der drei Variablen sind in beiden Landesteilen moderat und betragen Werte zwischen 0.48 und 0.61.
- 7 „Wie eng fühlen Sie sich mit der Europäischen Union verbunden?“ (1) Überhaupt nicht eng – (4) Sehr eng.
- 8 „Die deutsche Kultur ist durch Einwanderer bedroht.“ (1) Lehne voll und ganz ab – (5) Stimme voll und ganz zu.
- 9 „Das Bundesland, in dem ich lebe, sollte anderen deutschen Bundesländern in Krisensituationen Hilfe gewähren“ (1) Lehne voll und ganz ab – (4) Stimme voll und ganz zu.
- 10 Wir haben t-Tests (homogene Varianzen) durchgeführt, um zu testen, ob sich signifikante Gruppenunterschiede in den Daten aufdecken lassen. Alle Mittelwertvergleiche sind mindestens auf einem 10%-Niveau signifikant. Für das Szenario eines Anstiegs der Migrantenzahlen finden wir sogar hochsignifikante Gruppenunterschiede in den Daten (0,1%-Niveau).

### Erratum

Für die vorherige Version dieses Beitrags (ISI 65) wurde ein Fehler in den Daten der abhängigen Variable festgestellt, welche die Wahlentscheidung der Befragten in der Europawahl 2019 misst.

Die nun vorliegende überarbeitete Fassung bleibt in seiner Kernaussage unverändert, korrigiert jedoch die fehlerhafte Messung der Variable. Dies zieht eine Überarbeitung der Abbildungen 1, 3 und 4 nach sich sowie der Ergebnisbeschreibung und Teile der Schlussbetrachtung.

ann-kathrin.reinl@gesis.org

christina.eder@gesis.org

alexia.katsanidou@gesis.org

doi: 10.15464/isi.65.2020.22-28

# Ausmaß und Ursachen von zuwanderungsbezogenen Bedrohungswahrnehmungen in Ost- und Westdeutschland

*Boris Heizmann & Nora Huth*

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

*Auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung lassen sich in vielerlei Hinsicht Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland feststellen. Diese betreffen ökonomische, politische wie soziale Dimensionen, und damit auch die hier im Fokus stehenden Einstellungen und Wahrnehmungen zur Zuwanderung. In diesem Artikel gehen wir der Frage nach, wie sich diese Unterschiede hinsichtlich verschiedener migrationsbezogener Wahrnehmungen ausgestalten, und inwieweit es auch innerhalb beider Landesteile regionale Varianz gibt. Die hierfür verwendeten Daten stammen aus den Jahren 2014-15 sowie 2018-19. Darüber hinaus ergründen wir für den letztgenannten Zeitraum, inwiefern sich diese Unterschiede jeweils durch Differenzen in der Bevölkerungszusammensetzung, der wirtschaftlichen Situation und der zahlenmäßigen Präsenz Zugewanderter erklären lassen.*

Drei Jahrzehnte nach der deutschen Wiedervereinigung erscheint manche deutsch-deutsche Kluft zwar verringert, beide Landesteile sind jedoch nach wie vor durch eine Reihe wechselseitiger Differenzen gekennzeichnet. Dies gilt sowohl für wirtschaftliche und soziale Entwicklungen, aber auch für das politische Klima. Im letztgenannten Kontext ist insbesondere die Wahrnehmung von Migration als Bedrohungen seit einiger Zeit eine hochrelevante Thematik. Ausgehend von Entwicklungen direkt nach der Wiedervereinigung und Vorkommnissen wie den rassistischen Ausschreitungen 1992 in Rostock-Lichtenhagen entstand bereits früh ein Forschungsinteresse an deutsch-deutschen Unterschieden in interethnischen Einstellungen. Die sozialwissenschaftliche Betrachtung solcher Bedrohungswahrnehmungen im regionalen und/oder Ost-West-Vergleich hat inzwischen eine gewisse Tradition: Häufig wurde in der Literatur ein Ost-West-Gefälle in solchen Wahrnehmungen berichtet (Decker et al. 2010; Weins 2011), es wurden jedoch auch Konvergenzen über die Zeit ermittelt (Diehl/Tucci 2010).

Durch neuere Entwicklungen, wie beispielsweise die Weltwirtschaftskrise ab 2007, die Fluchtmigration nach Deutschland ab 2015, oder auch durch wiederholte Mobilisierungen durch die AfD (Wirz et al. 2018) könnten sich diese Unterschiede möglicherweise (wieder) vergrößert haben, indem die entsprechenden Prozesse in Ost- und Westdeutschland abweichende Verläufe genommen haben. Die Divergenzen in der Bewertung von Migration werden auch regelmäßig deutlich, wenn gewählt wird und die AfD in den östlichen Bundesländern eine vergleichsweise stärkere Unterstützung erlangt, denn als zentrale Ursache dieser Wahlerfolge können ablehnende Einstellungen der Wählerinnen und Wähler gegenüber Zuwanderung gesehen werden (Arzheimer/Berning 2019; Goerres et al. 2018).

Doch womit kann erklärt werden, dass Vorbehalte gegenüber Zugewanderten regional unterschiedlich verbreitet sind? Grundsätzlich sind drei Argumentationsstränge zu benennen, die regionale Divergenzen in solchen Einstellungen begründen. Ein erster Punkt betrifft regionale Unterschiede in demographischen

Prozessen wie selektive Abwanderungen oder die Alterung der Bevölkerung (Mau 2019, S. 184-196): Da Alter, Bildung und Geschlecht mit migrationsbezogenen Haltungen korrelieren können, kann ein demographischer Wandel im Hinblick auf diese Dimensionen ebenfalls regionale Unterschiede in migrationsbezogenen bzw. generell politischen Einstellungen hervorbringen (Salomo 2019).

Zweitens liegt der Gruppenkonflikttheorie die zentrale Annahme zugrunde, dass ablehnende Einstellungen gegenüber einer gesellschaftlichen Gruppe aus der Befürchtung resultieren, dass der Stand der eigenen Gruppe bedroht wird (Blalock 1967; LeVine/Campbell 1972). Demnach resultieren Bedrohungsgefühle aus der vermeintlichen Konkurrenz gesellschaftlicher Gruppen um knappe Ressourcen. Regionale Differenzen in der wirtschaftlichen Situation und der Verfügbarkeit von Ressourcen können also zu unterschiedlich stark ausgeprägten Bedrohungsgefühlen führen. In diesem Theoriekontext wird auch postuliert, dass die zahlenmäßige Präsenz von Zugewanderten als solche zu Konkurrenz und Abwertung führt.

Der dritte Argumentationsstrang, der regionale Varianzen in negativen Einstellungen gegenüber Zuwanderung erklärt, ist die Kontakthypothese (Allport 1954; Pettigrew/Tropp 2006). Die Kontakthypothese besagt, dass durch Kontakt mit Zugewanderten Vorurteile abgebaut werden können. Die Annahme hier ist also im Gegensatz zur Gruppenkonflikttheorie, dass dort, wo mehr Zugewanderte leben, auch positivere Einstellungen vorherrschen. Durch das Sammeln persönlicher Erfahrungen mit Mitgliedern einer Gruppe können

verzerrte Wahrnehmungen, auf die sich das bisherige Gruppenbild gestützt hat, mittels neuer Eindrücke ersetzt werden. Weil nicht in allen Regionen Deutschlands die gleichen Kontaktmöglichkeiten mit Zugewanderten bestehen, dürften auch die Kontakthäufigkeiten und somit Vorbehalte gegenüber Zugewanderten regional unterschiedlich ausfallen.

Aufgrund dieser Argumente und den oben ausgeführten Entwicklungen stellt sich die Frage, welches Ausmaß an Ost-West-Differenzen aktuell und im Vergleich zu früheren Jahren besteht. Wir gehen zur Beantwortung dieser Frage in mehrerlei Hinsicht differenzierend vor. Zum einen zeigen wir, dass dem Ost-West-Unterschied beträchtliche Varianz innerhalb beider Landesteile – also zwischen den jeweiligen Bundesländern – entgegensteht. Zum zweiten differenzieren wir zwischen verschiedenen Formen der Wahrnehmung von Zuwanderung als Bedrohung und folgen damit soziologischen und sozialpsychologischen Ansätzen und empirischen Studien, die eine solche Differenzierung nahelegen (Bobo 1983; Callens/Meuleman 2017; Heizmann 2016; Stephan/Stephan 2000). Damit prüfen wir, inwieweit die Ost-West-Unterschiede davon abhängen, ob es etwa um Befürchtungen negativer wirtschaftlicher Folgen oder um eine Bedrohung kultureller Art geht. Schließlich gehen wir mit den aktuell verfügbaren Daten aus 2018-2019 der Frage nach, welche Bundeslandmerkmale Differenzen in ökonomischen, kulturellen und generellen Bedrohungsgefühlen erklären können.

Für die Untersuchung regionaler Varianz in der Bedrohungswahrnehmung und deren Ursachen verwenden wir den deutschen Datensatz des European Social Survey<sup>1</sup>. Wir gehen hierbei wie folgt vor: Zunächst vergleichen wir für die Alten und Neuen Bundesländer, wie sich die Wahrnehmung von Zuwanderung als ökonomische, kulturelle und generelle Bedrohung in den Erhebungsrunden der Jahre 2002-03 bis 2018-19 entwickelt hat. In einem zweiten Schritt stellen wir anhand von Landkarten die regionalen Unterschiede in der Bedrohungswahrnehmung der Jahre 2014-15 und denen der Jahre 2018-19 gegenüber. Schließlich

untersuchen wir mittels Mehrebenenmodellen und den Daten aus 2018-19, inwiefern Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland durch Merkmale der Bevölkerung und der Bundesländer erklärt werden können.<sup>2</sup>

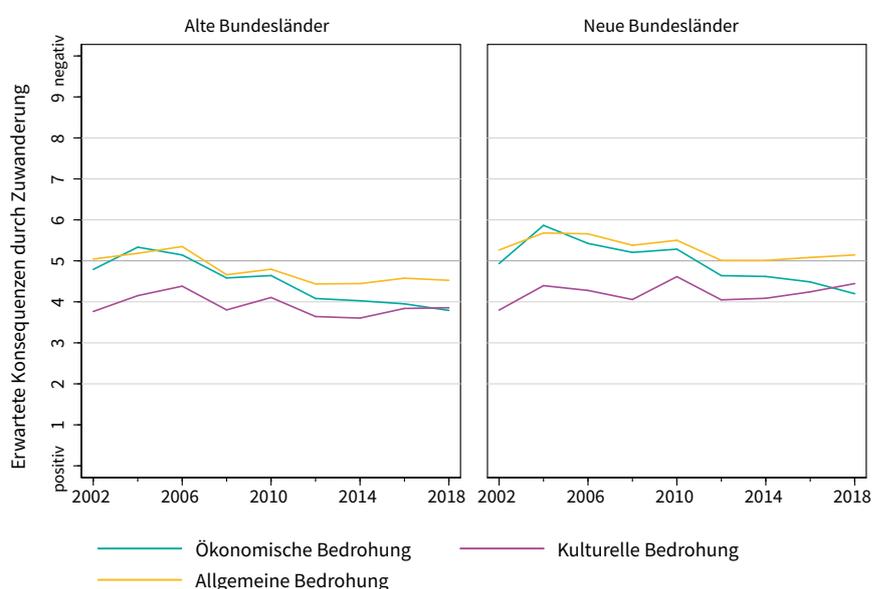
### Ost- West-Unterschiede: leichte Konvergenz bei ökonomischer und allgemeiner Bedrohung ab 2008, leichte Divergenz bei kultureller Bedrohung

Grafik 1 zeigt die zeitliche Entwicklung des Ausmaßes verschiedener Bedrohungsgefühle für Ost- und Westdeutschland. Die Fragetexte lauten: „Was würden Sie sagen, ist es im Allgemeinen gut oder schlecht für die deutsche Wirtschaft, dass Zuwanderer hierher kommen?“ (im Folgenden: ökonomische Bedrohung) „Würden Sie sagen, dass das kulturelle Leben in Deutschland im Allgemeinen durch Zuwanderer untergraben oder bereichert wird?“ (im Folgenden: kulturelle Bedrohung) „Wird Deutschland durch Zuwanderer zu einem schlechteren oder besseren Ort zum Leben?“ (im Folgenden: allgemeine Bedrohung), jeweils mit einer Skala von 0 bis 10. Hier lassen sich mehrere Aspekte erkennen. Zum einen sind für ökonomische und allgemeine Bedrohungen leicht abnehmende Trends zu

beobachten. Die Ost-West-Differenzen verstärken sich jedoch zunächst mit einem Höhepunkt um 2008/2010 herum (mit einem Skalenunterschied von 0,7 für die allgemeine Bedrohung und 0,6 für die ökonomische Bedrohung), um sich dann über die Folgejahre hinweg wieder etwas anzunähern. Durchschnittlich ist der Unterschied über alle Zeitpunkte 0,52 und 0,48, in der letzten betrachteten Runde liegen sie bei 0,62 und 0,41. Für die kulturelle Bedrohung ist ein relativ stabiles, gleichzeitig aber niedrigeres Niveau zu betrachten. Die durchschnittliche Differenz zwischen Ost und West ist hierbei mit 0,31 Skalenpunkten am geringsten. Generell gibt es jedoch für diesen Indikator eine leichte Auseinanderentwicklung über die Zeit, mit höheren Werten in Ostdeutschland ab 2010 und einer Differenz von aktuell 0,59 Skalenpunkten. Insgesamt zeigt das Bild also ab 2008/2010 einen stabilen bzw. sogar leicht ansteigenden Ost-West-Unterschied in diesen Wahrnehmungen.

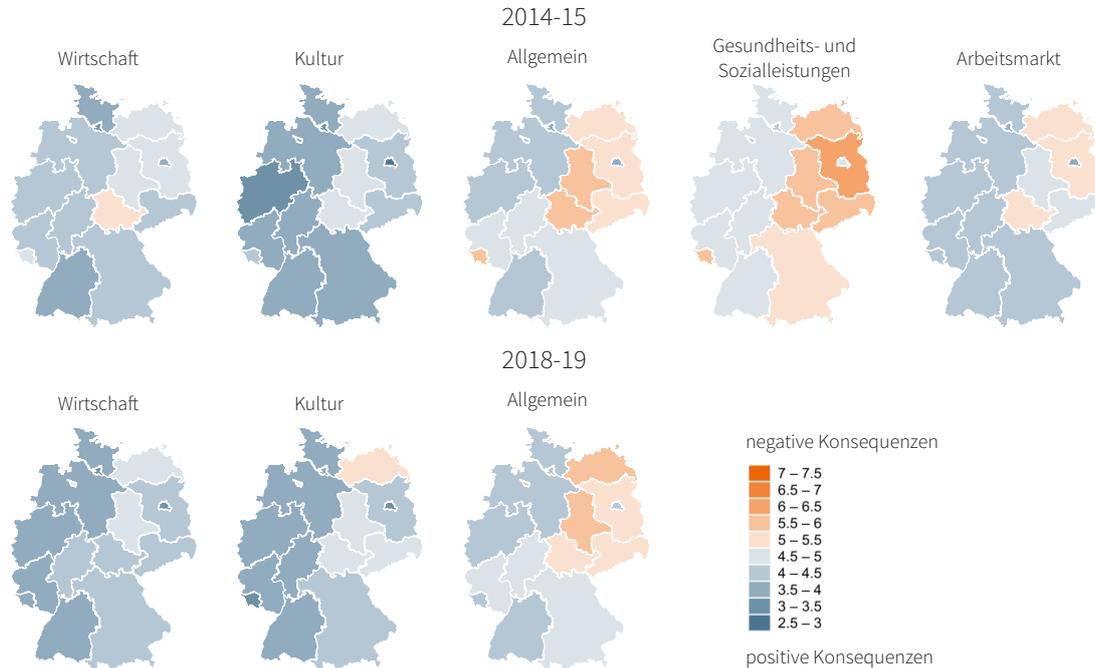
In Grafik 2 zeigen wir die Bedrohungsgefühle pro Bundesland für fünf in 2014-15 erhobene<sup>3</sup> und drei in 2018-19 erhobenen Bundeslandmerkmale. Bevor wir uns den Jahren 2018-19 zuwenden, konzentrieren wir uns zunächst auf die Befragung der Jahre 2014-15, also die in Grafik 2 oben dargestellten fünf Landkarten. In diesem Erhebungszeitraum

Grafik 1 Bedrohungsgefühle im Zeitverlauf in West- und Ostdeutschland



Datenbasis: European Social Survey, Runde 1-9, gewichtet (Designgewicht), eigene Berechnungen

**Grafik 2 Bedrohungsgefühle in Deutschland im regionalen und temporalen Vergleich**



Datenbasis: European Social Survey, Runde 7 und 9, gewichtet (Designgewicht), eigene Berechnungen.  
Wertebereich der Skalen: 0 bis 10

liegen neben Informationen zu den obigen Fragen zusätzlich Informationen zu den eingeschätzten Auswirkungen von Zuwanderung auf das Gesundheits- und Sozialsystem vor: „Die meisten Zuwanderer, die hierher kommen, arbeiten und zahlen Steuern. Sie nehmen außerdem das Gesundheitssystem und Sozialleistungen in Anspruch. Wenn Sie abwägen, denken Sie, dass Zuwanderer mehr bekommen als sie geben, oder mehr geben, als sie bekommen?“ Außerdem gibt es eine Frage zu den wahrgenommenen Konsequenzen für den Arbeitsmarkt: „Was würden Sie sagen, nehmen Zuwanderer, die hierher kommen, im Allgemeinen Arbeitnehmern in Deutschland die Arbeitsplätze weg oder helfen sie im Allgemeinen, neue Arbeitsplätze zu schaffen?“ Für die regionale Betrachtung der Merkmale ist zunächst für 2014-15 einschränkend zu sagen, dass diese auf durchschnittlich knapp 190 Befragten pro Bundesland basieren. Eine gewisse Ungenauigkeit in diesen Einschätzungen ist also unvermeidbar, insbesondere für die kleineren Bundesländer. Wir behalten für alle Teilgrafiken dieselbe Farbskalierung bei: Rote Flächen entsprechen einer Bewertung

von Zuwanderung als Bedrohung, blaue einer positiven Bewertung von Zuwanderung und helle Flächen entsprechen jeweils einem Wert nahe dem Skalenmittelpunkt 5. Dies ermöglicht auch einen generellen Vergleich zwischen den betrachteten Bedrohungsniveaus. So fällt auf, dass – wie bereits in Grafik 1 angedeutet – kulturelle Bedrohungsgefühle den geringsten Wert aufweisen. Die Wahrnehmung einer Mehrbelastung des Gesundheits- und Sozialsystems weist hingegen die höchsten Werte auf.

Gleichzeitig werden für die kulturelle sowie die allgemeine Bedrohung die heterogensten Ergebnisse ermittelt. Hier ist die Varianz auch innerhalb Westdeutschlands relativ stark ausgeprägt, wohingegen die Folgen von Zuwanderung für die Arbeitsmarktkonkurrenz und das Gesundheits- und Sozialsystem relativ homogen bewertet werden. In Ostdeutschland sind zudem deutliche Unterschiede hinsichtlich der wirtschaftlichen Bedrohung auszumachen. Alle Indikatoren für 2014-15 gemeinsam betrachtend lässt sich anhand der Dominanz der blauen Flächen feststellen, dass Zuwanderung in weiten Teilen Deutschlands für verschiedene gesellschaftliche

Bereiche eher als Bereicherung anstatt als Belastung angesehen wird.

Ferner wird deutlich, dass für alle Indikatoren zwar ein Unterschied zwischen Ost und West vorliegt, dieser aber an einigen Stellen dadurch relativiert wird, dass die Bedrohungsgefühle auch innerhalb Ost- und Westdeutschlands variieren. Trotz dieser Variation sind jedoch im Vergleich beider Landesteile in Ostdeutschland stets stärkere Bedrohungsgefühle als in Westdeutschland vorzufinden. Folglich sprechen diese Grafiken für einen entsprechenden Ost-West-Unterschied von prinzipieller Natur, da er über alle gezeigten Formen der Bedrohung hinweg zutage tritt.

### Regionale Ausprägung der Bedrohungsgefühle relativ stabil

Für die ökonomische, kulturelle und allgemeine Bedrohung liegen überdies neuere Zahlen vor, welche auf durchschnittlich knapp 150 Personen pro Bundesland basieren. Vergleicht man die entsprechenden Werte in Grafik 2 für 2018-19, so stellen sich relativ ähnliche Werte ein wie für 2014-15. Der seit 2014-15 vollzogene leichte Anstieg kultureller

Bedrohung, die Abnahme ökonomischer Bedrohungen sowie die relativ konstante allgemeine Bedrohung aus Grafik 1 ist auch hier zu erkennen. Was auffällt ist, dass in Mecklenburg-Vorpommern eine Zunahme kultureller und allgemeiner Bedrohungen zu erkennen ist, auch wenn dies, wie oben erwähnt, aufgrund der Fallzahlen nicht überinterpretiert werden darf.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Ost-West-Unterschiede bestehen, jedoch gleichzeitig eine gewisse Variation der betrachteten Indikatoren innerhalb beider Landesteile vorliegt. Dies wirft, wie oben beschrieben, die Frage nach regionalen Einflussfaktoren auf, welche auf bundesland-spezifischen Differenzen etwa in der wirtschaftlichen, aber auch der zuwanderungsbezogenen Situation basieren können (sogenannte Kontexteffekte). Da diese Faktoren zwischen Ost und West variieren, können sie auch die diesbezüglichen Unterschiede erklären. Darüber hinaus

können die Abweichungen auch durch eine unterschiedliche Bevölkerungszusammensetzung entstehen, etwa hinsichtlich der Altersstruktur oder anderer bedeutsamer Eigenschaften der Bevölkerung (sogenannte Kompositionseffekte). In Tabelle 1 wenden wir uns daher schließlich der Ursachenanalyse ökonomischer, kultureller und allgemeiner Bedrohungsgefühle für die Jahre 2018-19 zu. Hierzu werden hierarchische Mehrebenenmodelle geschätzt, welche als zweite, übergeordnete Ebene die deutschen Bundesländer beinhalten.

Für jede der drei Bedrohungsformen berechnen wir drei Modelle, in denen schrittweise zusätzliche Prädiktoren berücksichtigt werden. Im ersten Modell (A1, B1 und C1) betrachten wir ausschließlich die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland hinsichtlich der Wahrnehmung von Zuwanderung als Bedrohung. Im zweiten Modell (A2, B2 und C2) berücksichtigen wir zusätzlich Individualmerkmale der Befragten. Im

letzten Modell (A3, B3 und C3) betrachten wir zusätzlich kontextuelle Faktoren der Bundesländer.

Wie jeweils dem ersten Modell A1, B1 und C1 der verschiedenen Bedrohungsgefühle in Tabelle 1 zu entnehmen ist, wird Zuwanderung von der Bevölkerung in ostdeutschen Bundesländern durchschnittlich stärker als Bedrohung bewertet als in westdeutschen Bundesländern. Dies zeigt sich insbesondere für das kulturelle und allgemeine Bedrohungsmerkmal. Somit bestätigt sich auch hier der Eindruck, den wir bereits infolge der deskriptiven Untersuchungen gewonnen haben.

### Bewertung des Einflusses von Zuwanderung auf die Kultur am stärksten polarisiert

In den Modellen A2, B2 und C2 wird erkenntlich, dass die Ost-West-Unterschiede in den Bedrohungsgefühlen nicht auf regionale Differenzen in

**Tabelle 1 Mehrebenenanalyse der Bedrohungsgefühle in Deutschland**

	ökonomische Bedrohung			kulturelle Bedrohung			allgemeine Bedrohung		
	Modell A1	Modell A2	Modell A3	Modell B1	Modell B2	Modell B3	Modell C1	Modell C2	Modell C3
Ost-West (Ref: West)	.42*	.49**	.30	.64*	.78***	.63*	.58*	.65**	.41
Geschlecht (Ref.: weiblich)		-.10	-.10		.57***	.57***		.18	.18
Alter		-.01***	-.01***		-.01	-.01		.00	.00
<i>Höchster erlangter Bildungsabschluss</i>									
Niedrig (Ref.)									
Mittel		-.73***	-.73***		-.65**	-.65**		-.48*	-.47*
Hoch		-1.55***	-1.52***		-1.77***	-1.74***		-1.17***	-1.15***
<i>Arbeitsmarktstatus</i>									
In bezahlter Arbeit (Ref.)									
Erwerbslos		-.4	-.4		-.25	-.24		-.45	-.44
In Ausbildung		-1.37***	-1.37***		-1.47***	-1.46***		-1.16***	-1.16***
Im Ruhestand, Hausarbeit, etc.		.30*	.30*		.37*	.37*		.24	.24
<i>Politische Orientierung</i>									
Links (Ref.)									
Mitte		.48**	.48**		.94***	.94***		.81***	.80***
Rechts		1.39***	1.38***		2.23***	2.22***		1.65***	1.65***
Weiß nicht		.72	.71		1.72***	1.72***		1.71***	1.71***
<i>Einkommenszufriedenheit</i>									
Komme gut zurecht (Ref.)									
Komme zurecht		.41***	.41***		.45***	.45***		.32**	.32**
Komme schwer zurecht		1.23***	1.24***		1.14***	1.15***		1.23***	1.24***
Komme sehr schwer zurecht		2.15***	2.18***		1.44**	1.48**		1.30**	1.32**
<i>Regionalprädiktoren</i>									
Erwerbslosenquote			-.19			-.50			-.18
Anteil ausländischer Bevölkerung			-.69*			-.82*			-.84*
Konstante	3.76***	4.69***	5.10***	3.81***	3.50***	4.07***	4.57***	4.13***	4.62***

Datenbasis: European Social Survey, Runde 9, eigene Berechnungen  
N=1751; \* p<.05, \*\* p<.01, \*\*\* p<.001

der Bevölkerungszusammensetzung zurückzuführen sind: Da sich auch nach Kontrolle dieser Individualmerkmale ein - sogar leicht verstärkter<sup>4</sup> - Ost-West-Unterschied zeigt, ist zu vermuten, dass weniger die Zusammensetzung der Bevölkerung in den Regionen, sondern eher Kontexteffekte der Bundesländer diese Unterschiede hervorrufen.

Es zeigt sich, dass sich der Bildungsgrad, die politische Orientierung, und die finanzielle Situation auf die Bewertung von Zuwanderung als Bedrohung niederschlagen. Insbesondere die politische Orientierung hängt mit unterschiedlichen Einstellungen gegenüber Zugewanderten zusammen. Politisch rechts orientierte Personen unterscheiden sich von politisch links orientierten Personen besonders stark in ihrer Wahrnehmung von Zuwanderung als kulturelle Bedrohung. Generell wird beim Vergleich der drei Bedrohungsindikatoren deutlich, dass hinsichtlich der kulturellen Bedrohung meist die stärksten Einflüsse ermittelt werden. Dies bedeutet, dass die Einstellungen bezüglich dieser Frage am stärksten entlang der von uns betrachteten Merkmale polarisiert sind. Eine wichtige Ausnahme hiervon betrifft die Bewertung des Haushaltseinkommens, welche den vergleichsweise stärksten Einfluss auf die ökonomische Bedrohung hat. Dies spricht für die von uns vermutete und oben begründete Spezifität der verschiedenen Bedrohungsgefühle.

### Mangel an Erfahrung mit Zuwanderung entscheidend für Ost-West-Unterschiede

Im letzten Schritt berücksichtigen wir in den Modellen A3, B3 und C3 zusätzlich Merkmale der Bundesländer. Während eine höhere Arbeitslosigkeit eines Bundeslandes nicht mit einer tendenziell negativeren Einstellung zu Zugewanderten einherzugehen scheint, finden wir einen signifikant negativen Effekt für den Anteil ausländischer Bevölkerung in der Region. Somit wird Zuwanderung in Bundesländern mit einem höheren Anteil ausländischer Bevölkerung positiver bewertet als in Bundesländern mit wenig Zugewanderten. Dies entspricht den in der Kontakthypothese formu-

lierten Vermutungen. Mit der Aufnahme der regionalen Arbeitsmarkt- und zuwanderungsbezogenen Situation sind die Ost-West-Unterschiede in den wirtschaftlichen und allgemeinen Bedrohungsgefühlen nicht mehr statistisch signifikant. Unterschiede in der Wahrnehmung einer kulturellen Bedrohung können jedoch nicht vollständig durch diese Kontexteffekte erklärt werden, sodass hierfür weitere von uns nicht beachtete Faktoren die Ursache sein dürften.<sup>5</sup> Dies könnten beispielsweise die von Mau (2019) beschriebenen gesamtgesellschaftlichen Verwerfungen im Zuge der Wende 1989 sein und mit den damit einhergehenden, individuell erlebten Verlusterfahrungen zusammenhängen. Diese These lässt sich jedoch mit den hier zugrunde gelegten Daten nicht empirisch klären.

Auch diese Ergebnisse legen nahe, dass bedeutsame regionale Variation besteht, welche die Ost-West-Unterschiede teilweise erklären können. Frühere Forschungen konnten auf Basis verschiedener geografischer Skalierungen ebenfalls zeigen, dass ein Mangel an Erfahrung mit Zuwanderung im Sinne der Kontakthypothese eine wichtige Erklärung für Ost-West-Unterschiede ist (Wagner et al. 2006; Wagner et al. 2003; Weins 2011). Dies ist auch in der aktuellen Situation ein entscheidender regionaler Faktor, wie unsere Analysen zeigen.

### Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Ost-West-Unterschiede in den Einstellungen zur Zuwanderung weiterhin nachweisbar sind. Gleichwohl ist zu beachten, dass diese Unterschiede einerseits von der zeitlichen Dimension abhängen, andererseits aber auch davon, welche Form der Bedrohung betrachtet wird, wie wir eingangs auf Basis verschiedener Theorien vermutet hatten. Gleichzeitig wurde deutlich, dass es auch innerhalb Ost- und Westdeutschlands regionale Unterschiede gibt, sodass auch im westlichen Teil des Landes Regionen mit stärker ausgeprägten Bedrohungswahrnehmungen existieren. Dies wird im öffentlichen Diskurs

jedoch weit weniger thematisiert als die Unterschiede zwischen Ost und West.

Hinsichtlich der Ursachen aktueller Ost-West-Unterschiede konnten unsere Modellierungen zeigen, dass diese Differenzen weniger auf systematische Unterschiede in der Bevölkerungszusammensetzung, sondern vielmehr auf Unterschiede der Eigenschaften der Bundesländer zurückzuführen sind. Dementsprechend finden sich Hinweise, dass sich Differenzen in der Wahrnehmung ökonomischer und allgemeiner Bedrohung auf ein Gefälle im Anteil von Zugewanderten im Bundesland zurückführen lassen. Dies unterstützt die Annahme, dass auch die 2018-19 bestehenden regionalen Differenzen in Einstellungen zu Zugewanderten in ungleichen Kontaktmöglichkeiten bzw. demographischen Erfahrungen mit Zugewanderten begründet liegen.

Die Tatsache, dass sich die Ost-West-Unterschiede wiederholt und auch mit aktuellen Daten zu einem guten Teil auf diesen Mangel an Erfahrung zurückführen lassen, macht deutlich, wie wichtig die Rolle des politischen, aber auch des generellen Migrationsdiskurses sein dürfte, sei es in den Massenmedien, den sozialen Medien oder in der Gesellschaft allgemein. Was mancherorts zumindest teilweise Normalität geworden ist, stellt anderenorts wiederum eine gefühlte Bedrohung durch das Unbekannte dar. Diese Unterschiede sollten in den Debatten und Berichten über das Migrationsgeschehen in Deutschland stärker berücksichtigt werden.

### Literatur

- Allport, G. (1954). *The Nature of Prejudice*. Cambridge: Addison-Wesley.
- Arzheimer, K., & Berning, C. C. (2019). How the Alternative for Germany (AfD) and their voters veered to the radical right, 2013–2017. *Electoral Studies*, 60, 102040.
- Blalock, H. M. (1967). *Toward a Theory of Minority-Group Relations*. New York: Wiley.
- Bobo, L. D. (1983). Whites' Opposition to Busing: Symbolic Racism or Realistic Group Conflict? *Journal of Personality and Social Psychology*, 45(6), 1196-1210.
- Callens, M.-S., & Meuleman, B. (2017). Do integration policies relate to economic and cultural threat perceptions? A comparative study in Europe. *International*

- Journal of Comparative Sociology*, 58(5), 367-391.
- Decker, O., Weißmann, M., Kiess, J., & Brähler, E. (2010). *Die Mitte in der Krise: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechts-Extremismus“.
- Diehl, C., & Tucci, I. (2010). Ethnische Grenzbeziehungen in Ost- und Westdeutschland: Konvergenz und Kulturalisierung. In Krause, P. & Ostner, I. (Hrsg.), *Leben in Ost- und Westdeutschland: eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit* (pp. 557-572).
- Goerres, A., Spies, D. C., & Kumlin, S. (2018). The Electoral Supporter Base of the Alternative for Germany. *Swiss Political Science Review*, 24(3), 246-269.
- Heizmann, B. (2016). Symbolic boundaries, incorporation policies, and anti-immigrant attitudes: what drives exclusionary policy preferences? *Ethnic and Racial Studies*, 39(10), 1791-1811.
- LeVine, R. A., & Campbell, D. T. (1972). *Ethnocentrism: Theories of Conflict, Ethnic Attitudes and Group Behavior*. New York: Wiley.
- Mau, S. (2019). *Lütten Klein - Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Pettigrew, T. F., & Tropp, L. R. (2006). A Meta-Analytic Test of Intergroup Contact Theory. *Journal of Personality and Social Psychology*, 90(5), 751-783.
- Salomo, K. (2019). The residential context as source of deprivation: Impacts on the local political culture. Evidence from the East German state Thuringia. *Political Geography*, 69, 103-117.
- Stephan, W. G., & Stephan, C. W. (2000). An Integrated Threat Theory of Prejudice. In Oskamp, S. (Hrsg.), *Reducing Prejudice and Discrimination* (pp. 23-45). Mahwah: Lawrence Erlbaum Associates.
- Wagner, U., Christ, O., Pettigrew, T. F., Stellmacher, J., & Wolf, C. (2006). Prejudice and Minority Proportion: Contact Instead of Threat Effects. *Social Psychology Quarterly*, 69(4), 380-390.
- Wagner, U., van Dick, R., Pettigrew, T. F., & Christ, O. (2003). Ethnic Prejudice in East and West Germany: The Explanatory Power of Intergroup Contact. *Group Processes & Intergroup Relations*, 6(1), 22-36.
- Weins, C. (2011). Gruppenbedrohung oder Kontakt? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 63(3), 481-499.
- Wirz, D. S., Wettstein, M., Schulz, A., Müller, P., Schemer, C., Ernst, N., Esser, F., & Wirth, W. (2018). The Effects of Right-Wing Populist Communication on Emotions and Cognitions toward Immigrants. *The International Journal of Press/Politics*, 23(4), 496-516.
- 1 ESS European Social Survey Cumulative File, ES 1-8 (2018). Data file edition 1.0. NSD - Norwegian Centre for Research Data, Norway - Data Archive and distributor of ESS data for ESS ERIC. doi:10.21338/NSD-ESS-CUMULATIVE; European Social Survey Round 9 Data (2018). Data file edition 1.2. NSD - Norwegian Centre for Research Data, Norway - Data Archive and distributor of ESS data for ESS ERIC. doi:10.21338/NSD-ESS9-2018.
- 2 In allen Analyseschritten, denen ein Vergleich von Ost- und Westdeutschland zugrunde liegt, wird Berlin vollständig zu den Neuen Bundesländern gerechnet. Somit können unsere Ergebnisse zu Ost-West-Unterschieden eher als konservativ bewertet werden, da dem Stadtstaat Berlin durch die besondere Rolle als Bundeshauptstaat ein großer Grad an Internationalität zukommt.
- 3 Auch wenn im verwendeten ESS-Datensatz ursprünglich sechs Bedrohungsmerkmale abgefragt wurden, konzentrieren wir uns hier auf die vorliegenden fünf Bedrohungssitems. Dies liegt in der extremen Schiefe und der unklaren Interpretierbarkeit des sechsten Items begründet. Hierfür wurden die Befragten aufgefordert zu bewerten, inwiefern durch Zuwanderung in Deutschland Probleme mit der Kriminalität zu- oder abnehmen. Es stellt sich jedoch die Frage, inwiefern Zuwanderung als Lösung für nationale Kriminalitätsprobleme gesehen werden könnte. Möglicherweise ist dies für die Befragten wenig plausibel, und somit wären die Ergebnisse kaum vergleichbar mit den anderen hier gezeigten Indikatoren, weswegen wir ihn hier nicht berücksichtigen können. Für den Indikator zum Gesundheits- und Sozialsystem dürfte diese Unplausibilität angesichts des öffentlich breit diskutierten potenziellen Vorteils von Zuwanderung angesichts eines demografischen Wandels nicht zutreffen, und ähnliches gilt auch für die anderen gezeigten Indikatoren zu den wirtschaftlichen bzw. allgemeinen Auswirkungen.
- 4 Dieser leichte Anstieg ist möglicherweise darauf zurückzuführen, dass die verwendeten Variablen auf der Individualebene ihrerseits mit der Verortung der Befragten (Ost oder West) zusammenhängen. Gleichzeitig erzeugen diese Zusammenhänge jedoch nicht den beobachteten Ost-West-Unterschied.
- 5 Die Betrachtung der Modelle A3 bis C3 mit einer getrennten Aufnahme der Arbeitslosenquote und des Anteils ausländischer Bevölkerung weisen vergleichbare Ergebnisse wie im hier gezeigten vollständigen Modell auf. Zudem bestätigt die getrennte Betrachtung der beiden Kontexteffekte, dass dem Anteil ausländischer Bevölkerung die primäre Rolle für die Erklärung von Ost-West-Unterschieden in der Wahrnehmung von Zugewanderten zukommt.

boris.heizmann@gesis.org

nora.huth@gesis.org

doi: 10.15464/isi.65.2020.28-33

# Die Nutzung des GESIS Panel als offene Umfrageinfrastruktur für innovative Forschungsprojekte

Steffen Pöttschke & Bernd Weiß

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

*Das GESIS Panel ist eine Panelbefragung mit sechs Erhebungen pro Jahr, die verallgemeinerbare Aussagen auf die deutschsprachige Wohnbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland zulässt. Einzigartig für Deutschland ist, dass mit dem GESIS Panel, Forschenden aus den Sozialwissenschaften und benachbarten Disziplinen die Gelegenheit geboten wird, in der Regel kostenfrei eigene Längs- oder Querschnittbefragungen durchzuführen. Das GESIS Panel dient auch als zentrale Datenerhebungsinfrastruktur des Projektes „Veränderung durch Krisen? Solidarität und Entsolidarisierung in Deutschland und Europa“ (Solikris). Im folgenden Beitrag wird das GESIS Panel zunächst allgemein vorgestellt. Anschließend wird seine Nutzung zur Beantwortung der Solikris-Fragestellungen in den einzelnen Arbeitspaketen besprochen. Der Beitrag schließt mit einer beispielhaften Darstellung qualitativer Anmerkungen der Studienteilnehmer\*innen zum Solikris-Fragenprogramm. Die entsprechenden Kommentare unterstreichen die Relevanz der behandelten Themen.*

Die Befragungsinfrastruktur des GESIS Panels wurde 2013 am GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften aufgebaut. Im darauffolgenden Jahr ging die Erhebung in den Regelbetrieb über. Die probabilistische Ausgangsstichprobe<sup>1</sup> des Panels wurde in einem zweistufigen Verfahren auf der Grundlage kommunaler Melderegister realisiert. Dabei bestand die Zielpopulation aus deutschsprachigen Personen im Alter von 18 bis 70 Jahren, die ihren ständigen Wohnsitz in Deutschland haben. Zur ersten regulären Befragung wurden im Februar 2014 ca. 4.900 Teilnehmer\*innen eingeladen. Eine ausführliche Darstellung der Aufbau- und Rekrutierungsphase des GESIS Panels findet sich bei Bosnjak et al. (2018).

Eine konstante Herausforderung für Panelbefragungen stellen Panelausfälle dar (Schupp 2019). Dabei handelt es sich um die sukzessive Abnahme der Gesamtzahl an Befragungsteilnehmer\*innen im Zeitverlauf. Wenngleich es wünschenswert ist, diesen Effekt

möglichst klein zu halten, so ist er doch nicht komplett zu verhindern. Eine dauerhafte Nichtteilnahme kann unterschiedliche Gründe haben. Einerseits ist es möglich, dass sich Teilnehmer\*innen aus intrinsischen Gründen (bspw. mangelndem Interesse) nicht mehr an der Befragung beteiligen. Andererseits können aber auch extrinsische Gründe vorliegen. Hierzu zählen u.a. das Ausscheiden aus der Zielpopulation (im Fall des GESIS Panels etwa durch die Verlegung des permanenten Wohnsitzes ins Ausland) und der Tod der teilnehmenden Person. In einem gewissen Maße kann einem Anstieg intrinsisch motivierter Ausfälle jedoch entgegengewirkt werden. So wird im GESIS Panel darauf geachtet, die Umfragen thematisch möglichst abwechslungsreich zu gestalten und inhaltlich sehr ähnliche Befragungen in kurzer zeitlicher Abfolge zu vermeiden. Zudem werden Teilnehmer\*innen erst nach dreimaliger sukzessiver Nichtteilnahme aus der Stichprobe entfernt. Ausgenommen hiervon sind Personen,

die sich direkt an das GESIS Panel wenden und erklären, dass sie nicht mehr an der Befragung teilnehmen möchten. Mit Ausnahme solcher aktiven Abmeldungen, ist es sinnvoll, einzelne Personen erst nach einer mehrmaligen Nichtteilnahme aus der Panelstichprobe zu entfernen, da die fehlende Teilnahme an ein oder zwei Befragungen auch durch zeitlich begrenzte Veränderungen verursacht sein kann. Hierzu kann etwa eine längere Abwesenheit vom Wohnort aus beruflichen oder gesundheitlichen Gründen zählen. Da mit ansteigendem Alter auch die Wahrscheinlichkeit gesundheitlicher Probleme zunimmt, ist diese Regelung auch sinnvoll, um einer überproportionalen Panelmortalität in älteren Kohorten entgegenzuwirken (Motel-Klingebiel et al., 2019). Eine weitere Maßnahme zur Reduzierung von Panelausfällen stellt die enge Betreuung der Befragungsteilnehmer\*innen durch ein Panelmanagement dar. Dieses bietet den Teilnehmenden u.a. eine telefonische Kontaktmöglichkeit, um eventuelle Fragen zu klären.

Da sich Panelausfälle dennoch aus den genannten Gründen nie vollkommen vermeiden lassen, wird die Stichprobe des GESIS Panels regelmäßig durch Auffrischungsstichproben ergänzt. Hierfür wurden in den Jahren 2016 und 2018 die Stichproben der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) nachgenutzt („piggyback survey“). Am Ende des ALLBUS-Interviews wurden die Befragten gebeten, an einer weiteren Umfragestudie – dem GESIS Panel – teilzunehmen. Im ALLBUS werden Personen befragt, die 18 Jahre oder älter sind. Anders als bei der Anfangsstichprobe des GESIS Panels, findet

hier also keine Deckelung des Alters der Teilnehmer\*innen statt. Aus diesem Grund kann diese Teilstichprobe auch Personen enthalten, die zum Zeitpunkt der Rekrutierung das 70. Lebensjahr bereits überschritten hatten. Die übrigen Auswahlkriterien gleichen sich in beiden Fällen. Aufgrund der zwei Auffrischungen verzeichnete das GESIS Panel im Juni 2019 insgesamt etwas mehr als 4.000 Panelisten (Bretschki et al., 2019). Eine detaillierte Darstellung des Vorgehens bei der Rekrutierung der zusätzlichen Teilnehmer\*innen findet sich bei Schauerer und Weyandt (2018).

### Das GESIS Panel ist prädestiniert für die Umsetzung innovativer Forschungsprojekte

Die Datenerhebungen, im Panelkontext spricht man von Erhebungswellen, finden im GESIS Panel alle zwei Monate statt. Insgesamt werden also sechs Wellen pro Jahr realisiert, wobei die Teilnahme an den Befragungen sowohl online als auch postalisch möglich ist. Die Stichprobe des GESIS Panels enthält also auch Personen, die sich nicht via Internet an einer wissenschaftlichen Studie beteiligen können oder wollen. Etwa 27 Prozent der Teilnehmer\*innen nutzen gegenwärtig den postalischen Befragungsmodus (Stand Juni 2019, vgl. Bretschki et al. 2019).

Der wesentliche Vorteil der Nutzung des GESIS Panels besteht für Forschende in der Tatsache, dass sie als externe Wissenschaftler\*innen mit Hilfe dieser Infrastruktur eigene Daten erheben können, ohne selbst die logistischen Herausforderungen eines Umfrageprojektes meistern zu müssen. Die Durchführung einer eigenen Befragung ist kostenfrei oder zu vergleichsweise niedrigen Kosten möglich. Ausführliche Informationen zur Einreichung eigener Fragen finden sich auf der Website des GESIS Panels: <https://www.gesis.org/gesis-panel>.

Die Fragebögen des GESIS Panels sind modular aufgebaut. Ein Teil der Befragungszeit ist in jeder Welle für sogenannte Kernmodule reserviert. Diese Module haben in jeder der sechs jährlichen Erhebungen unterschiedliche thematische Ausrichtungen und werden

im Jahresabstand jeweils in derselben Welle implementiert. Hierdurch liegen zu diesen Aspekten nicht nur stets aktuelle Angaben vor, vielmehr lassen sich auch Veränderungen im Zeitverlauf abbilden. Die Kernmodule erfassen u. a. politische Teilhabe, Wohlbefinden, Einstellungen zum Umweltschutz und grundlegende soziodemografische Kenngrößen. Somit liegt allen Datennutzenden bereits eine Zahl häufig genutzter Kontrollvariablen vor, die nicht in den einzelnen Studien erfasst werden müssen.

Durch die Kernmodule wird jedoch nur ungefähr ein Viertel der Befragungszeit (ca. 5 Minuten) der einzelnen Wellen abgedeckt. Der weitaus größere Teil der Befragung steht hingegen der wissenschaftlichen Gemeinschaft offen und wird durch externe Einreichungen bestritten. Diese Einreichungen dürfen in der Regel jeweils ebenfalls ca. 5 Minuten Befragungszeit beanspruchen. Hierbei sind sowohl einmalige (querschnittliche), als auch mehrmalige (längsschnittliche) Erhebungen möglich. Das o.g. Erhebungsintervall des GESIS Panels erlaubt diesen Projekten – einen entsprechenden Planungsvorlauf vorausgesetzt – eine hohe Flexibilität. Werden (wie im Solikris-Projekt) sehr komplexe Gegenstände untersucht, ist es zudem möglich, mit Hilfe mehrerer Fragenbogenmodule unterschiedliche Facetten derselben zu beleuchten.

Die Gestaltung eines Großteils der Befragungen mit externen Einreichungen führt auch dazu, dass der kumulative Datensatz des GESIS Panels bereits Angaben zu einem weiten und, verglichen mit anderen Umfrageprogrammen, häufig einzigartigem Themenspektrum enthält. Bisherige Teilstudien beschäftigten sich bspw. mit Umweltaspekten, Konsumverhalten, Fragen der nationalen und ethnischen Identität, der Einstellungen zu gleichgeschlechtlichen Beziehungen und mit individueller Mobilität. Neben diesen inhaltlichen Themen wurde zudem bereits eine Reihe umfragemethodischer Fragestellungen bearbeitet (GESIS Panel 2020).

Selbstverständlich werden alle eingereichten Fragenbogenmodule auf ihre Eignung sowie Qualität geprüft und durchlaufen ein mehrstufiges, externes

Begutachtungsverfahren.

### Das Solikris-Projekt im GESIS Panel

Seit 2007 waren auf globaler, europäischer und nationaler Ebene mehrere Phänomene zu beobachten, die gemeinhin als „Krisen“ beschrieben werden. Dabei beziehen sich diese Krisensituationen auf unterschiedliche Bereiche (Finanzkrise, Euro-Krise, Krise der repräsentativen Demokratie, Krisenerscheinungen im Kontext erhöhter Fluchtmigration etc.). Eine grundlegende Annahme des Solikris-Projekts besteht darin, dass diese unterschiedlichen Krisen nicht notwendiger Weise ursächlich miteinander verknüpft sind, dass sich ihre Wirkungen auf Gesellschaften und Institutionen aber überschneiden und evtl. gegenseitig verstärken. Darauf aufbauend untersucht das Projekt insbesondere, welche positiven und negativen Folgen die diversen Krisen in ihrer Gesamtheit auf die Solidität innerhalb und zwischen den Staaten Europas haben.

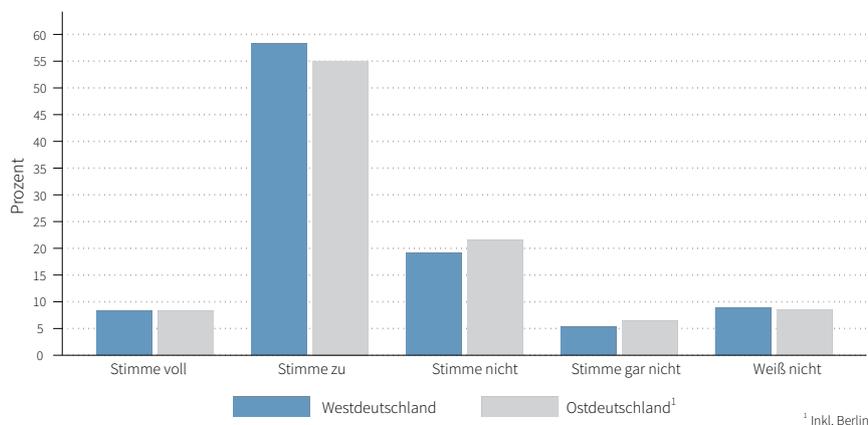
Schon vor Beginn des Solikris-Projektes hatte eine Erhebung im GESIS Panel gezeigt, dass die Mehrheit der Befragten die finanzielle Unterstützung anderer europäischer Staaten im Krisenfall prinzipiell befürwortete (für Details zu dem entsprechenden Fragebogenmodul vgl. Schmitt/Popa 2020). Zum damaligen Zeitpunkt wurden die Teilnehmer\*innen danach gefragt, wie sehr sie der Aussage zustimmten, dass Deutschland in Krisenzeiten anderen EU-Mitgliedsstaaten in ernsthaften wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten helfen soll. Wie aus Abbildung 1 hervorgeht, stieß diese Aussage auf überwiegende Zustimmung.

Wenngleich leichte Unterschiede in Ost- und Westdeutschland<sup>2</sup> erkennbar sind, so liegt die positive Bewertung der Aussage in beiden geografischen Landesteilen deutlich über 60 Prozent. Allerdings bietet die hier dargestellte Frage nur sehr allgemeine und undifferenzierte Informationen.

Solikris verfolgt daher das Ziel, neben generellen Effekten und eventuellen Wechselwirkungen unterschiedlicher Krisenphänomene auch den komplexen

**Grafik 1 Allgemeine Zustimmung zur Solidarität mit anderen EU-Staaten in wirtschaftlichen und finanziellen Krisensituationen**

Stimmen Sie zu oder nicht zu, dass Deutschland in Krisenzeiten anderen EU-Mitgliedsstaaten in ernsthaften wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten helfen soll?



GESIS Panel: Welle ef (Dezember 2017 - Januar 2018), gewichtet  
n = 4.148

Gegenstand der innereuropäischen Solidarität mit Hilfe des GESIS Panels näher zu beleuchten. Zu diesem Ziel wurden insgesamt fünf unterschiedlich fokussierte Fragebogenmodule umgesetzt.

Das erste Solikris-Modul trägt den Titel *Public Service Delivery and Political Attitude Formation* und wurde von Jale Tosun, Julia Weiß, Anne-Marie Parth sowie Bettina Schuck entwickelt. Die Datenerhebung erfolgte von Dezember 2018 bis Februar 2019 (Welle ff). In ihrer Studie untersuchen die Autorinnen den Zusammenhang zwischen individuellen Bewertungen öffentlicher Dienstleistungen und Demokratiezufriedenheit. Dabei wird davon ausgegangen, dass die alltäglichen Erfahrungen der Bürger\*innen mit staatlicher Bürokratie, beispielsweise in Form eines Bürgeramtes, ihre Einstellung gegenüber der Demokratie insgesamt beeinflussen (Tosun et al. 2020).

Von Juni bis August 2019 (Welle gc) und somit unmittelbar nach den Wahlen zum Parlament der Europäischen Union wurden die Daten des zweiten Fragebogenmoduls *Transnational Solidarity in the European Union* erhoben. Wie der Titel des von Ann-Kathrin Reinl, Alexia Katsanidou und Christina Eder erstellten Moduls bereits andeutet, befasst sich dieses explizit mit der Einstellung der Befragten zur Solidarität auf europäischer Ebene. Dabei schließt diese Teilstudie nicht nur vertiefend

an aktuelle Forschung an (siehe bspw. Recchi et al. 2019), sondern geht auch über das oben dargestellte frühere Fragebogenitem hinaus und erfasst die Solidaritätsbereitschaft im Hinblick auf drei unterschiedliche Szenarien. Ganz spezifisch, wurden die Teilnehmer\*innen gefragt, ob sie der finanziellen Unterstützung anderer EU-Länder jeweils im Falle eines Staatsbankrotts, einer Naturkatastrophe und eines starken Anstiegs der Zuwanderung zustimmen würden. Zudem wurde erfasst, ob die Befragten diese Hilfe an bestimmte Voraussetzungen, etwa an die Umsetzung von Sparmaßnahmen in den betreffenden Ländern, knüpfen würden. Der Beitrag von Katsanidou, Eder und Reinl in dieser ISI-Ausgabe präsentiert erste Ergebnisse auf der Grundlage dieser Daten.

Kathrin Busch konzipierte eine innovative Vignettenstudie, die in Welle gd (August bis Oktober 2019) umgesetzt wurde. Das Ziel dieser Studie (*Calling for Stronger Enforcement of Power and a More Authoritarian State in Challenging Situations?*) bestand darin, zu erforschen, welchen Einfluss die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen auf die Befürwortung der Beschränkung bürgerlicher Freiheiten und einer Verstärkung der Staatsgewalt hat. Hierfür wurden die Befragten zufällig einer von vier Experimentalgruppen zugeordnet, die nach ihrer Einschätzung unterschiedlicher fiktiver Szenarien befragt wurden. Im Detail ging es in den

Szenarien einerseits um die Bewertung möglicher Demonstrationsverbote und andererseits um das Strafmaß bei sexuellen Übergriffen. Je nach Experimentalgruppe bezogen sich die jeweiligen Demonstrationen auf politisch links bzw. rechts konnotierte Themen. Analog dazu wurden die Täter der Sexualdelikte als Männer beschrieben, die aus der Heimatstadt der Befragten oder aus Nordafrika stammten. Mit den Daten soll eruiert werden, ob die Bewertung der Szenarien – und somit des demokratischen Grundprinzips der politischen Neutralität staatlicher Institutionen – in Abhängigkeit von den genannten Unterschieden variiert.

Auch die vierte Solikris-Teilstudie im GESIS Panel (*The Role of Affective and Cognitive Mechanisms for Tolerance towards Refugees*; Welle gf, Dezember 2019-Februar 2020) beinhaltet wieder einen experimentellen Aspekt. Ganz spezifisch ging es Nora Huth, Boris Heizmann und Elmar Schlüter in diesem Teil des Moduls darum, inwiefern die Studienteilnehmer\*innen bestimmten Flüchtlingsgruppen politische Rechte zugestehen und in welchem Umfang sie privaten Kontakt mit ihnen pflegen würden. In den vier Experimentalgruppen wurde dabei erstens variiert, ob es sich bei den Geflüchteten um hochqualifizierte oder ungelernete Arbeitskräfte handelt und ob die Personen, zweitens, vornehmlich muslimischen oder christlichen Glaubens sind.

Das von Heiko Giebler, Constanza Sanhueza Petrarca und Bernhard Weßels erstellte finale Solikris-Fragebogenmodul (*General and Specific Trust in Parties and Politicians*; Welle hb, April-Juni 2020) befasst sich mit dem Vertrauen der Befragten in politische Akteure und ihrer allgemeinen Demokratiezufriedenheit. Vor diesem Hintergrund wird einerseits der potenzielle Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in einzelne politische Parteien und individuellen Wahlneigungen untersucht. Darüber hinaus wird andererseits in den Blick genommen, ob und wie das Vertrauen in spezifische Parteien und ihre Vertreter mit dem generellen Vertrauen in Parteien, Regierung, Parlament und Spitzenpolitiker zusammenhängt. Schließlich wird der Einfluss der vor-

genannten Aspekte auf die generelle Einschätzung der deutschen Demokratie beleuchtet.

### Offene Rückmeldungen unterstreichen die Relevanz der Solikris-Fragestellungen im GESIS Panel

Am Ende jeder Befragung des GESIS Panels haben die Teilnehmer\*innen jeweils die Möglichkeit, in offener Form weitere Anmerkungen zu machen. Bei der Beurteilung solcher Bemerkungen müssen allerdings zwei Aspekte berücksichtigt werden: Erstens nutzt i.d.R. nur ein geringer Teil der Teilnehmer\*innen diese Möglichkeit zur Kommentierung der Befragung. Dies ist aus einer Kosten-Nutzen-Perspektive heraus wenig überraschend, lässt aber zweitens vermuten, dass der Mehraufwand vor allem dann in Kauf genommen wird, wenn der jeweiligen Anmerkung eine individuell herausragende Bedeutung beigemessen wird. Es wird sich hierbei also in den meisten Fällen um stark positiv oder negativ konnotierte Hinweise handeln. Die zusätzlichen Meinungsäußerungen zu einzelnen Themen sind selten einhellig. Es gibt zum Beispiel oft zugleich Kritik und Lob für die Behandlung derselben Themenkomplexe. Das unterstreicht jedoch deren Relevanz, so diese divergierenden Meinungsäußerungen als ein Indiz des fortbestehenden innergesellschaftlichen Diskussionsbedarfs gedeutet werden. Insgesamt ist allerdings festzuhalten, dass diese inhaltlichen Kommentare keinesfalls als repräsentatives Stimmungsbild der gesamten Stichprobe gewertet werden können. Gleichwohl illustrieren sie, dass die Themen des GESIS Panels die Befragten oft auch über die Beantwortung der eigentlichen Fragen hinaus bewegen.

Mit Blick auf die (europäische) Solidarität unterstreichen die Anmerkungen, dass es sich um ein emotional aufgeladenes Thema handelt. Dies kommt unter anderem in folgendem Kommentar zum Ausdruck:

*„Deutschland ist das Land, was immer, so scheint es, zahlen muss! Alleine dadurch wird Hass und Neid geschürt!*

*(rechts-links) Wir müssen solidarisch sein und Menschen, die arm, krank, hilfeschend, vom Krieg verfolgt und/oder heimatlos sind helfen!!! Das ist Fakt! Das sollte für jeden eine Selbstverständlichkeit sein. Leider gibt es zur Zeit so viele Menschen im öffentlichen Leben und auch als Gruppierungen, die die Bevölkerung aufwiegen ... Hass schüren und Dinge verdrehen und verallgemeinern! Das ist unglaublich! [...]“*

Den Beginn dieser Meinungsäußerung könnte man so deuten, dass die kommentierende Person solidarischen Handlungen, ob der vermuteten Kosten, prinzipiell kritisch gegenübersteht. Jedoch kommt im verbleibenden Teil der Anmerkung zum Ausdruck, dass die Person Hilfsbereitschaft gegenüber Flüchtlingen als selbstverständlich ansieht. Offen bleibt dabei, ob sich dieser Kommentar nur auf Geflüchtete im eigenen Land oder prinzipiell in der Europäischen Union bezieht. Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass einzelne Akteure bestimmte Themen nutzen, um bewusst gesellschaftliche Dissonanzen zu schüren.

Andere Anmerkungen belegen zum Teil auch die Richtigkeit und Notwendigkeit experimenteller Designs. So fühlte sich eine befragte Person in der Welle des oben angesprochenen Vignettenexperiments genötigt, eine Anmerkung zu machen mit der bestimmten ethnischen Gruppen ein kriminelles Verhalten unterstellt zu werden scheint:

*„Wieviel und welche kriminellen Geschäftsmänner entsorgen ihre Akten beim Sperrmüll? Konsequenter Strafen u.a. bei arab. Ausländern.“*

Demgegenüber äußerten sich allerdings mehrere Befragte auch dahingehend, dass die Herkunft von Straftätern für die rechtliche Beurteilung von Straftaten irrelevant sein sollte. In diesem Sinne schrieb eine teilnehmende Person etwa:

*„Mich hat es gestört, dass bei der Frage, bei der es um kriminelle Handlungen geht, einmal allgemein und einmal speziell auf Ausländer abgezielt wurde. In meinen Augen darf es nur ein einzig geltendes Strafrecht geben, dass die Vergehen bestraft und nicht den Migrationshintergrund mit beleuchtet.“*

Wie bereits angedeutet illustrieren diese kurzen Auszüge nicht nur die Bandbreite der im GESIS Panel erfassten Meinungen und Einstellungen, sondern auch die Relevanz der behandelten Themen über die individuelle wissenschaftliche Fragestellung hinaus.

### Literatur

- Bosnjak, M., Dannwolf, T., Enderle, T., Schaurer, I., Struminskaya, B., Tanner, A., & Weyandt, K. (2018). Establishing an Open Probability-Based Mixed-Mode Panel of the General Population in Germany: The GESIS Panel. *Social Science Computer Review*, 36(1), 103–115. <https://doi.org/10.1177/0894439317697949>
- Bretsch, D., Schulz, M., Weyandt, K., Kolb, J.-P., & Heycke, T. (2019). *GESIS Panel Wave Report. Wave gc (June/July 2019)* (GESIS Panel Wave Report). GESIS - Leibniz Institute for the Social Sciences. <https://dbk.gesis.org/dbksearch/download.asp?db=D&id=67121>
- GESIS. (2019). *GESIS Panel Standard Edition. GESIS Data Archive, Cologne. ZA5665 Datafile Version 34.0.0*, doi: 10.4232/1.13425
- GESIS Panel. (2020). *Study Description. Wave gc (Version 34-0-0)*. GESIS - Leibniz Institute for the Social Sciences. <https://dbk.gesis.org/dbksearch/download.asp?db=D&id=52787>
- Langer, G. (2018). Probability Versus Non-Probability Methods. In D.L. Vanntette & J.A. Krosnick (Hrsg.), *The Palgrave Handbook of Survey Research* (pp. 351–357). Cham: Palgrave Macmillan. doi: 10.1007/978-3-319-54395-6
- Motel-Klingebiel, A., Klaus, D., & Simonson, J. (2019). Befragungen von älteren und alten Menschen. In Baur, N., & Blasius, J. (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung* (pp. 935–942). Wiesbaden: Springer VS.
- Recchi, E., Favell, A., Apaydin, F., Barbulescu, R., Braun, M., Ciornei, I., Cunningham, N., Medrano, J. D., Duru, D., Hanquinet, L., Pötzschke, S., Reimer, D., Salamońska, J., Savage, M., Solgaard Jensen, J., & Varela, A. (2019). *Everyday Europe. Social transnationalism in an unsettled continent*. Bristol: Policy Press. doi: 10.2307/j.ctvbq5785
- Schaurer, I., & Weyandt, K. (2018). *Recruitment 2016 (Wave d11 and d12)* (GESIS Panel Technical Report). GESIS - Leibniz Institute for the Social Sciences. <https://dbk.gesis.org/dbksearch/download.asp?db=D&id=63525>
- Schmitt, H. & Popa, S. (2020). Critical Elections in the European Union. European Elections Study 2014, German Panel

Survey. In GESIS Panel, *Study Description. Wave gc* (pp. 46–48). GESIS - Leibniz Institute for the Social Sciences. <https://dbk.gesis.org/dbksearch/download.asp?db=D&id=52787>

Schupp, J. (2019). Paneldaten für die Sozialforschung. In Baur, N., & Blasius, J. (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung* (S. 1265–1280). Wiesbaden: Springer VS.

Tosun, J., Weiß, J., Parth, A.-M., & Schuck, B. (2020). Change through Crisis? Solidarity and Desolidarization in Germany and Europe (Solikris) – Public service delivery and political attitude formation. In GESIS Panel, *Study Description. Wave gc* (pp. 221–227). GESIS - Leibniz Institute for the Social Sciences. doi: 10.1007/978-3-531-18939-0. <https://dbk.gesis.org/dbksearch/download.asp?db=D&id=52787>

- 1 *Probabilistische Stichproben sind Zufallsstichproben bei denen prinzipiell alle Einheiten der Grundgesamtheit die Möglichkeit haben in die Stichprobe aufgenommen zu werden und bei denen die Ziehungswahrscheinlichkeit derselben bekannt ist (vgl. Langer 2018).*
- 2 *Ostdeutschland beinhaltet in diesem Fall auch das gesamte Bundesland Berlin.*

## Das GESIS Panel



Das GESIS Panel bietet Wissenschaftler/innen die Möglichkeit, im Rahmen eines probabilistischen Mixed-Mode Access Panels eigene Umfragedaten zu erheben. Die Befragungen finden alle zwei Monate statt und umfassen ca. 5400 Teilnehmende. Die Datenerhebung und Datennutzung richtet sich an nicht kommerzielle Forschungsprojekte und ist zu wissenschaftlichen Zwecken in der Regel kostenfrei. Regulär eingereichte Studien werden sowohl durch ein internes als auch durch ein externes Peer-Review-Verfahren geprüft.

Das GESIS Panel wird als Teil von GESIS -Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, durch Bund und Länder gefördert.

Laufzeit: Seit Februar 2014

Weitere Infos im Internet: <https://www.gesis.org/gesis-panel/gesis-panel-home>

Steffen.Poetzschke@gesis.org

Bernd.Weiss@gesis.org

doi: 10.15464/isi.65.2020.34-38

### Herausgeber

GESIS –  
Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften  
Wissenstransfer | Publikationen  
Postfach 12 21 55  
D-68072 Mannheim

### Redaktion

Dr. Stefan Weick  
  
Telefon 0621 / 12 46-0  
[www.gesis.org/isi](http://www.gesis.org/isi)

### Gestaltung

Bettina Zacharias  
GESIS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft  
ISSN 0935-218X (Print)  
ISSN 2199-9082 (Online)